Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

23. Januar 1974 Jg. 2 Nr. 1 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Tel.0621 / 37 92 21 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr. 44a – Die KVZ erscheint regelmäßig 14-tägig mittwochs, Auflage: 40 000 – Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 23.1.1974 – Zuschriften an die Redaktion der KVZ: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29. Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter Nr. 0621 / 37 91 21 – Jahresabonnement: 24 Nummern incl. Porto 18,00 DM. Förderabonnement: 24 Nummern 20,00 DM und mehr. Abonnement-Einzelbestellungen durch Einzahlung auf Konto Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 112 985-758 – Die Zeitung wurde am 20.1.1974 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

So müssen es alle machen!

STREIKDEMONSTRATION DER POSTLER FÜR MEHR LOHN

Frankfurt/Darmstadt 18.1.74. 2 000 Postler in Frankfurt und 3 000 in Darmstadt protestierten in Demonstrationen und Kundgebungen gegen das unverschämte Angebot der staatlichen Arbeitgeber von 7,5 %.

Anderthalb Stunden streikten in Frankfurt die Beschäftigten des Postamtes 1, des Fernmeldeamtes 1, des Telegrafenamtes und des Postscheckamtes Frankfurt. Innerhalb von acht Tagen hatten damit in Frankfurt in 11 Ämtern der Post Streiks stattgefunden. In Darmstadt demonstrierten auch Postler aus anderen Städten mit.

den. In Darmstadt demonstrierten auch Postler aus anderen Städten mit.

Nachdem in Frankfurt schon während der Protestkundgebung eine Stunde der Verkehr blockiert wurde und 25 Zustellwagen nicht weiterfahren konnten, zogen die Postler – 10 Zustellwagen fuhren mit – in die City, legten den Verkehr lahm und riefen ihre Forderung: "185 Mark ist schon zu knapp, wir rücken nicht mehr ab." Die Postgewerkschaft hatte wie auch die ÖTV 15 %, mindestens 185 DM, und 300 DM Urlaubsgeld als Forderung aufgestellt. In zahlreichen Versammlungen hatten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, auch gerade die Frankfurter Postler, einen Festgeldbetrag gefordert. Bei den Demonstrationen stand im Vordergrund deshalb der Festgeldbetrag als Mindestforderung. Das ist die richtige Forderung für einen einheitlichen Kampf. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde die Einleitung von Kampfmaßnahmen gefordert. Den Kollegen ist klar: Ohne den Streik im öffentlichen Dienst werden sie nicht weiterkommen. Die Urabstimmung steht auf der Tagesordnung.

Genscher und Brandt erklärten immer wieder: Sie wollen die kapitalistische Krise auf dem Rücken der Lohnabhängigen austragen. Die breite Zustimmung und Sympathie mit den Protestdemonstrationen zeigen: Die Lohnabhängigen wollen nicht mit ihrer Haut herhalten für die Krise, die sie nicht gemacht haben. Wer will sich schon die Haut abziehen lassen und dabei noch stillhalten? Der Protest in Frankfurt und Darmstadt ist ein wichtiger Schritt. Überall dort, wo die Bereitschaft zum Kampf wächst, muß der Protest öffentlich organisiert werden. Auf Belegschaftsversammlungen und gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen, überall dort, wo die Bereitschaft zum Kampf wächst, müssen wir den Protest organisieren und ihn dort hintragen, wo er eine große Wirkung hat: in die Öffentlichkeit, auf die Straße.

So machten es auch Kollegen von Mannesmann, sowie die Kollegen von VDI in Duisburg, die gegen Stillegung und Entlassung demonstrierten. Der Kampf um Lohn und der Kampf gegen Entlassung und Kurzarbeit muß breit und zusammen geführt werden. Sonst werden die einen entlassen und allen der Lohn gedrückt.

Die Rechnung der Kapitalisten muß durchkreuzt werden. Wir dürfen den Krisen-Erpressern nicht nachgeben. Wenn die Gewerkschaftsführer radikale Sprüche klopfen, wenn sie sagen, sie wollten hart auftreten, dann wüssen wir den Kampf organisieren! Kapitalistenverbände, Regierung und Gewerkschaftsführung versuchen die Krisen-Erpressung mit verschiedenen Rollen zu spielen, aber mit dem gleichen Ziel, die Lohnabhängigen in die Knie zu zwingen. Dagegen gilt es im Vertrauen auf die eigene Kraft die einheitliche Front an jedem Angriffspunkt zu organisieren – gegen die Notstands- und Krisenmaßnahmen der Kapitalisten und ihres Staates.

Die Rechnung der Kapitalisten muß durchkreuzt werden. Wir dürfen den Krisen-Erpressern nicht nachgeben. Wenn die Gewerkschaftsführer radikale Sprüche klopfen, müssen wir praktische Schritte verbindlich beschließen,



1200 DM mehr für Abgeordnete

1200 DM mehr für Abgeordnete

40% MEHR WAHLKAMPFGELD UND UM 1 200 DM HÖHERE ABGEORDNTENDIÄTEN

Die Manager der Bundestagsfraktionen von SPD, FDP und CDU/CSU haben sich auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf geeinigt, wonach die im Parlament vertretenen Parteien in Zukunft 40 % mehr Geld für Wahlkampfkosten erhalten sollen. Außerdem sind die Fraktionsführungen entschlossen, die Abgeordnetenpauschalen um 40 % anzuheben.

Mit dem Parteienfinanzierungsgesetz haben sich die im Bundestag sitzenden Parteien große Geldzuwendungen aus dem Staatshaushalt gesichert. Diese Zuwendungen richten sich nach der Anzahl der Stimmen, die eine Partei im Bundestagswahlkampf ergattern konnte. Pro Stimme wurde bisher DM 2,50 gezahlt, In Zukunft soll jede Stimme mit 3,50 DM bezahlt werden. Die Millionenbeträge, die so in die Parteikassen wandern, brauchen die Parteien, zum Beispiel für aufwendige Glaspaläste, wie das Konrad Adenauer Haus, die Parteizentrale der CDU, die zwar fertig, aber nicht bezahlt ist. Die

Fortsetzung Seite 3



2 000 Postler demonstrierten am 18.1. in Frankfurt für die Sicherung ihrer wirtschaftlichen Lage. Schon am 10. Januar demonstrierten über 2 000 Postler in Frankfurt gegen das schäbige 7,5 %-Angebot der staatlichen Arbeitgeber.

Zuschrift eines arbeitslosen Kollegen

Zum Artikel über die Arbeitslosigkeit in der letzten KVZ (KVZ 1/74) habe ich auch noch einige Bemerkungen zu machen. Im Verlaufe des selbständigen Streiks für Teuerungszulage auf der VARTA bin ich im Oktober gekündigt worden. Meine Versuche, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, schlugen bisher immer fehl. Obwohl die Firmen, bei denen ich vorsprach, Arbeitskräfte suchten, erhielt ich immer eine abschlagende Antwort, sobald bekannt wurde, daß ich von der VARTA kam. Auf dem Arbeitsamt konnte man mir auch keine Stelle vermitteln.

Die Arbeitslosenunterstützung, die ich nun bekam, betrug 55 Prozent meines ehemaligen Nettolohnes (also 530,–). Ich mußte nun also versuchen, mehr schlecht als recht über die Runden zu kommen, um Miete usw. zu bezahlen. Im Dezember kriegte ich schließlich eine Stelle als Stahlwerker außerhalb der Stadt angeboten.

Da ich aber dort nun einen um 25 % geringeren Stundenlohn angeboten bekam, habe ich abgelehnt. Wer arbeitet denn heute noch für 6,25 DM als Stahlwerker? Zurück auf dem Arbeitsamt war dann die Hölle los; ob ich wahnsinnig wäre, beim derzeitigen Arbeitsplätzemangel eine Arbeit abzulehnen, der Lohn sei annehmbar usw. Außerdem habe der Volkskanzler gesagt, man habe heute nur noch Recht auf **einen** Arbeitsplatz, nicht aber auf "seinen". Vor einigen Tagen erhielt ich nun das Ergebnis meiner Ablehnung: Für vier Wochen ist mir jede Unterstützung gestrichen worden, und wenn sowas noch einmal vorkäme, kriegte ich überhaupt keine Arbeitslosenunterstützung mehr.

So soll auf kaltem Wege die Durchsetzung von Lohnabbau erzwungen werden, denn nun bin ich ja gezwungen, jede "Dreckarbeit" anzunehmen. Genauso wurde es mit den "stillgelegten" Kollegen des Gußstahlwerks Wittman auch gemacht. Deswegen kann ich die Forderung: Arbeitsämter in Arbeiterhand und 80 % mindestens Arbeitslosenunterstützung nur befürworten.
Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!
Vorwärts im Kampf für den Sozialismus!

–P.H., Hagen–

Aus dem Inhalt

Kriegsdrohungen der USA

US-"Verteidigungs"minister Schlesinger hat den arabischen Staaten offen mit einer militärischen Invasion gedroht. Dabei hatte er die besondere Frechheit, zu sagen, die öffentliche Meinung in den USA könne eine Militärinvasion erzwingen, wenn der Ölboykott gegen die USA fortgesetzt werde. Die arabischen Staaten haben ihre Ölfelder vermint./ **Seite 2.**

Keine Waffen für den Schah!

Die Bundesregierung hat dementiert, daß der Schah im Austausch gegen Öl 400 Leopard-Panzer geliefert bekäme. Doch allein im letzten Jahr hat der Schah für über 40 Millionen DM Waffen aus der Bundesrepublik bezogen. Diese Waffen setzt der Schah gegen die Befreiungsbewegungen am Golf in Dhofar ein, wo er mit

Schah gegen die Befreiungsbewegungen am Golf in Dhofar ein, wo er mit

einer Truppe von 30 000 Mann eine Invasion gestartet hat./**Seite 2**

Wie Fische im Wasser

Zweimal vergebens versuchte die Polizei in Frankfurt das Verbot einer Demonstration durchzusetzen, einmal am Mittwoch vor 14 Tagen, das zweite Mal am Samstag darauf. Die Frankfurter Polizeibehörde hatte auf Weisung von Bonn eine Demonstration gegen das Schah-Regime verboten, doch sie konnte das Verbot nicht erzwingen. Eine weitere Demonstration, die gegen das Verbot der ersten und gegen die Notstands- und Krisenmaßnahmen der Regierung gerichtet war, vereinte trotz nochmaligem Verbot noch mehr Menschen. Trotz massivem Aufgebot war die Polizei machtlos./ **Seite 4/5.**

Kampf der Ausplünderung durch den Staat!

Die Arbeiterklasse wird sich mit breiten Teilen des Volkes im Kampf gegen die wachsende Steuerausplünderung durch den Staat verbinden. / **Seite 2**

Wie Hamburger Schlachter einen SPD-Politiker Schach matt setzten/ Seite 5

Kampf gegen Arbeitslosigkeit

Die Forderungen der Arbeiterklasse / Mannesmann-Kollegen kämpfen gegen Entlassungen / Die Arbeiter von VDI Duisburg kämpfen gegen den Verlust ihrer Arbeitsplätze / Bei Hanomag Bremen und Hamburg-Harburg drohen nach Kurzarbeit Massenentlassungen / Ein Kollege berichtet von der Prellerei durch das Arbeitsamt/ **Seite 6/7**

Der Fall Solschenizyn und die politische Unterdrückung in der Sowjetunion
Wie die VR China Strafen handhabt/ Seite 9

Die Massen müssen für sich den Sport erkämpfen/ Seite 16

KBW-SPENDENKONTO
Commerzbank Mannheim
Kto.Nr. 3258589 – 00

Ungleiches Abkommen

TRUPPENABKOMMEN ZWISCHEN ISRAEL UND ÄGYPTEN BEFESTIGT ISRAELISCHE FRONT IN ÄGYPTEN

Am 18.1. unterzeichneten die Staatschefs von Israel und Ägypten, Sadat und Meir, das mit Unterstützung der Sowjetunion von den USA diktierte Abkommen über den Truppenrückzug. Es sieht den Rückzug der israelischen Truppen auf eine Linie 30 km vor dem Suez-Kanal und die Bildung einer von den UNO-Truppen besetzten Kontrollzone zwischen der ägyptischen und der israelischen Frontlinie vor.

Mit diesem Abkommen gibt der ägyptische Staatschef Sadat die Durchsetzung des Rückzuges der israelischen Truppen vom besetzten ägyptischen Territorium völlig in die Hand der imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion, und zwar ohne Bedingungen und zeitliche Fristen, einzig mit der unverbindlichen Zusicherung einer endgültigen Regelung auf der Friedenskonferenz, die zunächst mal um 60 Tage verschoben ist. Das Abkommen, das anscheinend den Truppenrückzug zu gleichen Bedingungen vorsieht, setzt sich über die entscheidende Tatsache der Ungleichheit hinweg: daß nämlich das ganze Manöver auf ägyptischem Territorium stattfindet. Daß die UNO-Truppen die Befestigung einer israelischen Front mitten in Ägypten unter der Garantie der Supermächte absichern helfen. Daß die israelischen Kolonialisten weiterhin ungehindert die ägyptischen Ölvorräte am Roten Meer ausbeuten können. Sadat hat nicht nur unter dies Abkommen, das die Souveränität und Unverletzlichkeit seines Landes preisgibt, seine Unterschrift gesetzt. Er hat zugleich auch die Anerkennung des Staates Israel unterschrieben und damit die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes verkauft.

Als nächster Staat wird nun Syrien mit Hilfe Sadats in die Mangel der Supermächte genommen. An die Öffentlichkeit dringen von diesen Erpressermanövern der Supermächte nur die Verhandlungsergebnisse Kissingers. Aber je mehr arabische Regierungen von den Supermächten je einzeln in ihre Abhängigkeit gezwungen werden, desto deutlicher werden den arabischen Völkern ihre gemeinsamen Aufgaben im Kampf um die Unabhängigkeit. —U.T., Red.—

USA droht mit Krieg

US-KRIEGSMINISTER BEDROHT ARABISCHE STAATEN

Am 6. Januar, am Tage vor der Konferenz der Organisation der Erdölförderländer (OPEC) in Genf drohte der US-Kriegsminister im amerikanischen Fernsehen und Rundfunk: Es sei möglich, daß die amerikanische Regierung "unter dem Druck der öffentlichen Meinung" Gewalt gegen die erdölfördernden Länder des Nahen Ostens anwenden müsse.

Wörtlich sagte er dann: "Wir müssen einsehen, daß die unabhängigen Kräfte souveräner Staaten nicht so benützt werden dürfen, daß sie die industrialisierte Welt benachteiligen."

Die Drohungen sind keine leeren Worte. Das zeigt ein Bericht der New York Times vom 14. Januar. In dem Bericht heißt es, daß die Militärs bereits Pläne machen, wie sie die Besetzung der Erdölfelder des Nahen Ostens am besten durchführen können. Drew Middelton, der Verfasser des Artikels, hat in Erfahrung bringen können, daß seit den ersten Ankündigungen der arabischen Staaten, weniger Öl zu fördern, die Militärs in den USA und in Westeuropa diese Fragen beraten. Gegenwärtig seien die Militärs der Auffassung, daß die Operation leicht durchzuführen sei mit Luftlandetruppen. Noch nicht gelöst sei das Problem, wie man die Besetzung anschließend sichert!

Einen möglichen Zeitpunkt des militärischen Eingreifens sehen die US-Militärs dann gekommen, wenn der Krieg im Nahen Osten weitergeht. Als Friedensstifter, als Bewahrer, als Beschützer des Erdöls wollen sie dann den arabischen Golf besetzen. Unter diesem Mantel haben die US-Imperialisten immer ihre bewaffnete Macht in der Welt eingesetzt und den Völkern doch nie etwas anderes gebracht als Verwüstung, Terror, Unterdrückung und Leid. Für den Fall, daß es dabei zu einer direkten Auseinandersetzung zwischen den USA und der anderen imperialistischen Supermacht, der UdSSR kommt, hat die Bundesregierung den US-Imperialisten ihre volle Unterstützung zugesichert. Außenminister Scheel erklärte auf der Nato-Ratstagung Mitte Dezember in Brüssel, daß die BRD in einem solchen Fall fest an der Seite der USA stünde (vgl. KVZ Nr. 8/73). Und Kriegsminister Leber hat diesen Ausspruch in dem soeben erschienenen Weißbuch über die Bundeswehr wieder bestätigt.

ÖLQUELLEN UNTER INTERNATIONALER KONTROLLE

Mit ihrer Politik der militärischen Drohungen und wirtschaftlichen Erpressung wollen die US-Imperialisten gegenwärtig die Erdölländer zwingen, einem Plan zuzustimmen, der die Internationalisierung der Erdölfelder vorsieht. Eine internationale Behörde soll geschaffen werden, in der sich Vertreter der Ölländer und die wichtigsten ölkaufenden Staaten gegenübersitzen und die Produktion und Verteilung des Erdöls vornehmen. Ein solcher Plan sieht vor, daß das Erdöl nicht nationaler, sondern internationaler Besitz ist. Diese Theorie wird auch von den Machthabern in der Sowjetunion vertreten, wie kürzlich die kuwaitische Zeitung Al Rai Al Aam mitteilte (vgl. KVZ Nr. 8/73). Eine solche Auffassung wird überhaupt von den Reaktionären aller Schattierungen befürwortet, in der BRD z. B. wird sie offen propagiert von der reaktionären Illustrierten Quick, die zum Bauer-Konzern gehört. Die Internationalisierung des Erdöls – das ist die Theorie der Imperialisten, die ihre Unterdrücker- und Ausbeuterherrschaft über die Völker der Welt aufrechterhalten wollen. Diese Theorie soll die weitere schrankenlose Ausbeutung der Naturreichtümer anderer Nationen sichern. Denn die US-Imperialisten sind keineswegs gewillt, ihre eigenen Erdölvorkommen der internationalen Kontrolle zu unterstellen. Ebensowenig will das die sozialimperialistische Sowjetunion.

Beide Supermächte haben inzwischen unterschiedliche Vorschläge gemacht zur Durchführung einer Ölkonferenz. Die USA haben die Staaten der europäischen Gemeinschaft und Japan für den 11. Februar nach Washington eingeladen. Ziel dieser Konferenz soll sein, als ersten Schritt die europäischen Staaten und Japan auf die Politik der USA gegenüber den Förderländern festzulegen. Die russischen Sozialimperialisten haben dagegen am 16.1. die Einberufung einer internationalen Ölkonferenz zwischen den Förderländern und den wichtigsten ölkaufenden Ländern gefordert. Rachkow, der Ölexperte im Außenhandelsministerium erklärte, sein Land wünsche kein Stückwerk bei der Lösung der gegenwärtigen Ölprobleme. (Frankfurter Rundschau, 18.1.)

Während also die US-Imperialisten sich noch der Gefolgschaft der Nato-Partner und Japans versichern müssen, gehen die russischen Sozialimperialisten direkt auf das Ziel der internationalen Kontrolle der Ölförderung los.

DIE ARABISCHEN ÖLLÄNDER LEHNEN EINE SOLCHE POLITIK AB UND VERMINEN DIE ÖLFELDER

Die Ölländer haben die neuen Gefahren erkannt. Kuwait und Saudiarabien haben bereits die Ölfelder vermint.

Die kuwaitische Zeitung Al Rai Al Aam erklärte, die Haltung der USA gegenüber den Arabern sei nach wie vor entschieden feindselig. Die Zeitung Al Qabas, die ebenfalls im Kuwait erscheint, stellte fest, die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber den Arabern gründe auf einer "ständigen Gewaltanwendung". Und die Zeitung Al Akhbar, die in Kairo herausgegeben wird, vertrat die Auffassung: "Die Araber werden darüber wachen, daß kein Tropfen Öl an die Aggressor-Staaten gelangt. Die Kanonen-Diplomatie gehört dem 19. Jahrhundert an."

Keine Waffen für den Schah!

IRANISCHES MILITÄR OPERIERT GEGEN BEFREIUNGSKRÄFTE IN DHOFAR

400 Leopard-Panzer will der Schah von der BRD haben. Als Gegenleistung sollen die BRD-Kapitalisten eine Raffinerie im Werte von 2 Milliarden Dollar im Iran bauen dürfen. Trotz einiger Dementis, die von seiten der Bundesregierung ausgesprochen wurden, nachdem die Bild-Zeitung und andere Blätter die Sensationsmeldung "Panzer gegen Öl" verbreitet hatten, hat der Schah gute Aussichten, seine Wünsche erfüllt zu sehen. Allein im Jahre 1972 kaufte er für 40 Mio DM Waffen von der BRD! Erst vor wenigen Tagen wurden westdeutsche "Berater" in den Iran geschickt, sie sind Spezialisten für die Rüstungsindustrie.

Der Iran ist nach Südvietnam eines der am schärfsten aufgerüsteten Länder der Dritten Welt. Die US-Imperialisten haben ihn zum Bewacher des Golfes, wo zwei Drittel der bekannten Weltölreserven lagern, aufgerüstet.

3 000 iranische Söldner sind Anfang Dezember bei Salalah, der Hauptstadt der omanischen Westprovinz Dhofar, an Land gegangen. Sie haben den Auftrag, eine Offensive zu führen gegen die Kämpfer der Volksfront für die Befreiung Omans und des Arabischen Golfs (PFLOAG), die in einem langen Kampf seit 1965 die Provinz Dhofar von den britischen Imperialisten und ihren arabischen Lakaien befreit haben.

In dem Bericht eines in den Kämpfen verwundeten iranischen Offiziers, den die in Aden erscheinende Zeitung 'Stimme der Revolution' am 8.12.73 abdruckte, heißt es:

"Wir bekamen einen Marschbefehl, aber niemand wußte, wohin wir eigentlich sollten. Als wir ankamen, sagte man uns, das hier sei Oman, bzw. genauer Dhofar. Vom ersten Tag unserer Ankunft an hatten wir den Befehl gegen die Revolutionäre zu kämpfen. Sie waren starke und ausdauernde Kämpfer und haben uns schwere Verluste beigebracht. Ich hatte drei Gruppen zu führen. Diejenigen von uns, die nicht umgekommen sind, haben schwere Verwundungen erlitten. Ich mußte mir nach diesen Kämpfen das Bein amputieren lassen."

Die Bewegung im Volk von Oman gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung und gegen die arabischen Lakaien der Imperialisten ist offensichtlich stärker geworden. Bis jetzt hat die Offensive der iranischen Söldner dagegen noch nichts ausrichten können. Die Bedrohung, der der Befreiungskampf in Südarabien ausgesetzt ist, ist jedoch nach wie vor groß. Nicht nur in Oman sind iranische Söldner aufmarschiert, sie stehen an den Grenzen der Demokratischen Volksrepublik Jemen, sie bedrohen ihre Küsten und sind nach letzten Meldungen bereits von Osten in die Demokratische Volksrepublik Jemen eingedrungen.

Wir fordern: Sofortige Einstellung aller Militärhilfe und Waffenverkäufe an das Schah-Regime!

Gegen die Ausplünderung durch den Staat

DIE FORDERUNGEN DER ARBEITERKLASSE ZUR STEUER

Die Ausplünderung der Arbeiterklasse und der Lohnabhängigen durch die Steuern des bürgerlichen Staates hat sich in den letzten Jahren ins Unerträgliche gesteigert. Daß diese Ausplünderung längst unerträglich geworden ist, wissen selbst die bürgerlichen Parteien. Deshalb ist bei ihnen und in der bürgerlichen Presse seit Jahren von einer Steuerreform die Rede, die die staatliche Ausplünderung der Arbeiterklasse und der Lohnabhängigen in einigen Posten verschieben will, ohne an der Ausplünderung etwas zu ändern.

Zuerst müssen wir festhalten, daß die Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus grundsätzlich durch das Ausbeutungsverhältnis bestimmt wird. Dieses Ausbeutungsverhältnis besteht darin, daß die Arbeiterklasse alle Werte produziert, als Lohn aber nur den Anteil an den von ihr neugeschaffenen Werten erhält, der notwendig ist, um die Arbeiterklasse am Leben zu erhalten und sie zu befähigen, ihre Arbeitskraft aufs neue an den Kapitalisten zu verkaufen. An diesem Ausbeutungsverhältnis im Betrieb, das die Grundlage der kapitalistischen Klassengesellschaft darstellt, ändert natürlich weder im guten noch im schlechten irgendeine Veränderung des Steuerwesens. Allerdings erleichtert die Ausplünderung durch den Staat die Verschärfung der Ausbeutung durch die Kapitalisten, weil sie den Arbeiter zu mehr und längerer Arbeit zwingt, um etwas zum Leben zu haben.

Die Arbeiterklasse produziert alles und erhält nur einen Teil davon als Lohn – dies bleibt solange so, wie es die kapitalistische Gesellschaft gibt.

AUF WAS HAT DAS STEUERWESEN DANN ÜBERHAUPT EINEN EINFLUSS?

Das Steuerwesen hat darauf Einfluß, ob die Staatsausgaben aus d e m Teil der produzierten Werte, den sich die Kapitalisten aneignen, finanziert wird, oder durch zusätzliche Ausplünderung der Arbeiterklasse. Durch diese zusätzliche Ausplünderung wird der Arbeiterklasse vom Lohn, den sie bekommt, um sich am Leben zu erhalten, nachträglich wieder ein Teil abgenommen. Damit ist die Steuer ein Mittel, um die Arbeiterklasse hintenrum unter das Existenzniveau zu drücken, das sie sich im Lohnkampf errungen hat. Daraus folgt auch, daß tatsächliche oder angebliche Steuererleichterungen niemals ein Argument gegen den Lohnkampf sein können.

Das beliebteste Mittel dieser zusätzlichen Ausplünderung ist die indirekte Steuer auf alle möglichen Gebrauchsgüter des täglichen Bedarfs. Zu diesen indirekten Steuern gehören die Mehrwertsteuer, die Mineralölsteuer, die Tabaksteuer, die Alkoholsteuer usw. Diese Steuern, die scheinbar alle gleich treffen, treffen in Wirklichkeit natürlich diejenigen am meisten, die am wenigsten haben. Ihre scheinbare Gerechtigkeit ist also eine schreiende Ungerechtigkeit. Deshalb hat die Arbeiterbewegung schon immer gefordert:

Abschaffung aller indirekten Steuern!

Diese Forderung ist, da sie sich auf alle bezieht, eine Volksforderung, eine demokratische Forderung, die die Arbeiterbewegung von Anfang an auf ihre Fahnen geschrieben hat. Warum? Weil die Arbeiterklasse keinerlei Interesse an einer zusätzlichen Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat hat, die zudem noch von der entscheidenden Frage, der Ausbeutung im Betrieb, ablenkt. Im Kampf gegen die indirekten Steuern kann die Arbeiterklasse die breiten Volksmassen um ihre Fahnen sammeln und in den Kampf gegen den bürgerlichen Staat führen. Gleichzeitig kann die Arbeiterklasse natürlich keinerlei Interesse daran haben, daß die indirekten Steuern durch solche direkten Steuern ersetzt werden, die wiederum die Masse der Lohnabhängigen und des Volkes treffen. Deshalb hat die Arbeiterbewegung immer gleichzeitig gefordert:

Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben – soweit diese durch Steuern gedeckt werden – ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft.

Diese Forderung, die schon im Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie enthalten war und die auch die russischen Sozialdemokraten aufgestellt haben, ist heute aktueller denn je. Deshalb hat sie auch der Kommunistische Bund Westdeutschland in sein Programm aufgenommen. An die 90 % der Steuereinnahmen wurden schon 1972 durch indirekte Steuern und durch die Lohnsteuer aus den Taschen der Werktätigen gezogen. Inzwischen hat sich vor allem das Steueraufkommen aus der Lohnsteuer weiter gewaltig gesteigert.

So oder so, ob unter richtigen oder falschen Forderungen werden sich in der nächsten Zeit an den Steuerfragen Kämpfe entzünden. Diese Kämpfe können nicht der Führung der bürgerlichen Parteien und den Faschisten überlassen werden, die die Steuerfrage gegen den Lohnkampf ausspielen. Eine richtige Stoßrichtung werden diese Kämpfe erhalten, wenn sie unter der Forderung nach Abschaffung der indirekten Steuern und der Bestreitung der öffentlichen Ausgaben aus progressiver Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer geführt wird. Dies schließt den Kampf für eine Erhöhung des Steuerfreibetrags auf wenigstens 1 500 DM monatlich mit ein. Wenn sich die Arbeiterklasse nicht die richtigen Forderungen zum Steuerwesen zu eigen macht, wird sie der Spielball der Politik der bürgerlichen Parteien werden und insbesondere der Demagogie der CDU/CSU. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, die richtigen Forderungen in der Arbeiterklasse und im Volk zu verankern und auch die Steuerfrage als Klassenfrage zu behandeln. Gleichzeitig dürfen sie keinerlei Illusion darüber aufkommen lassen, als ob selbst das beste Steuersystem irgendetwas an der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten ändern würde. Selbst wenn die Kapitalisten alle Steuern bezahlen würden: Sie täten es doch aus den Werten, die ihnen die Arbeiter produzieren.

Die Abschaffung aller indirekten Steuern läßt das ökonomische Ausbeutungsverhältnis in der Produktion deutlich hervortreten als Ursache aller Übel in der kapitalistischen Gesellschaft. Im Kampf gegen die steuerpolitischen wie gegen alle politischen Maßnahmen des Staates organisiert sich die Arbeiterklasse und gewinnt die Führung des Volkes. Gleichzeitig macht jeder demokratische Erfolg im Kampf gegen die politischen Maßnahmen des Staates die Notwendigkeit der sozialen Revolution umso zwingender. Der Kampf gegen die indirekten Steuern ist von großer politischer Bedeutung. Er muß mit der Aufklärung über die Notwendigkeit der sozialen Revolution, der Beseitigung des kapitalistischen Eigentums, verbunden werden. Er muß dazu dienen, die Entscheidung über die politische Macht zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf die Tagesordnung zu setzen, damit durch Eroberung der politischen Macht die soziale Revolution eingeleitet werden kann durch das Proletariat.

—J.S.—

Neue Bonner Reise-Riten. Verkehrsminister Lauritzens parlamentarischer Staatssekretär Ernst Haar, der in Stuttgart wohnt, ließ mehrfach freitags nachmittags an den Intercity-Zug Bonn – Stuttgart einen Salonwagen ankuppeln. In diesem Salonwagen pflegte Haar bereits außerhalb des Bonner Bahnhofbaus einzusteigen. Es ist der dem Verkehrsministerium zustehende Waggon, einer von sechs davongekommenen Salonwagen Hermann Görings. Als Normalbürger müßte Haar (Monatseinkünfte: 13 000 Mark) 300 Mark Stellgebür plus 20 Erster-Klasse-Fahrscheine zahlen. Das wären für die Strecke Bonn – Stuttgart insgesamt 1 780 Mark. Doch Haar fährt kostenfrei. ("Wirtschaftswoche", 18.1.74)

1200 DM mehr

Fortsetzung von Seite 1

SPD hat fertige Baupläne in der Schublade für einen ähnlichen Glaspalast in Bonn.

ABGEORDNETE WOLLEN 1 200 DM MEHR

Für sich selbst wollen die Abgeordneten monatlich rund 1 200 DM mehr beschließen, steuerfrei, denn Abgeordnete brauchen keine Steuern zu zahlen. Das ist mehr, als die meisten Lohnabhängigen monatlich insgesamt zum Leben haben. Ein Abgeordneter erhält dann insgesamt 7 610 DM monatlich. Das setzt sich aus folgenden Beträgen zusammen: Grundgehalt 3 270 DM, Kostenpauschale bisher 3 100 DM; jetzt soll diese Pauschale um 40 % oder 1 240 DM erhöht werden. Insgesamt ergibt sich dann der Betrag von 7 610 DM, den jeder Abgeordnete erhält. Hinzu kommen noch die Beträge, die sie direkt von den Kapitalisten bekommen aus Beraterverträgen, Aufsichtsratsposten, und Gelder für Staatsbesuche, Informationsreisen an die sonnigsten Strände der Welt usw. usw.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst sollen nach Meinung derselben Abgeordneten aber nicht mehr als 7,5 % bekommen, durchschnittlich 75 DM netto.

Wir Kommunisten fordern, daß die Volksvertreter eine Vergütung ihrer Tätigkeit in einer Höhe, die den Durchschnittslohn eines Facharbeiters nicht übersteigt, erhalten. Diese Herren aber sind keine Volksvertreter. Sie verdienen, indem sie das Volk betrügen. Sie betreiben das Staatsgeschäft des Kapitals und benutzen zugleich die Staatsmacht als Pfründe, die ihnen erlaubt, die Taschen des Volkes für sich selbst anzuzapfen.
Mit aktiver Unterstützung für ihre Wahlkampfschau können die Staatsparteien des Kapitals nicht rechnen. Darum ziehen sie Geld für den Wahlkampf, für die Großaufträge an Werbeunternehmen usw. direkt aus der Steuerkasse und machen den Wahlkampf zusätzlich zum Geschäft.

Das System des bürgerlichen Parlamentarismus ist ein System zur Verhinderung der Volksherrschaft, das wir bekämpfen, mit der Forderung nach Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Abwählbarkeit aller Volksvertreter für die ungeteilte und uneingeschränkte Volksherrschaft. In diesem Kampf gewinnt die Arbeiterklasse die breiten Volksmassen für die Eroberung der politischen Macht und die Errichtung der sozialistischen Räterepublik. —Red.—

Trotz Aufhebung des Fahrverbots

DER KURS DER NOTGEMEINSCHAFT WIRD FORTGESETZT

Die letzte Ausgabe der Kommunistischen Volkszeitung war schon gedruckt mit unserem Protest gegen das neuerliche Sonntagsfahrverbot, da ließ Bundeskanzler Brandt aus seinem Winterurlaub das Sonntagsfahrverbot außer Kraft setzen. Es kann jederzeit wieder in Kraft gesetzt werden, wenn es die Regierung für erforderlich hält. Nachdem kaum jemand mehr im Volk der von den Ölkonzernen diktierten Begründung der Bundesregierung Glauben schenkte, ließ Bundeskanzler Brandt, der gerade seinen vierten Urlaub im vergangenen Jahr nahm, die Notverordnung stoppen, um seine angeschlagene Autorität zu retten und größeren Protesten der Bevölkerung zu entgehen. Die Geschwindigkeitsbegrenzung aber blieb vorläufig in Kraft, um nicht die Notstands- und Krisenmaßnahmen gänzlich unglaubwürdig zu machen. Die Bundesregierung steuert nach wie vor den Kurs der Notgemeinschaft, den sie mit allen Mitteln der Erpressung gegen die Lohnforderungen und die Kampfrechte der Arbeiterklasse und des Volkes wendet.



Für das kommende Wochenende hat der Bundeskanzler die Bosse von den Kapitalistenverbänden und die Gewerkschaftsführer zu einem vertraulichen Gespräch geladen. Nachdem sie dort bei Kaviar und Sekt ausmachen, wie sie am geschicktesten gemeinsam, aber mit verschiedenen Rollen, gegen die Lohnabhängigen vorgehen, werden sie anschließend im Fernsehen sorgen- und verantwortungsvolle Erklärungen abgeben. Diese schmutzigen Brüder werden die Lohnabhängigen nicht täuschen können. —bb—

In der Bundesrepublik sind Panzerfahrzeuge rund um die Erdölraffinerien im süddeutschen Raum und um die Flughäfen aufgefahren.
Eine CIA-Nachricht über angebliche Terrorpläne und eine verschwundene NATO-Rakete, die nie verloren war, gaben den Vorwand für das militärisch angelegte Bürgerkriegsmanöver. Um einen Raketenangriff abzuwehren, war der Aufmarsch gänzlich ungeeignet. Dafür war er geeignet, das Zusammenspiel von Bereitschaftspolizei, Bundesgrenzschutz und Werkschutz zu üben. Seit der Bundesgrenzschutz zur paramilitärischen Bürgerkriegsarmee umgewandelt wurde, lassen Bundes- und Landesregierungen keine Gelegenheit aus, ihn in seinem neuen Aufgabengebiet zu prüfen.

Den Kampf auf allen Ebenen entschlossen führen!

AUFGABE DER KOMMUNISTEN IST ES, AUS DEN FUNKEN EINZELNER GEGENSÄTZE UND KÄMPFE DEN UMFASSENDEN STEPPENBRAND ENTFACHEN

Der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen der ausbeutenden Klasse und der ausgebeuteten Klasse, verschärft sich gegenwärtig auf allen Ebenen. Die Arbeiterklasse wird durch die Entwicklung der Verhältnisse selbst gezwungen, den Kampf gegen die Kapitalistenklasse entschlossen zu führen. Die Entwicklung der Verhältnisse in der Bundesrepublik zeigt immer deutlicher, daß der Kapitalismus der Arbeiterklasse keine dauerhafte Besserung ihrer Lage bieten kann, daß Lohndrückerei und Unsicherheit der Existenz für die Arbeiter im Kapitalismus ein unvermeidliches Schicksal sind. Das kann in einer Ausbeuterordnung auch nicht anders sein. Der Klassenkampf ist völlig unvermeidlich. Da haben die Arbeiter keine Wahl. Immer mehr Arbeiter erkennen diese Tatsache. Es kommt darauf an, den Klassenkampf bewußt zu führen und ihn auf das Ziel auszurichten: die Ausbeuterordnung zu stürzen.

IM KAMPF UM DEN LOHN DIE GEWERKSCHAFTSEINHEIT GEGEN DIE KAPITALISTEN UND IHRE VERBÄNDE HERSTELLEN!

Der Kampf um den Lohn ist die elementarste Form des Klassenkampfes innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Um diesen Kampf zu führen, haben sich die Arbeiter schon frühzeitig in Gewerkschaften zusammengeschlossen. Obwohl dieser Kampf nichts daran ändern kann, daß die Lohnarbeiter durch die Kapitalisten ausgebeutet werden, muß er ständig aufs neue geführt werden, wenn die Arbeiterklasse sich wenigstens soweit erhalten will, daß sie ihre Arbeitskraft weiterhin verkaufen kann und ihre Lebenslage nicht unter das Existenzniveau sinkt. Obwohl dieser Kampf im buchstäblichen Sinne lebensnotwendig ist, haben in den Gewerkschaften sich Leute die Macht erobern können, die den Lohnkampf sabotieren und alles tun, um eine Entfaltung des Lohnkampfes zu verhindern. Der Kampf für den Lohn bedeutet für die Arbeiter deshalb notwendig auch den Kampf gegen die gegenwärtigen Machthaber in den Gewerkschaften. Ohne den Kampf gegen diese Machthaber kann keine Einheit der breiten Arbeitermassen im Kampf gegen die Kapitalisten innerhalb der Gewerkschaften hergestellt werden. Um die Einheit gegen die Kapitalisten herzustellen, brauchen die Arbeiter in der gegenwärtigen Situation der ununterbrochenen Preiserhöhungen unbedingt Lohnforderungen in Mark und Pfennig für alle gleich.

Aber schon diese schlichte Voraussetzung des einheitlichen Lohnkampfes, die jeder Arbeiter schnell einsieht und die schon in hunderten von Versammlungen als unumgängliche Notwendigkeit beschlossen worden ist, bekämpfen die Gewerkschaftsführer mit allen Mitteln, den Mitteln der Verletzung der innergewerkschaftlichen Demokratie, des Ausschlusses aus den Gewerkschaften und der Diffamierung solcher Forderungen als gewerkschaftsfeindlich. Warum tun sie das? Sie tun das, weil sie die Einheit der Kollegen gegen die Kapitalisten fürchten.

IM KAMPF FÜR DIE ARBEITERSCHUTZFORDERUNGEN DIE EINHEIT DER ARBEITERKLASSE GEGEN DIE KAPITALISTENKLASSE HERSTELLEN!

Im Kampf um den Lohn stehen die Arbeiter einzelner Betriebe und einzelner Branchen gegenüber. Deshalb erwächst aus den Kämpfen um den Lohn noch nicht die Einheit aller Arbeiter gegen alle Kapitalisten. Die Arbeiter können aber auch nicht beim Kampf um den Lohn stehen bleiben, sie müssen unbedingt den Kampf um die Bedingungen führen, die die Beziehungen zwischen den Arbeitern auf der einen Seite und den Kapitalisten auf der anderen Seite regeln. Sie müssen dafür kämpfen, daß diese Beziehungen zwischen allen Arbeitern und allen Kapitalisten in der Form von Gesetzen geregelt werden, denen jeder Arbeiter und jeder Kapitalist unterworfen ist.

Nur so kann eine schädliche Konkurrenz unter den Arbeitern verhindert werden. Nur so kann verhindert werden, daß die Kapitalisten diese Konkurrenz unter den Arbeitern ausnützen. Deshalb haben die Arbeiter sehr früh den Kampf um die gesetzliche Regelung des Normalarbeitstages aufgenommen. Sie haben große Kämpfe geführt, um zuerst den 10-Stunden- und dann den 8-Stunden-Tag gesetzlich als Normalarbeitstag durchzusetzen. Wie wichtig es ist, einen Normalarbeitstag als gesetzliche Regelung und ohne jede zulässige Ausnahme durchzusetzen, sehen wir gerade heute, wo es den Kapitalisten gelungen ist, für den größten Teil der Arbeiter den 8-Stunden-Tag völlig außer Kraft zu setzen. Zu geringer Lohn für 8 Stunden und Ausdehnung des Arbeitstages durch ständige Überstunden, sind nur zwei Seiten einer Medaille. Ohne wirkliche Festlegung des Normalarbeitstages ist den Kapitalisten immer schleichende Lohndrückerei möglich, die die Arbeiter dann durch Überstunden ausgleichen müssen.

Heute reicht der 8-Stunden-Tag schon nicht mehr aus. Heute bei der verschärften Arbeitshetze und der ungeheuren Verdichtung der Arbeitszeit, ist die gesetzliche Festlegung des 7-Stunden-Tages als Normalarbeitstag, der ohne jede Ausnahme eingehalten werden muß, ein wichtiges Kampfziel. Der Normalarbeitstag ist nur ein Beispiel einer Arbeiterforderung, die gesetzlich durchgesetzt werden muß, wenn sie Sinn haben soll. Eine andere wichtige Forderung ist die Festlegung der Arbeitslosenunterstützung auf 80 % des Lohnes, wie sie der Kommunistische Bund Westdeutschland fordert (vergleiche Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland und Artikel auf S. 6). Über die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen müssen ausschließlich die gewählten Vertreter der Arbeiter (Betriebs- und Personalräte) wachen, wie auch die Arbeitslosenversicherung und die Krankenversicherung durch gewählte Vertreter der Arbeiter verwaltet werden müssen, wenn sie nicht ständig umgangen und nicht zu Instrumenten der Bevormundung, der Schikanen und des übelsten Bürokratismus in der Hand der Kapitalisten und des bürgerlichen Staates werden sollen.

All diese Forderungen müssen im Kampf gegen alle Kapitalisten von allen Arbeitern durchgesetzt werden. Der bürgerliche Staat steht in diesem Kampf wie immer auf der Seite der Kapitalisten. Dennoch ist es das Ziel des Kampfes für die Durchsetzung der Arbeiterforderungen, sie durch den bürgerlichen Staat gesetzlich garantieren zu lassen. Im Kampf für die gesetzliche Regelung der Arbeiterschutzforderungen schließt sich die Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten zusammen, allerdings noch nicht mit dem unmittelbaren Ziel, die Ausbeuterordnung zu beseitigen, sondern mit dem unmittelbaren Ziel, innerhalb der Ausbeuterordnung „den Verschleiß der Kräfte der Arbeiterklasse durch die Ausbeuterordnung einzuschränken, um so Kräfte zu gewinnen für den Sturz der Ausbeuterordnung. Das wichtigste Ergebnis dieses Kampfes ist die wachsende Organisiertheit der Arbeiterklasse gegenüber der Kapitalistenklasse.

IM KAMPF FÜR DIE RECHTE DES VOLKES DIE EINHEIT DES VOLKES GEGEN DEN BÜRGERLICHEN STAAT HERSTELLEN!

Weder der Kampf um den Lohn, noch der Kampf zur Durchsetzung von Arbeiterforderungen und zur Eroberung von Rechten der Arbeiter können für die Arbeiterklasse Selbstzweck sein, wenn sie an ihrer historischen Aufgabe, der Beseitigung der Ausbeuterordnung und der Errichtung der klassenlosen Gesellschaft festhalten will. In diesem Kampf organisiert und vereinheitlicht sich die Arbeiterklasse, kämpft für Bedingungen, unter denen nicht ihre ganze Kraft durch die kapitalistische Produktionsmaschinerie aufgefressen wird, sondern Kräfte entwickelt werden, um die Ausbeuterordnung zu stürzen. In all diesen Kämpfen erfährt die Arbeiterklasse auch immer klarer, daß der Lohnkampf und der Kampf für Arbeiterforderungen und die Durchsetzung von Arbeiterrechten nichts an der Tatsache der Ausbeutung der Arbeiterklasse ändert. Daran kann nur die Errichtung des Sozialismus und schließlich der klassenlosen Gesellschaft etwas ändern. Um aber den Sozialismus errichten zu können, als Voraussetzung für die klassenlose Gesellschaft, muß die Arbeiterklasse die politische Macht erobern. Dazu muß sie alle Unterdrückten, die breiten Volksmassen um sich sammeln und sie im Kampf gegen den kapitalistischen Staat zusammenschließen. Gleichzeitig muß sie allen Unterdrückten zeigen, daß nur die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft die Ursache der Unterdrückung beseitigen kann und daß zur Errichtung der klassenlosen Gesellschaft die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse unbedingt notwendig ist. Das Mittel, um alle Unterdrückten für den Kampf gegen den kapitalistischen Staat zu gewinnen, ist der Kampf um die Rechte des Volkes. Gleichzeitig ist er das Mittel, um die breiten Volksmassen davon zu überzeugen, daß nur die Arbeiterklasse in der Lage ist, durch die Eroberung der politischen Macht dem Volk umfassende demokratische Freiheiten zu verschaffen. Warum? Indem sich die Arbeiterklasse selbstlos an die Spitze stellt im Kampf für die Rechte des Volkes, zeigt sie allen Klassen und Schichten des Volkes, daß sie als ausgebeutete Klasse keinerlei Interesse an Unterdrückung hat, daß sie mit der Ausbeutung auch die Unterdrückung beseitigen wird.

DIE AUFGABEN DER KOMMUNISTEN

All die Kämpfe auf den verschiedenen Ebenen des Klassenkampfes entwickeln sich notwendig und ohne Zutun der Kommunisten aus dem Gegensatz zwischen den Arbeitern der verschiedenen Betriebe und Branchen und den jeweiligen Kapitalisten in der Lohnfrage, aus dem Gegensatz zwischen allen Arbeitern und allen Kapitalisten in der Frage der gesetzlichen Regelung des Arbeiterschutzes innerhalb der Ausbeuterordnung, sowie aus dem Gegensatz zwischen dem abgesonderten Apparat des bürgerlichen Staates und den breiten Volksmassen. Aufgabe der Kommunisten ist es, aus den Funken einzelner Gegensätze und Kämpfe den Steppenbrand des umfassenden Klassenkampfes zu entfachen, allen Arbeitern die Notwendigkeit des Sturzes der Ausbeuterordnung aufzuzeigen und den breiten Volksmassen ihren Platz an der Seite der Arbeiterklasse aufzuzeigen und für die Zerschlagung des bürgerlichen Unterdrückerstaates zu gewinnen. Zu diesem Zweck müssen sich die Kommunisten in einer einheitlichen Partei zusammenschließen und immer neue Reihen von fortgeschrittenen und revolutionären Arbeitern und anderen Angehörigen des Volkes in die Arbeit der Partei einbeziehen und in der Partei organisieren.
Die Partei des Proletariats kann nur auf einer richtigen Linie für alle Ebenen des Klassenkampfes aufgebaut werden. Ausgehend von der Notwendigkeit des Sturzes der Ausbeuterordnung und der Errichtung der klassenlosen Gesellschaft, sowie der Eroberung der politischen Macht als Voraussetzung für die soziale Revolution muß die richtige Linie im Kampf gegen alle bürgerlichen Anschauungen erarbeitet werden, um die Gewerkschaftseinheit gegen die Kapitalisten und ihre Verbände, die Einheit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse und die Einheit des Volkes gegen den kapitalistischen Staat herzustellen.
All unsere Differenzen zu anderen Organisationen, die sich kommunistisch nennen, ergeben sich gerade daraus, daß sie wie die DKP durchgängig eine bürgerliche Linie vertreten, oder daß sie wie die verschiedenen 'links'-opportunistischen Organisationen – Gruppe Rote Fahne (KPD) und Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) auf die Ausarbeitung einer Linie für den umfassenden Klassenkampf verzichten und die fehlende Linie durch "revolutionäres" Geschrei und die Summierung verschiedenartiger Abweichungen theoretisch 'linker', praktisch rechter Spielart ersetzen. In der Praxis rechts sind diese Abweichungen, weil sie die betreffenden Organisationen völlig unfähig machen, den Klassenkampf zu führen.
Im Gegensatz dazu hat der Kommunistische Bund Westdeutschland in seinem Programm und in seiner taktischen Hauptresolution die richtige Linie festgelegt, auf der der Kampf für die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse erfolgreich geführt werden kann.

—J.S.—

»Wie Fische im Wasser...«

TROTZ DEMONSTRATIONSVERBOT BREITE PROTESTAKTIONEN GEGEN DAS SCHAH-REGIME

Für Mittwoch, den 9. Januar, hatte die CISNU (Confoederation iranischer Studenten) gemeinsam mit mehreren deutschen Organisationen, darunter dem KBW und seinen örtlichen Massenorganisationen, zu einer Demonstration in Frankfurt aufgerufen. Das gemeinsame Ziel war, gegen die Behinderung des Jahreskongresses der CISNU durch die Bundesregierung zu protestieren, die mehreren aus dem Ausland kommenden Delegierten die Einreise verweigert hatte, mit der Begründung, die Abhaltung des Kongresses selbst verletze die "auswärtigen Belange der BRD". (Wir haben in der letzten KVZ darüber berichtet.)
Zwei Stunden vor Beginn wurde diese Demonstration vom Frankfurter Oberbürgermeister im Einvernehmen mit dem Bonner Innenminister verboten. Das bestärkte die Frankfurter Antiimperialisten nur in ihrer Entschlossenheit, derartige Angriffe auf die politische Betätigungsfreiheit der ausländischen ebenso wie der deutschen Organisationen zurückzuweisen und allen Versuchen einer erzwungenen "Notgemeinschaft" mit den Imperialisten entgegenzutreten.

Der Kundgebungsplatz war massiv mit Polizei umstellt. Kaum daß die ersten größeren Demonstrantengruppen sich gesammelt hatten, wurden sie über Lautsprecher aufgefordert, sich zu zerstreuen. Die Demonstrationsleitung beschloß daraufhin, nicht länger auf die ca. 1 000 iranischen Kongressteilnehmer zu warten. (Wie sich später herausstellte, waren sie von Polizeikräften in ihrem Tagungsgebäude fest gehalten worden. Viele schlugen sich aber einzeln durch und nahmen später an der Demonstration teil.)

Da gerade in Richtung Innenstadt der Polizeikordon noch eine Lücke aufwies, wurde blitzschnell abmarschiert. Minuten später hatte sich – von der überraschten Polizei unbehelligt – ein ca. 700 Mann starker Demonstrationszug am Goetheplatz formiert. Es wurden Transparente entrollt, Sprechchöre gerufen und kurze Ansprachen gehalten, worin die Bevölkerung mit unseren Zielen und Forderungen bekannt gemacht wurde:



Am Mittwoch, den 9.1., zog trotz Verbot ein über 700 Mann starker Demonstrationszug durch die Frankfurter Innenstadt.

FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG FORTSCHRITTLICHER AUSLÄNDISCHER UND DEUTSCHER ORGANISATIONEN! SCHLUSS MIT DER TÄTIGKEIT VON SAVAK UND ANDEREN GEHEIMDIENSTEN IN DER BRD! WEG MIT DER UNTERSTÜTZUNG DES SCHAH-REGIMES DURCH DIE BUNDESREGIERUNG! und andere.

Der Zug bog über die Hauptwache rasch in die Zeil ein (die Hauptgeschäftsstraße in Frankfurt, neuerdings Fußgängerzone) und marschierte fast ganz hinauf. Im oberen Teil wurde erneut eine kurze Kundgebung abgehalten. In diesem Augenblick griff die Polizei vom oberen Ende her massiv mit Wasserwerfern und Schlägertrupps an. Doch gelang es ihr keineswegs, die Demonstranten wirksam zu zerstreuen. Im Gegenteil wuchs deren Zahl auf weit über 1 000 an, die sich immer von neuem zu einem Zug formierten.

Insgesamt dreimal "räumte" die Polizei die gesamte Zeil! Sie spritzte und prügelte wahllos auf Demonstranten und Passanten los. Einzelne Schlägertrupps drangen sogar in die Kaufhäuser und in die Hauptpost ein und schlugen dort Leute blutig. 12 Personen mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

BUNDESREGIERUNG: AUFHEBUNG DEMOKRATISCHER RECHTE FÜR DIE "AUSWÄRTIGEN BELANGE"

Dieses Vorgehen der Polizei, vor allem jedoch die haarsträubenden Begründungen des Demonstrationsverbotes, lösten bei ihrem Bekanntwerden unter der fortschrittlichen Frankfurter Bevölkerung breiten Protest aus.
In der Verbotsbegründung hieß es:

"In dem von der Confoderation iranischer Studenten verteilten Flugblatt sind Beleidigungen eines ausländischen Staatsoberhauptes ('Faschistisches Schahregime') sowie Verunglimpfungen von Verfassungsorganen der Bundesrepublik Deutschland enthalten. So wird behauptet, die Bundesregierung habe in Anwendung des Ausländergesetzes Arbeiter und Studenten faschistischen Henkern ausgeliefert . . ."

Im Klartext heißt das:
- Man darf Faschisten nicht mehr Faschisten nennen, wenn sie ein "ausländisches Staatsoberhaupt" sind.
- Die Bonner "sozialliberale" Regierung erklärt offiziell, daß sie die Unterstützung des faschistischen Schahregimes unter die "auswärtigen Belange der BRD" zählt und es sich daher zur Aufgabe macht, die iranische Opposition in der BRD mundtot zu machen.
- Kritik an sogenannten "Verfassungsorganen" wie zum Beispiel der Bundesregierung und der ihr nachgeordneten Behörden (Ausländerpolizei usf.) wird als "Verunglimpfung" bezeichnet und unter Strafe gestellt, wenn sie die Verbrechen der bürgerlichen Klassenjustiz oder anderer staatlicher Gewaltorgane anprangert, wie die Auslieferung ausländischer Arbeiter und Studenten an faschistische Henkerregimes.

Gegenüber diesem massiven Angriff auf die Volksrechte und die Betätigungsfreiheit aller antiimperialistischen Organisationen in Westdeutschland schloß sich eine breite Aktionseinheit von fortschrittlichen und demokratischen Organisationen zusammen. Selbst die Frankfurter Jungsozialisten konnten hier nicht abseits stehen, im Gegensatz zur DKP und anderen revisionistischen Organisationen, deren grenzenlose Loyalität zu den Bonner Regierungsparteien offenbar auch die Unterstützung solcher Henkerregimes wie dem des Schah einschließt.

Um das Recht auf Versammlung und freie Meinunsäußerung für die Genossen der CISNU wie für die Antiimperialisten in Westdeutschland praktisch zu erkämpfen, wurde zu einer erneuten Demonstration am Samstag, 12.1. aufgerufen.

Eine breite Agitation und Propaganda, von der KBW-Ortsgruppe und dem Kommunistischen Studentenbund wesentlich mitgetragen und durch eigene Aktivitäten noch verstärkt, wurde vor Betrieben, in der gesamten Stadt und an der Universität betrieben. Auf Antrag unserer Genossen wurde dies von den Frankfurter Studenten, die an der Universität gegenwärtig selbst um Redefreiheit und das Recht auf Kritik kämpfen, ausdrücklich zum Teil ihres eigenen Kampfes erklärt. Mehrere hundert Studenten gingen mit Flugblättern und selbst gefertigten Informationsständen in die Stadtteile und diskutierten zwei Tage lang mit der Bevölkerung über die Notstandsmaßnahmen des westdeutschen Staates und die Unterstützung des Schah-Regimes durch die Imperialisten



Die Teilnehmer der Demonstration am Samstag sammeln sich wieder.

BONNER AUSSENMINISTERIUM FORDERT VERBOT

Am Freitag nachmittag wurde bekannt, daß auch die Demonstration für Samstag verboten sei, mit fast der gleichen Begründung wie am Mittwoch. Diesmal hatte das Bonner Außenministerium das Verbot verlangt. Dadurch wurde offenkundig, daß die Bundesregierung mit dem Schah ein Abkommen getroffen hat, die persische Opposition im Ausland zu liquidieren, um die weitere Teilnahme der westdeutschen Monopole beim Ausverkauf der nationalen Reichtümer des Iran zu sichern.

Am Samstag war dem Rundunk zufolge die Masse der hessischen Bereitschaftspolizei in Frankfurt zusammengezogen, um das Demonstrationsverbot zu erzwingen. Allein 8 Hundertschaften, in schwerer Kampfmontur und durch Wasserwerfer unterstützt, waren direkt auf der Zeil und in ihren Nebenstraßen postiert.



Trotz des großangelegten Bürgerkriegsaufmarsches war die Polizei machtlos.

POLIZEI MACHTLOS

Trotzdem wurde dieses großangelegte Bürgerkriegsmanöver ein Riesenreinfall für die Polizei. Die Schlagzeilen der Frankfurter Tageszeitungen sprechen für sich: "Gegen diese Demonstranten war die Polizei machtlos" (Frankfurter Allgemeine Zeitung) oder: "Zuschauer behindern Polizei-Einsatz" (Frankfurter Neue Presse).

In der Tat: 2 bis 3 000 Demonstranten und sicher 10 000 einkaufende Frankfurter Bürger konnten von der Polizei bei aller Brutalität nicht auseinandergejagt werden. Zwar konnte die Bildung eines einheitlichen Demonstrationszuges im Ansatz zerschlagen werden. Aber an allen Ecken und Enden bildeten sich immer von neuem Demonstrationen von mehreren Hundert Personen und riefen Parolen wie: "Schah Mörder, Brandt Komplize!" oder: "Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei!". Die ganze Zeil hallte zwei Stunden lang von Sprechchören wider. Auch eine große Zahl iranischer Genossen nahm trotz ihrer besonderen Gefährdung mutig an diesen Aktionen teil.

Die Polizei versuchte stets von neuem, mit Wasserwerfern und Knüppeleien die Straße frei zu kämpfen. Sie hinderte die Menschen, in die Innenstadt zu gelangen, indem sie willkürlich für zwei Stunden den gesamten Straßenbahnverkehr über die Zeil (den Knotenpunkt des Straßenbahnnetzes in Frankfurt überhaupt!) zum Erliegen brachte. Die Kaufhauskapitalisten unterstützten die Polizei, indem sie über lange Strecken die Eingänge mit Eisengittern verschlossen.

Trotz all dieser Schikanen beugten sich die Frankfurter dem Polizeidiktat nicht! Dies gab den Ausschlag. Die Demonstranten konnten von der Bevölkerung nicht isoliert werden. Polizeipräsident Müller erfaßte die Sache richtiger, als er selbst verstand. Auf einer Pressekonferenz sagte er, daß die Demonstranten "wie Fische im Wasser immer wieder unter den Passanten untertauchen konnten, weil diese aus Neugier einfach nicht nach Hause gingen." (Frankfurter Neue Presse, 14.1.)

DIE FRANKFURTER LASSEN SICH DIE STRASSE NICHT VERBIETEN

Sein beschränktes Polizeigehirn kann diesen Sachverhalt nur mit "Neugierde" erklären. Aber in Wirklichkeit ließen sich die Frankfurter ganz einfach nicht die Straße verbieten! Sicherlich hat ein großer Teil von ihnen die Ziele unserer Demonstration nicht richtig oder gar nicht verstanden. Das war vielfach auch ein Verschulden der Demonstranten, einschließlich unserer eigenen Genossen, die die erkämpfte Freizügigkeit und Redefreiheit nicht zielstrebig genutzt haben, um Agita-

Ein Frankfurter berichtet:

AUGENZEUGENBERICHT

Durch unauffällige Kleidung war ich in der Lage, mich zwischen den Fronten zu bewegen. Mir war es dadurch möglich, den Ablauf der Demonstration aus verschiedenen Richtungen zu beobachten.

1. Strategie – einfach Klasse. Durch das Auftauchen der Gruppen an verschiedenen Punkten wurde die Polizei einfach geschlaucht und der Lächerlichkeit preisgegeben. Die Polizisten waren durch ihr Hin- und Herrennen völlig außer Atem.

2. Nach meiner Meinung richteten sich 60 % der Bevölkerung gegen die Polizei. Eine Frau sagte zu einem Polizisten: Ihr haltet doch jetzt durch euren Einsatz die Leute vom Einkaufen ab. Hättet ihr die Demonstration genehmigt, wäre in einer halben Stunde alles vorbei gewesen. (Alter: zirka 50 Jahre, mit zwei Plastiktüten vom Kaufhof; Aussehen: bürgerlich)
Am Steinweg – Hauptwache: Eine Frau, etwa 40 Jahre, klein, zierlich, kommt aus Richtung Cafe Kranzler. Am Steinweg eine Polizeikette, sie steht der Frau im Wege. Sie rempelt einen der Polizisten mit aller Gewalt an und sagt zu ihm, daß er nur im Wege stehe. Der Polizist ist überrascht und nicht zu einer Erwiderung fähig. Die Frau geht zirka 10 Schritte weiter, dreht sich herum und sagt zu dem Polizisten: "Da brauchst Du nicht so blöd zu glotzen" und geht weiter. Nichts geschieht.

3. Am Eingang zur Neuen Kräme treffe ich einen Mann, der völlig naß ist. Ich spreche ihn an, er schimpft mordsmäßig auf die Polizei, will sich beschweren. Sein Mantel ist geöffnet, da entdecke ich das Abzeichen "Aktion Widerstand". Da fängt er auch schon an, auf die Studenten zu schimpfen. Ich lasse ihn stehen, Diskussion für mich zwecklos, andere Passanten ebenfalls, er schimpft allein weiter.

4. Diskussion am Steinweg – Hauptwache. Junges Ehepaar schimpft auf die Sozialdemokraten, sie wollen sie nicht mehr wählen. Ich frage sie, wen sie denn wählen wollen, sie sagen DKP, obwohl sie mit ihnen auch nicht einverstanden wären, weil sie auch nicht mehr so konsequent seien. Auf meine Frage erklärt die Frau, die DKP sei ja richtig gewerkschaftshörig geworden. Man würde keine Kritik von ihr hören, obwohl es doch zur Zeit dringend nötig sei. Es wäre gut, daß es noch andere gäbe, die auch mal den Gewerkschaften die Meinung sagen würden.

»Wie Fische im Wasser...«

tion unter den Massen zu machen. Viele Genossen haben sich zu sehr von der Anwesenheit der Polizei fesseln lassen.

Nein, man kann nicht behaupten, daß sich die 10 000 Frankfurter auf der Zeil in ihrer Überzahl mit den Zielen und Forderungen unserer Demonstration ausdrücklich solidarisiert hätten. Aber die Frankfurter sind vor dem direkten Polizeiangriff auf ihre Freizügigkeit und Redefreiheit nicht zurückgewichen und haben sich von dieser Notstandsübung der staatlichen Gewaltorgane trotz provokantem Auftreten nicht einschüchtern lassen. Noch viel weniger haben sie sich in ihrer Mehrzahl gegen unsere Unterstützung des Kampfes der persischen Patrioten sozialchauvinistisch aufhetzen und für die Zwecke der westdeutschen Imperialisten in Bewegung setzen lassen. Im Gegenteil: Wo wir uns an die Menschen gewandt haben und ihnen die Ziele des antiimperialistischen Kampfes erklärt haben, stießen wir auf viel Aufmerksamkeit und Nachdenklichkeit, und oft auch auf spontane Sympathie.

DEMONSTRATIONSVERBOTE MIT POLIZEIMITTELN NICHT DURCHSETZBAR

Dies ist der entscheidende Grund, warum Polizeipräsident Müller nachher resigniert erklären mußte: "Demonstrationsverbote . . . im Zentrum der Stadt sind nicht mehr sinnvoll, da sie mit Polizeimitteln nicht durchgesetzt werden können." (Frankfurter Rundschau, 14.1.)

Als sich um 13 Uhr 30 auf dem Steinweg noch einmal ein mehrere hundert Mann starker Demonstrationszug bildete, Transparente entspannte, mit Sprechchören auf die Hauptwache marschierte und dort zu einer kurzen Kundgebung ansetzte, versuchte die Polizei ihre Niederlage durch sinnlose Brutalitäten wettzumachen. So wurden in mehreren Fällen friedlich dastehenden Passanten die neuen berüchtigten Sprühdosen mit Kampfgas, das die hessische Polizei von der US-Armee übernommen hat, direkt ins Gesicht gehalten und abgedrückt. Ein Mädchen erlitt eine ernste Augenverletzung. Viele Menschen wurden ohne jeden Grund niedergeschlagen.
Ein besonders streberhafter Schlägermeister allerdings wagte sich zu weit vor und verlor den Kontakt zu seinem Greiftrupp. Er bekam ein Bein gestellt und danach unter allgemeinem Beifall den Volkszorn zu spüren. Er hinterließ seinen Plastikschild, in dem auf einer anschließenden spontanen Solidaritätsveranstaltung Geld für Verhaftete und Verletzte gesammelt wurde.
Wir haben beschlossen, ausgehend von den hier geschilderten jüngsten Ereignisse unseren Kampf gegen die Politik der Notgemeinschaft mit den Imperialisten zu verstärken und die günstige Situation einer gespannten Aufmerksamkeit, welche unter den Volksmassen herrscht, zu nutzen, um den noch sehr weitverbreiteten falschen Meinungen als Kommunisten entgegenzutreten. Wichtig ist, uns in diesem Kampf noch enger mit allen patriotischen Ausländerorganisationen zusammenzuschließen und ihre Bewegungsfreiheit so zu verteidigen wie unsere eigene.

–KBW Ortsleitung Frankfurt–

Demonstrationsverbot auch in Wien

SCHARFE SICHERHEITSMASSNAHMEN: "DER SCHAH IST EIN FREUND ÖSTERREICHS"

Zu einem angeblich privaten Besuch traf am 28. Dezember der Schah von Persien in Wien ein. Das Kapitalistenblatt "Die Presse" ließ verlauten, daß die ersten Tage jedoch Wirtschaftsgesprächen gewidmet seien. Weiterhin stellte sie fest: "Der Schah ist ein großer Freund Österreichs."

Der Empfang wurde sorgfältig vorbereitet:

1. *Verbot jeglicher Demonstration gegen den Schah*
2. *Strengste Sicherheitsmaßnahmen, die schon Stunden vor Ankunft des Schahs in Kraft gesetzt wurden. Ausrüstung der Polizei mit Maschinenwaffen und Präzisionsgewehren sowie Abriegelung der Flughafengebäude und scharfe Sicherheitsvorkehrungen im Hotel "Imperial", der Absteige des Schahs.*

Die Demonstration einer Aktionseinheit gegen den Schah-Besuch wurde verboten und von der Polizei zerschlagen. Mehrere Demonstranten wurden festgenommen.
Die Aktionseinheit verteilte in der Stadt ein Flugblatt, das über die Situation im Iran aufklärte und auch die Ölkrise beleuchtete. An Verkehrsknotenpunkten wurden Stände aufgestellt, wo iranische Genossen der Wiener Bevölkerung eindrucksvoll die Zustände im Iran schilderten. Aus meiner eigenen Beobachtung kann ich sagen, daß die Wiener Bevölkerung sehr interessiert und entsetzt die Veröffentlichungen über die grausamen Foltermethoden der iranischen Faschisten beachtete. Große Diskussionsgruppen bildeten sich an den Ständen. Die Wiener Genossen haben mit dieser Aktion viel Klarheit schaffen können über die gegenwärtige Krise und ihren Charakter.

–H.K., z.Z. Wien–

SPANISCHE KOLLEGEN:

Kein Todesurteil!

SOLIDARITÄTSSTAND IN BERLIN ANGEGRIFFEN

Westberlin. Am Sonntag, 13.1., veranstalteten spanische Kollegen auf dem Kurfürstendamm eine Solidaritätsaktion zur Verhinderung des drohenden Todesurteils gegen den spanischen Patrioten Salvador Puig. Während der mehrstündigen Aktion verteilten die Kollegen 4 500 Flugblätter, in denen sie die Hintergründe des Terrorurteils darstellten und die Notwendigkeit des weltweiten Protestes dagegen betonten.
Bei der gleichzeitig durchgeführten Unterschriftensammlung kamen über 1 000 Unterschriften innerhalb von 5 Stunden zusammen. Fast die ganze Zeit wurde in wechselnden Diskussionsgruppen von der Bevölkerung rege über die Situation in Spanien, aber auch über die Situation hier in Westdeutschland und Westberlin diskutiert.

Im Anschluß an die Aktion bedrohte eine Gruppe deutscher Faschisten die Kollegen mit Messern und Schlagstöcken und nahm ihnen sämtliche Transparente weg.
Die Kollegen planen, in einer breiten Aktionseinheit den Kampf um die Verhinderung der Vollstreckung dieses Terrorurteils weiterzuführen.

Seeleute kampfbereit

UNZUREICHENDE FORDERUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Hamburg. Am 10.1. fand in der Kaffeeklappe von Schuppen 73 eine Versammlung von etwa 200 bis 300 Seeleuten statt. Die Gewerkschaftsführer machten mächtig einen auf Kampf: Kämpferische Arbeiterlieder am Anfang über den Lautsprecher. Ihre 15 %-Forderung und die einzelnen Festbetragsforderungen von 180 DM bis 250 DM, die tatsächlich den Kampf aufspalten und ihn so zurückzerren, versuchten sie als ureigenste Forderung der Kollegen hinzustellen. Das Reederangebot nannten sie keck ein Almosen (Gerless).
Die "feste" Haltung der ÖTV hätte dazu geführt, daß die Reeder erneut verhandeln würden. Wohin die Haltung der ÖTV 1971 und 72 geführt hatte, sagte dann Söksen (Vertrauensmann bei Hapag Lloyd), nämlich zu "Zurückstecken, Mini-Abschlüssen, Superausflaggungen, Lohnverzicht, 23 000 Arbeitsplätzen weniger."

Der Stundenlohn eines gefahrenen Matrosen liegt immer noch unter 6,50 DM. Wo die deutschen Reeder ihre Schiffe unter ausländischer Flagge fahren lassen (ausgeflaggt), sieht es noch schlechter aus. Am schlimmsten sind die ausländischen Seeleute dran. Zum Beispiel bekommt ein asiatischer Bootsmann auf einem ausgeflaggten Schiff gegenwärtig ganze 180 Mark im Monat!
Die Gewerkschaften verhandeln dazu auch nur mit einem Teil der Reeder, die nämlich in einer "freiwilligen Tarifgemeinschaft" sind. Auf dem Rest der Schiffe herrscht die nackte Willkür der Reeder.

Welche Schlüsse müssen die Kollegen nun aus der miserablen Situation zie-

Zum Beispiel bekommt ein asiatischer Bootsmann auf einem ausgeflaggten Schiff gegenwärtig ganze 180 Mark im Monat!
Die Gewerkschaften verhandeln dazu auch nur mit einem Teil der Reeder, die nämlich in einer "freiwilligen Tarifgemeinschaft" sind. Auf dem Rest der Schiffe herrscht die nackte Willkür der Reeder.

Welche Schlüsse müssen die Kollegen nun aus der miserablen Situation ziehen? Durch die Verhandlungen der Gewerkschaftsführung mit den Reedern springt für die Kollegen noch nichts Vernüftiges raus. Das war eigentlich allen klar. Die Seeleute müssen sich daher selbst auf Auseinandersetzungen und Kämpfe vorbereiten; dazu wurden auf der Versammlung auch viele Vorschläge gemacht: Der Zustand der momentanen Zersplitterung muß aufgehoben werden, die Kollegen müssen auf andere Schiffe gehen, um dort über Kampfmaßnahmen und Forderungen zu diskutieren, sie müssen auf den Schiffen Vertrauensleute wählen, und zwar solche, die auch den Mund aufkriegen und sich für richtige Forderungen einsetzen. Die Kollegen müssen die Streikleitung in die eigenen Hände nehmen oder sich daran beteiligen. Die Kollegen an Land, zum Beispiel die Seefahrtsschüler, können durch das Verteilen von Informationsschriften auf den Schiffen viel zu beschlossenen Aktionen der Seeleute beitragen. (Auf der Versammlung waren in großer Zahl auch Seefahrtsschüler aus Hamburg, Lübeck und Elsfleet.) Der Kampf muß auch geführt werden gegen das inzwischen gerichtlich bestätigte Verbot für Gewerkschaftsfunktionäre, an Bord zu gehen ohne die Genehmigung der Schiffsführung (und das heißt: der Reeder!)

Die Kollegen bereiten sich auf aktive Auseinandersetzungen vor, indem sie Seeleuteversammlungen organisieren und sich an der Leitung des Streiks beteiligen.

Inzwischen sind die Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Reedern am 11.1. gescheitert. Leiten wir jetzt die Kampfmaßnahmen ein und verlassen uns nicht auf das Schlichtungsgemauschel.

–Uwe, Hamburg–



Höhere Personentarife

Die Bundesbahn will ab April die Personentarife um 8 bis 9 % erhöhen. Sie will eine Rahmenermächtigung von 20 % für ein Jahr beantragen, um die Tarife ohne weitere Genehmigungen erhöhen zu können.
Seit Tempo 100 wurden allein in Frankfurt im Fernverkehr 12 % mehr Bahnreisende registriert. Die Anzahl der Nahverkehrspendler stieg von 90 auf 120 000. Die Einnahmen stiegen natürlich auch.

Die Bundesbahn will ab April die Personentarife um 8 bis 9 % erhöhen. Sie will eine Rahmenermächtigung von 20 % für ein Jahr beantragen, um die Tarife ohne weitere Genehmigungen erhöhen zu können.
Seit Tempo 100 wurden allein in Frankfurt im Fernverkehr 12 % mehr Bahnreisende registriert. Die Anzahl der Nahverkehrspendler stieg von 90 auf 120 000. Die Einnahmen stiegen natürlich auch.

PROTEST GEGEN SCHLACHTHOF–SCHLIESSUNG IN HAMBURG:
Schlachter gegen Bürgermeister
BEAMTEN IST ES EGAL, WENN DAS FLEISCH ZWEI MARK TEUERER WIRD
Auf seiner Good-will-Tour durch Hamburgs Wahlkreise trat Bürgermeister Schulz (SPD) am 14.1.74 in Harburg auf unter dem Thema "Wir sichern Hamburgs Arbeitsplätze". Er
meinen Sie, daß man Briefe beantworten soll?" (Die Schlachter hatten nämlich Schulz in einem Brief ihre Lage noch einmal dargestellt.)
Der sonst so glatt redende Herr Schulz,
kleine Gruppe".
Aber so schnell entkam er den Fragen der Schlachter nicht. Schulz hatte in seinem Referat lang und breit ausge-

PROTEST GEGEN SCHLACHTHOF–SCHLIESSUNG IN HAMBURG:

Schlachter gegen Bürgermeister

BEAMTEN IST ES EGAL, WENN DAS FLEISCH ZWEI MARK TEUERER WIRD

Auf seiner Good-will-Tour durch Hamburgs Wahlkreise trat Bürgermeister Schulz (SPD) am 14.1.74 in Harburg auf unter dem Thema "Wir sichern Hamburgs Arbeitsplätze". Er hatte aber nicht die Absicht, eine Diskussion mit den betroffenen Kollegen zu führen (in Harburg gibt es ca. 3 000 Kurzarbeiter und 800 Arbeitslose), sondern legte die Veranstaltung in ein vornehmes Hotel in der Villengegend Harburgs, um von vornherein auszuschließen, daß er Farbe bekennen mußte. Für alle Fälle war noch 1 Mannschaftswagen Polizeischutz mit angefahren.
Aber so ganz ungeschoren, wie er glaubte, kam er doch nicht davon. Etwa 10 Schlachter und Viehhändler waren nämlich extra gekommen, um auf dieser Veranstaltung ihre Probleme vorzubringen und Schulz zur Rede zu stellen.

Der Harburger Schlachthof soll laut Beschluß der Bürgerschaft stillgelegt und seine Funktion vom Hamburger Schlachthof mitübernommen werden. Auf die Empörung der betroffenen Schlachter und Viehhändler hin, machte die SPD dann große Versprechungen, um sie zu beruhigen: "Wenn Sie es schaffen, das notwendige Kapital aufzubringen, können Sie den Schlachthof selbst übernehmen." Als die Schlachter es tatsächlich geschafft hatten, die notwendigen Mittel zusammenzubringen, kam dann der Abbruchbeschluß. Die Bürgerschaft hatte anders beschlossen. Die Schlachter forderten von Schulz eine klare Antwort auf ihre Fragen: "Meinen Sie eigentlich, daß man Versprechen halten soll? Was halten Sie überhaupt von Initiativen aus der Bevölkerung? Und meinen Sie, daß man Briefe beantworten soll?" (Die Schlachter hatten nämlich Schulz in einem Brief ihre Lage noch einmal dargestellt.)
Der sonst so glatt redende Herr Schulz, der sich vorher über einen Versammlungsteilnehmer, der sein Anliegen nicht so glänzend formulierte, lustig gemacht hatte, fing plötzlich an zu stottern und sich zu winden. Er hätte die Antwort vergessen, er wollte sie nachholen. Aber er hätte sich intensiv damit beschäftigt. Es sei sicher für sie schmerzlich, aber man könne es nicht jedem recht machen und wenn sie den Gesamtüberblick hätten, würden sie sehen, daß es eine richtige Entscheidung gewesen sei. Außerdem hätte die CDU, an die sie sich ja auch gewandt hätten, auf der Bürgerschaftsdebatte auch nicht gegen den Abbruch gestimmt.
Die Schlachter ließen sich aber nicht abspeisen: "Wir sind nicht in der CDU, aber Sie haben den Antrag doch gar nicht erst eingebracht. Wie stehen Sie eigentlich zu den Interessen der Bevölkerung? Der für den Schlachthof zuständige Beamte hat gesagt, ihm sei es egal, wenn das Fleisch durch die höheren Transportkosten 2 DM teurer für die Bevölkerung würde."
Die Aussage des Beamten fand Schulz ("wenn sie stimmt") auch "unerhört". Zu der Entscheidung des Parlaments sagte er: "Ich kann und will nicht ändern, was das Parlament entschieden hat. Wenn das Parlament entschieden hat, gibt es nur noch das, was es an Verstimmungen und Mißverständnissen gegeben hat, auszuschalten."
Damit wollte Schulz diese für ihn so unliebsame Debatte beenden; "andere Leute wollen ja auch zu Wort kommen, dieses Thema berührt ja nur eine kleine Gruppe".

Aber so schnell entkam er den Fragen der Schlachter nicht. Schulz hatte in seinem Referat lang und breit ausgeführt, daß Arbeiterhaushalte ein vernünftiges Bad und eine vernünftige Küche brauchen. Dafür mußte man schon mal miese Häuser aus der Gründerzeit abreißen und aus einer Wohnung zwei machen, um sich an den heute üblichen qm-Zahlen zu orientieren. Alles andere sei "reaktionäre Romantik". Die Aussagen verglichen die Schlachter mit der Wirklichkeit. "In Harburg gibt es eine Straße, wo zu 90 % Arbeitnehmer wohnen. Seit 1963 haben sie beantragt, ein Siel einzubauen. Bis jetzt ist nichts passiert. Diesen Winter müssen die Leute wieder auf'n Donnerbalken. Man hat sie auf 1979 vertröstet."
Jetzt wurde es den Veranstaltern zuviel, sie versuchten, den Redner zu unterbrechen und ihm das Wort abzuschneiden. Ein Schlachter sprang empört auf und rief: "Ich bin weder Kommunist noch sonst irgend so etwas, aber das Wort abschneiden, das lasse ich mir nicht gefallen. Dann sagt doch gleich, die und die Fragen sind genehm, die dürft ihr stellen. Ich bin selbst in der SPD, aber nicht mehr lange!"

Auf dieser Veranstaltung wurde ganz deutlich, was für eine volksfeindliche Politik die SPD betreibt und daß sie immer dann, wenn sie von der Bevölkerung zur Rechenschaft gezogen wird, auf Spielregeln verweist, ihr Hausrecht in Anspruch nimmt und ihre Ordnungshüter einsetzt. Wir brauchen aber Vertreter, die sich für unsere Interessen einsetzen, die wir jederzeit kontrollieren und wenn es nötig ist, auch abwählen können. Deshalb fordert der KBW in seinem Programm: "Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter; Vergütung ihrer Tätigkeit in einer Höhe, die den Durchschnittslohn eines Facharbeiters nicht übersteigt."

–R., Ortsgruppe Hamburg–

GENSCHER "HILFT" DER BAUWIRTSCHAFT

Hans Dietrich Genscher (FDP), Innenminister, hat sich etwas besonders Feines ausgedacht, um der leidenden Bauwirtschaft unter die Arme zu greifen: Er läßt sich in seinem Innenministerium ein neues "Kasino" bauen, (sprich: Lümmelsaal für die Beauftragten der Unternehmer, die vor und in den Ministerien rumsitzen und ihre Geschäftsabkommen anbringen wollen). In der Öffentlichkeit hört man meistens nur durch Bestechungsfälle von ihnen.

NAHVERKEHR RUHRGEBIET

Höhere Fahrpreise

Die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen AG, die Vestische Straßenbahnen GmbH Recklinghausen und die Herner-Castrop-Rauxel Straßenbahnen GmbH werden ab März dieses Jahres ihre Preise um fast ein Viertel erhöhen.
Der Mindestpreis verteuert sich um 20 Pfennig auf 1 DM; volle Strecken werden 2 DM kosten (heute 1,60 DM); Mehrfachkarten werden um 16 % teurer; für Wochen- und Monatskarten muß zwischen 7 und 17 % mehr bezahlt werden; Kinderfahrkarten kosten ab März 70 Pfennig.
Die Nahverkehrsgesellschaften – sie gehören den jeweiligen Städten – begründen die Preiserhöhungen mit gestiegenen Kosten vor allem für Treibstoff.

Aber trägt denn etwa das Volk die Schuld an den Kostensteigerungen, deren Folgen es jetzt tragen soll? Es waren doch die Ölkonzerne, die eine "Energiekrise" inszenierten, um ihre gewaltigen Profite, die durch die selbstbewußte und gerechtfertigte Preispolitik der arabischen Ölländer gefährdet waren, abzusichern und zu vergrößern.
Es ist doch der Staat, der über die Mineralölsteuer Milliarden DM mitverdient hat an der Preistreiberei der Konzerne.
Keine Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr!
Weg mit der Mineralölsteuer!

nach einem Bericht von C., Castrop-Rauxel

Mindestens 80% des Lohnes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!

DEN KAMPF MIT DER RICHTIGEN FORDERUNG FÜHREN

Von 1 000 Beschäftigten sind derzeit über 20 arbeitslos. Ende Dezember betrug die Arbeitslosenzahl 485 000, 2,2 % aller Beschäftigten. Inzwischen dürften eine halbe Million ohne Arbeit sein. Nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wird es in den nächsten Monaten 750 000 Arbeitslose geben.
In einigen Gebieten ist die Arbeitslosigkeit wesentlich höher, so zum Beispiel in Passau 12,3 %; in einigen kleineren Orten ist schon jeder vierte arbeitslos. Ein Beispiel dafür wurde in der Fernsehsendung "D" am 16.1. gezeigt.

Nach der Bekleidungsindustrie ist vor allem die Bauindustrie betroffen. Nach Ansicht von Albert Vietor, dem Vorsitzenden der gewerkschaftseigenen weltgrößten Baugesellschaft "Neue Heimat" sollen bis Ende 1974 200 000 Bauarbeiter entlassen werden, der Wohnungsbau solle um jährlich 150 000 Wohnungen eingeschränkt werden. Als guter Kapitalist plant dieser Gewerkschaftsunternehmer, daß jeder 6. Bauarbeiter seinen Arbeitsplatz verliert.
In der Automobilindustrie sind mehr als 50 000 Arbeiter von Kurzarbeit betroffen, bei Ford, Opel, VW und jetzt auch BMW.

In der Fernsehsendung "D" wurde ein Beispiel gezeigt, was ein Arbeitsloser an Geld vom Arbeitsamt bekommt. Ein Arbeiter mit drei Kindern im Schulalter verdiente 320 DM brutto wöchentlich. Wir haben ausgerechnet, daß ihm nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben ca. 260 DM netto wöchentlich blieben. Vom Arbeitsamt erhält er jetzt 190 DM wöchentlich, das sind nicht einmal 75 % seines Lohns, obwohl er, drei Kinder und eine Frau davon leben müssen. Ein Unverheirateter erhält 62 % seines Nettolohns im Durchschnitt, das heißt, viele bekommen noch weniger. (siehe Leserbrief auf **Seite 1**).

In der Fernsehsendung wurde auch die Fabrik gezeigt, eine Weberei, die nun leersteht, weil der Kapitalist, dem sie gehört, nicht mehr genug Profit macht. Aber da sie dem Kapitalisten gehört und er sie nicht mehr betreiben lassen will, verrotten die Maschinen und die Arbeiter sind ohne Arbeit, obwohl sie gern arbeiten würden und die Maschinen noch vorhanden sind. Gibt es tatsächlich zuviel Stoff auf der Welt? Gibt es nirgends mehr Menschen, die zuwenig Kleidung haben?

Nur der Sozialismus, den die Arbeiterklasse erkämpfen wird, kann diese ungeheure Verschwendung aufheben und die gleichzeitige Not wegschaffen. Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) hat in seinem Programm die Forderung festgelegt: "Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80 % des Lohnes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit." Wir haben an unserem Beispiel gesehen, daß ein Arbeiter seine vierköpfige Familie von 190 DM wöchentlich ernähren muß, 73 % vom Nettolohn, obwohl gerade in kinderreichen Familien der Nettolohn schon kaum ausreicht zum Leben.
Hätte er noch ein Kind mehr, bekäme er nochmal 12 DM zusätzlich die Woche. Damit ist er aber schon beim Höchstbetrag angelangt, mit sechs Kindern bekäme er auch keinen Pfennig mehr. Überhaupt, 12 DM Familienzuschlag für jedes Kind und das, wobei das Arbeitslosengeld vom Bruttolohn berechnet wird, also nicht vom relativ höheren Nettolohn der Arbeiter mit Kindern!
Und dann wird das Arbeitslosengeld nicht bezahlt für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit, sondern für höchstens ein Jahr. Das aber nur, wenn zwei Jahre lang Arbeitslosengeld gezahlt wurde. Ist einer arbeitslos und bekommt dann wieder Arbeit, aber nur für kurze Zeit, dann hat er das zweite Mal nur für kürzere Zeit ein Recht auf Arbeitslosengeld. Deshalb fordern wir mindestens 80 % Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit.
Diese Forderung muß erkämpft werden zur Sicherung der Kampfkraft der Arbeiterklasse im wirtschaftlichen und politischen Kampf, um der kapitalistischen Erpressung mit der Not zu begegnen und den Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutersystem zu führen. –bb.–

schen, die zuwenig Kleidung haben? führen. –bb.–

Demonstration gegen Stillegung

950 KOLLEGEN WEHREN SICH GEGEN DIE DROHENDEN ENTLASSUNGEN

Duisburg. Am 7.1.1974 demonstrierten in Duisburg, vor der Klöckner-Hauptverwaltung (Besitzer von Vereinigte Drahtindustrie GmbH, VDI), 600 der 950 Arbeiter des VDI-Werkes in Düsseldorf gegen die Stillegung des Werkes. Ihnen und den über 600 ebenfalls betroffenen Göppinger Kollegen (auch VDI) wurde als Trost ein Sozialplan angeboten. Außerdem wurden ihnen 400 Arbeitsplätze im Hammer VDI-Werk und in Kehl angeboten. Was nutzt das aber den Kollegen in Düsseldorf und Göppingen; es kann von ihnen doch nicht erwartet werden, daß sie ihren Wohnort dahin verlegen, die Kinder aus der Schule nehmen und ihre Bekannten verlassen!
Am Beispiel der VDI können wir wieder sehen, daß Stillegungen der Arbeitsplätze von den Kapitalisten nur auf Grund von Profitinteressen beschlossen werden. Bei der Verlegung der Produktion war von einer verbesserten Konkurrenzlage die Rede.
Es gilt, den Kampf der Düsseldorfer und Göppinger Kollegen zu unterstützen!
–Hoesch-Kollektiv der Ortsaufbaugruppe Hamm–



Alcan erzwingt Überstunden

KAPITALISTEN UND BETRIEBSRATSVORSITZENDER DROHEN MIT ARBEITSLOSIGKEIT

Bei den Alcan Aluminium-Werken in Göttingen werden die Arbeiter mit dem Argument der Arbeitslosigkeit anderer Kollegen in dem gleichen Betrieb zur Überstundenarbeit gezwungen.
Am Montag, den 7.1., eröffnete Betriebsleiter Walkenhorst und Betriebsratsvorsitzender Bauer den Kollegen an der PTL (Anlage zur Oberflächenbehandlung von Alu-Blechen), daß sie jeden Samstag drei Schichten zu fahren hätten. Das bedeutet die Erweiterung der Arbeitszeit auf 48 Stunden in der Woche an 6 Arbeitstagen. Die Auftragsbücher für Walzprodukte sind übervoll. Die PTL-Kollegen sollen bis aufs letzte ausgepreßt werden, damit Alcan das große Geschäft machen kann. Die Gesundheit der Arbeiter spielt dabei keine Rolle.
Die Abmachung, daß samstags gearbeitet wird, haben Geschäftsleitung und Betriebsrat mal wieder über die Köpfe der Kollegen hinweg ausgemauschelt. Das Gewerbeaufsichtsamt hat die Samstagsarbeit genehmigt, obwohl betriebstechnisch an der Anlage dazu kein Grund vorhanden ist.

Als die Arbeiter ihren Unmut darüber äußerten, am Samstag arbeiten zu müssen, drohte ihnen Betriebsratsvorsitzender Bauer, es würden 30 Arbeiter aus dem Haushaltswarenwerk, für die es dort keine Arbeit mehr gäbe, darauf warten, im Walzwerk unterzukommen und sicher gerne die an der PTL geforderten Überstunden leisten wollen.
Betriebsleiter Walkenhorst drohte mit der Überproduktionskrise. Er meinte, daß die Arbeiter zur Zeit noch in einer günstigen Position seien, da die Auftragsbücher voll sind und die Arbeiter Forderungen stellen könnten.
Denn wenn die PTL-Arbeiter die Klamotten hinwerfen, können die Alcan-Kapitalisten keinen Profit an der Anlage auspressen und müßten obendrein kräftige Konventionalstrafen wegen Nichteinhaltung der Verträge zahlen. Doch es würde die Zeit kommen, wo Arbeitsmangel herrsche und die Arbeiter die Geschäftsleitung anflehen würden, ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Zumal gerade im Haushaltswarenwerk ein Produktionszweig stillgelegt wird. Hier wird der Widersinn der kapitalistischen Produktionsweise deutlich. Mit der Drohung der Überproduktionskrise werden die Arbeiter zu höchster Produktionsleistung angetrieben – damit der Profit gesichert ist.
Bei Alcan hat die Geschäftsleitung bei der Sicherung des Profits beste Unterstützung seitens des Betriebsrates.

Betriebsaufbauzelle Alcan des KBW

des KBW

Prellerei beim Arbeitsamt

Die Bundesanstalt für Arbeit und die Arbeitsämter versuchen immer wieder die Arbeitslosen um ihre Ansprüche zu prellen (vgl. KVZ Nr.1/74). Von diesen Betrugsmaßnahmen sind jetzt auch besonders die ausländischen Kollegen betroffen. Erstens werden sie kaum über ihr Recht auf Arbeitslosengeld aufgeklärt. Zweitens versucht man ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld dadurch wegzunehmen, daß man ihnen die Arbeitserlaubnis entzieht. Sie sind dann im Sinne des Arbeitsförderungsgesetzes nicht verfügbar, haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld und können abgeschoben werden. Der Vorsitzende des DGB-Kreises Ludwigshafen, Schalk, sah sich genötigt, diese Machenschaften öffentlich zu verurteilen. Er brachte ans Licht, daß die Arbeitsämter nach einer geheimen Anweisung durch die Bundesanstalt für Arbeit die Aufenthaltsgenehmigung für ausländische Arbeiter jetzt nur noch entgegen den Verträgen um drei Monate verlängern, um ihnen für den Fall der Arbeitslosigkeit den Anspruch auf Arbeitslosengeld und eine neue Stelle zu verweigern. Schalk erklärte, dadurch würden die öffentlichen Bestimmungen "praktisch außer Kraft gesetzt." Er appellierte an die Bundesanstalt, "auf den Weg der Legalität" zurückzukehren und verurteilte die Maßnahmen als "nackten Nationalismus". (Mannheimer Morgen, 14.1.)

FRAUEN: für halbtags kein Anspruch

Für die Frauen, die nur halbtags arbeiten, bis 21 Stunden in der Woche, gibt es bei Verlust des Arbeitsplatzes überhaupt keine Unterstützung. Was das für eine Arbeiterfamilie bedeutet, ist klar.



Erst Kurzarbeit dann Entlassung?

Bei Hanomag, Bremen, einer Tochtergesellschaft der Daimler Benz AG, ist vom 21. bis 25. Januar Kurzarbeit für die 2 000 Kollegen, nachdem schon vom 18.12. bis 4.1. nicht gearbeitet wurde.
Nun machen Gerüchte von bevorstehenden Massenentlassungen die Runde im Betrieb. Seit September ist schon Einstellungsstopp. Die Belegschaft ist schon um 250 vermindert. Nach Weihnachten wurde einzelnen türkischen Kollegen die Aufenthaltsgenehmigung nicht verlängert. Bedeutet all dies eine Maskerade, "bestellte Panikmache . . unter der Bedingung einer etwas rückläufigen Konjunktur", wie die DKP in ihrer Betriebszeitung Roter Kurier schreibt? Keineswegs! Es sind die Erscheinungen der Krise des Kapitalismus in Westdeutschland, wie sie sich in unserem Betrieb zeigen. Der Geier der kapitalistischen Krise zieht durchs Land und bringt den Hanomag Kollegen Kurzarbeit und Entlassungen. Für 200 täglich produzierte Kleinlastwagen gibt es nur 120 Aufträge. Die Kurzarbeit ist nur der Vorbote für größere Entlassungen und stärkere Arbeitshetze für die verkleinerte Belegschaft. Dagegen muß die Hanomag Belegschaft den Kampf führen. Die Geschäftsleitung und der sozialdemokratische Betriebsrat werden wie bisher die Kollegen vor vollendete Tatsachen stellen. Um ihre Pläne zu durchkreuzen, muß die Belegschaft den Betriebsrat und die Geschäftsleitung zwingen, Stellung zu nehmen zu den Gerüchten, damit der Kampf vorbereitet werden kann.

–KBW Aufbauzelle Hanomag Bremen–

AUF DEM ARBEITSAMT:

„Geld kriegen sie sowieso keines!"

GEFEUERTER KOLLEGE BEKAM ERST NACH DREI WOCHEN OHNE UNTERSTÜTZUNG ARBEITSLOSENGELD

Bezugnehmend auf den Artikel über Arbeitslosigkeit in der letzten KVZ möchte ich einmal berichten über die Erfahrungen, die ich gemacht habe.
Von meiner Firma war ich gefeuert worden. Als ich mich einige Tage später beim Arbeitsamt als arbeitslos melden wollte, wurde mir gleich frech gesagt: "Geld kriegen Sie sowieso keines! Da haben Sie erst einmal zwei Karten, besuchen Sie diese zwei Firmen und verkaufen Sie sich so teuer wie möglich." Drei Wochen lang habe ich dann etwa 8 Firmen mit Vermittlungskarten des Arbeitsamtes aufgesucht, aber nirgends eine Stelle (ich bin gelernter Facharbeiter) bekommen. So langsam schwante mir, daß der Informationsdienst des Arbeitgeberverbandes sehr gut funktionieren müßte. Von mir selbst aus habe ich auch versucht, Arbeit zu kriegen – und dann, nachdem ich 10 Minuten allein im Raum hatte warten müssen, immer die gleiche lapidare Auskunft: "Die Stelle ist leider schon besetzt."

Zwischenzeitlich hatte ich mich dahingehend aufklären lassen von Freunden, die sich auskennen, daß der Beamte, wenn man sich das erste Mal arbeitslos meldet, verpflichtet ist, einen aufzuklären darüber, daß man sofort einen Antrag auf Arbeitslosengeld stellen kann.
Nach vier Wochen vergeblicher Arbeitssuche war der Beamte auf dem Arbeitsamt so gnädig, mir einen Antrag auszuhändigen. Auf meine Frage, warum er den Antrag nicht rückdatiere auf den Tag, als ich das erste Mal bei ihm erschienen war, erklärte er mir, daß er mir noch sehr entgegenkäme, wenn er denselben eine Woche rückdatiere.

Wenn man bedenkt, daß die Bearbeitung eines Antrags mindestens drei bis vier Wochen in Anspruch nimmt, kann man sich vorstellen, daß ich glatt verhungert wäre, wenn ich nicht gute Freunde gehabt hätte.
Auf dem Sozialamt war mir gesagt worden, ich sollte ruhig noch einmal beim Arbeitsamt vorsprechen. Die würden eine Überbrückung zahlen. Dort wiederum wurde mir gesagt, es gäbe keine Überbrückung, bis der Antrag bearbeitet ist. "Versuchen Sie es doch noch einmal beim Sozialamt", so wörtlich.
Da kann man jahrelang Arbeitslosenversicherung bezahlt haben, ist man aber in Not, dann wird man erst einmal eine Zeitlang abgewimmelt, und es schert diese Herren einen Dreck, ob man dabei verreckt oder nicht.
Ich jedenfalls habe erkannt, daß das Arbeitsamt, "Dein Freund", genauso klassengebundene Institution ist wie der Polizeiapparat, das Schulwesen, die Justiz und andere.

–H.R., Heidelberg–

Schleichende Entlassungen

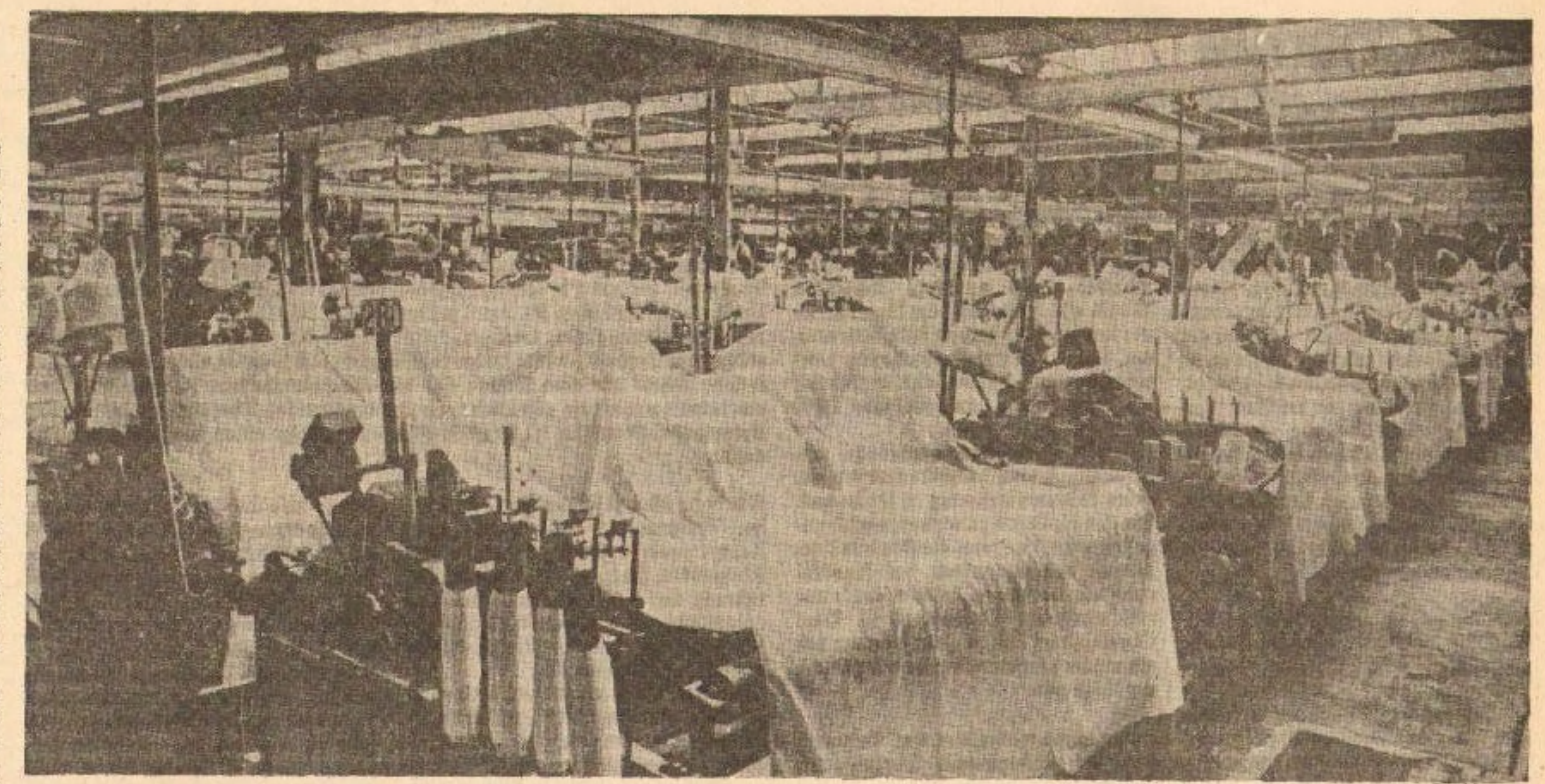
Bremen. In den letzten Tagen hat die kapitalistische Krise massiv auf die Automobilindustrie übergegriffen. 10 000 Kurzarbeiter stehen bevor. Da ist es klar, daß auch die Autozulieferindustrie sofort von den Krisenmaßnahmen der Bourgeoisie betroffen ist.

BWM ist so ein Betrieb und so hält sich nun schon seit Tagen das Gerücht der Kurzarbeit im Werk. In den Werkstätten ist die Arbeit knapper geworden, während gleichzeitig die Vorgabezeiten immer schärfer werden. Auswirken muß sich die Krise aber zuerst im Gerätewerk, wo direkt für die Produktion geschafft wird, während in den Werkstätten oftmals für Versuchsbauten usw. gearbeitet wird. So ist auch die Arbeit im Gerätewerk weniger geworden, die ersten 6 Entlassungen sind ausgesprochen worden, weitere sollen folgen.

Zum einen wird aus der Belegschaft noch mehr herausgepresst werden als vorher, während zum anderen schleichende Massenentlassungen durchgeführt werden, so daß nicht sofort jeder Kollege durchblickt, was gespielt wird. Weiter wird der Belegschaft von Geschäftsleitung und Betriebsrat bis zum letzten Tag vorenthalten, ob Kurzarbeit eingeführt wird oder nicht, ob Entlassungen durchgeführt werden und in welchem Ausmaß.

Es soll verhindert werden, daß die Belegschaft einheitlich und solidarisch den Kampf gegen die Krisenmaßnahmen der Kapitalisten aufnimmt.

Betriebszelle BWM
Bremen





650 Webstühle in der Gebhard Weberei in Meteln stillgelegt. Gibt es zu viel Stoffe auf der Welt? Gibt es niemanden mehr auf der Welt, der zuwenig zum Anziehen hat? Das kapitalistische Profitsystem ist durch und durch menschenfeindlich. Die Arbeiterklasse muß die politische Macht erobern! Die Arbeiter müssen die Produktion übernehmen!

Braunschweiger Druckindustrie: Stillegungen und Entlassungen

In den letzten Monaten wurden in der Braunschweiger Druckindustrie wiederholt Kollegen entlassen, weitere Entlassungen sind zu befürchten. Die kapitalistische Krise wirkt sich besonders im Buchdruck aus, der im Vergleich zum billigeren und schnelleren Offsetdruck immer weniger Profit bringt. Die ungünstige Lage im Zonenrandgebiet verschärft die Situation noch mehr.

Nachdem bei der Hess KG schon vor mehr als einem Jahr ein Betriebsteil stillgelegt werden sollte, wurden im November 73 vierzehn Kollegen entlassen. Jetzt werden weitere acht Kollegen entlassen und es sieht nicht so aus, als ob es die letzten sein sollten.

Die Firma Aco-Druck ist aufgekauft worden, dabei verloren ca. zehn Kollegen ihren Arbeitsplatz. Serger und Hempel ist zahlungsunfähig, alle 13 Kollegen werden entlassen.

Der Vierweg-Verlag wurde vom Bertelsmann-Konzern aufgekauft. Obwohl Anfang Dezember auf einer Betriebsversammlung noch versichert wurde, daß für sämtliche Arbeitsplätze in der Druckerei keine Gefahr bestehe, wird der Druckereibetrieb zum 31. März stillgelegt. Etwa 30 Kollegen verlieren ihre Arbeitsstelle.

Es wird für die meisten der betroffenen Kollegen sehr schwierig werden, in der Braunschweiger Druckindustrie einen Arbeitsplatz in ihrem alten Beruf zu finden. Für die Kollegen, die noch Arbeit haben, bedeutet das eine erhöhte Gefährdung ihres Arbeitsplatzes und zudem werden sie einer verschärften Arbeitshetze unterworfen.

Von der Braunschweiger Drupa-Führung war bisher keine öffentliche Stellungnahme zu hören. Sie mischt zwar bei den Sozialplänen mit und verhandelt mit den Kapitalisten, aber das alles vollzieht sich hinter verschlossenen Türen. Es ist nichts davon zu merken, daß sie den Kampf der Kollegen gegen die Entlassungen organisieren will.

Für die Arbeiter in den Braunschweiger Druckereien heißt es, nicht auf die Gewerkschaftsführung zu warten, sondern den Kampf selbst in die Hand zu nehmen.

KB Braunschweig
Druckindustrie-Aufbauzelle

Senking: 30 000 Oelofen auf Lager
ENTLASSUNGEN UND RATIONALISIERUNGEN WEIL ZUVIEL PRODUZIERT WURDE
Hildesheim. 400 Kollegen des Senking-Werkes sollen nun ihren Kopf hinhalten, damit die Geschäftsleitung weiter große Profite scheffeln kann. 100 Kollegen will man vorzeitig in den Ruhestand schicken, 210 Arbeiter und Angestellte sollen innerhalb eines halben Jahres entlassen werden. Das Senking-Werk gehört zum Flick-Konzern, dem es in der drohenden Krise leicht fällt, Produktionsstätten stillzulegen, um an anderer Stelle neue Investitionen starten zu können. So wurde jetzt beschlossen, die Produktion von Haus-
zig Überstunden die Profite der Kapitalisten steigern können. Für weniger Lohn, mehr Überstunden, mehr Akkordhetze, längere Arbeitszeit.
Doch sie fürchten sich bei Verwirklichung ihrer Rationalisierungslogik vor der Einheit der Kollegen, sie fürchten, daß die Kollegen erkennen, daß sie die Krise der kapitalistischen Wirtschaft auf ihren Rücken nehmen sollen, damit ein Häuflein reicher Parasiten gewaltige Profite einsackt. Weil sich die Senking-Unternehmer vor den Kollegen fürchten müssen, darum müssen sie
weiter bezwecken, als durch solche Manöver vom eigentlichen Problem abzulenken.
Die Kollegen sollen jetzt nicht kämpfen, sie sollen darauf hoffen, daß alles nicht so ernst ist wie es aussieht und das sehr bald neue Arbeitsplätze zur Verfügung stehen werden. Doch die Kollegen bei Senking glauben dem Herrn Wipprecht nicht mehr. Die Kollegen in den betroffenen Abteilungen sind ständig heftig am diskutieren und einige Kollegen der Jugendvertretung und aus dem Vertrauensleutekörper

lassen. Jetzt werden weitere acht Kollegen entlassen und es sieht nicht so aus, als ob es die letzten sein sollten.
Die Firma Aco-Druck ist aufgekauft worden, dabei verloren ca. zehn Kollegen ihren Arbeitsplatz. Serger und Hempel ist zahlungsunfähig, alle 13 Kollegen werden entlassen.
Der Vierweg-Verlag wurde vom Bertelsmann-Konzern aufgekauft. Obwohl Anfang Dezember auf einer Betriebsversammlung noch versichert wurde, daß für sämtliche Arbeitsplätze in der Druckerei keine Gefahr bestehe, wird der Druckereibetrieb zum 31. März stillgelegt. Etwa 30 Kollegen verlieren ihre Arbeitsstelle.
Es wird für die meisten der betroffe-
Von der Braunschweiger Drupa-Führung war bisher keine öffentliche Stellungnahme zu hören. Sie mischt zwar bei den Sozialplänen mit und verhandelt mit den Kapitalisten, aber das alles vollzieht sich hinter verschlossenen Türen. Es ist nichts davon zu merken, daß sie den Kampf der Kollegen gegen die Entlassungen organisieren will.
Für die Arbeiter in den Braunschweiger Druckereien heißt es, nicht auf die Gewerkschaftsführung zu warten, sondern den Kampf selbst in die Hand zu nehmen.
KB Braunschweig
Druckindustrie-Aufbauzelle

Senking: 30 000 Oelofen auf Lager

ENTLASSUNGEN UND RATIONALISIERUNGEN WEIL ZUVIEL PRODUZIERT WURDE

Hildesheim. 400 Kollegen des Senking-Werkes sollen nun ihren Kopf hinhalten, damit die Geschäftsleitung weiter große Profite scheffeln kann. 100 Kollegen will man vorzeitig in den Ruhestand schicken, 210 Arbeiter und Angestellte sollen innerhalb eines halben Jahres entlassen werden. Das Senking-Werk gehört zum Flick-Konzern, dem es in der drohenden Krise leicht fällt, Produktionsstätten stillzulegen, um an anderer Stelle neue Investitionen starten zu können. So wurde jetzt beschlossen, die Produktion von Haushaltgeräten und Ölöfen einzustellen.

Arbeiter werden entlassen, weil zu viel produziert worden ist, weil die kapitalistische Wirtschaft nicht nach Bedürfnissen, sondern nach Profitinteressen produziert. So auch beim Senking-Werk. Die Haushalts- und Ölöfenproduktion hatte die Nachfrage übertroffen. 30 000 Ölöfen liegen auf Lager. Man will nun die Produktion auf das "traditionelle Großküchengeschäft" umstellen, da hier noch gute Geschäfte mit den Fluggesellschaften der USA zu erhoffen sind. Dieses "traditionelle" Geschäft der Kapitalisten des Flick-Konzerns ermöglicht die im Kapitalismus zur Tradition gewordene "Rationalisierung", wo ein Teil der Kollegen entlassen wird, damit die verbleibenden Kollegen mit doppelter Kraft und zig Überstunden die Profite der Kapitalisten steigern können. Für weniger Lohn, mehr Überstunden, mehr Akkordhetze, längere Arbeitszeit.

Doch sie fürchten sich bei Verwirklichung ihrer Rationalisierungslogik vor der Einheit der Kollegen, sie fürchten, daß die Kollegen erkennen, daß sie die Krise der kapitalistischen Wirtschaft auf ihren Rücken nehmen sollen, damit ein Häuflein reicher Parasiten gewaltige Profite einsackt. Weil sich die Senking-Unternehmer vor den Kollegen fürchten müssen, darum müssen sie auch mit Leuten wie Wipprecht (Betriebsratsvorsitzender und SPD-Bürgermeister) und Seitz (IGM-Vorsitzender, SPD-Stadtrat) zusammenarbeiten. Denn den Arbeiterverrätern fällt in der kapitalistischen Krise eine besondere Aufgabe zu. Sie müssen so tun, als sei es nicht die Krise des Kapitals, – die Überproduktionskrise – die die Kollegen von ihren Arbeitsplätzen vertreibt, sondern sie müssen so tun, als sei es lediglich eine Fehlkalkulation der Geschäftsleitung gewesen, an der sie nicht mitbestimmen durften. Man möchte doch bitte andere "Fertigungsmöglichkeiten" ins Auge fassen, so bettelte Wipprecht vor der Landesregierung in Hannover. Man könnte fast glauben, der Betriebsratsvorsitzende müßte auch um seinen "Arbeitsplatz" fürchten, doch will er nichts weiter bezwecken, als durch solche Manöver vom eigentlichen Problem abzulenken.

Die Kollegen sollen jetzt nicht kämpfen, sie sollen darauf hoffen, daß alles nicht so ernst ist wie es aussieht und das sehr bald neue Arbeitsplätze zur Verfügung stehen werden. Doch die Kollegen bei Senking glauben dem Herrn Wipprecht nicht mehr. Die Kollegen in den betroffenen Abteilungen sind ständig heftig am diskutieren und einige Kollegen der Jugendvertretung und aus dem Vertrauensleutekörper sehen wie man den Kampf gegen diese Maßnahmen der Kapitalisten führen muß. Sie versuchen sich auch durch die Entlassungen nicht vom Lohnkampf abbringen zu lassen. Denn sie wissen, daß man nach der Entlassung der 400 Kollegen auch den restlichen im Betrieb bleibenden 900 Kollegen immer wieder erklären wird: "Übt ihr keinen Lohnverzicht, dann fliegt ihr wie die anderen".

Deshalb wird auch versucht werden müssen, im Betrieb die Einheit aller über die Forderung 1,20 DM mehr für alle in der Stunde herzustellen. Die Rationalisierungen auf Kosten der Werktätigen wird man im Kampf gegen die gesamte Kapitalistenklasse und derenStaat für den 7 Stundentag an 5 Wochentagen führen müssen.

J.M., Hildesheim

HANOMAG HARBURG:

Kurzarbeit und Umlagerung

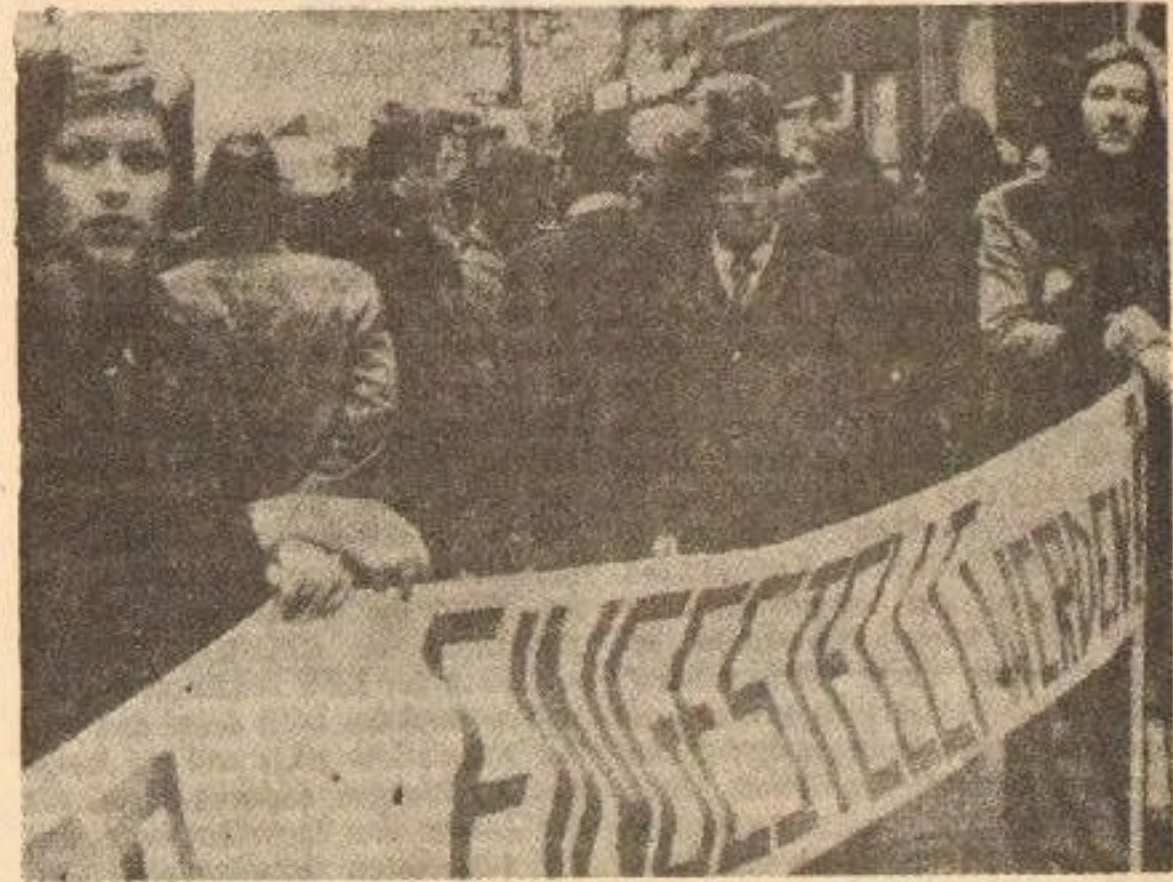
Im Zweigwerk Harburg der Hanomag Henschel GmbH – Tochtergesellschaft von Daimler Benz – wird ab dieser Woche nun schon zum dritten Mal innerhalb von 5 Monaten kurzgearbeitet. Wahrscheinlich wird es bis zum März so weitergehen, daß jeweils eine Woche pro Monat kurzgearbeitet wird, was für die Kollegen Lohnausfall von ca. 100 DM pro Woche Kurzarbeit bedeutet. Damit aber nicht genug: Aus "Rationalisierungs-Gründen" ist schon länger geplant, die Pritschenwagenproduktion nach Bremen auszulagern. Dafür soll aus Düsseldorf Schaltgestänge- und Türenproduktion eingeführt werden. Um die Hallen aufzuräumen und die neuen Maschinen zu installieren, sollen die Tage der Kurzarbeit benutzt werden.

Für mindestens 250 Kollegen bedeutet das, daß sie ihren Arbeitsplatz verlieren und für die übrigen, die in der Pritschenwagenproduktion gearbeitet haben, heißt das weiteren Lohnabbau. Denn nach der "Analytischen Arbeitsplatzbewetung" bekommen die Kollegen jetzt nur noch ca. 14 Punkte für ihre Arbeit anstatt 18. Gleichzeitig wird der neue "Düsseldorfer Arbeitsstil", das heißt erhöhte Arbeitshetze, eingeführt. Begonnen wurde damit, daß ab sofort nur noch in Arbeitskleidung gestempelt werden darf. Um das durchzusetzen, werden Waschräume und Duschen kontrolliert. Stempelt trotzdem ein Kollege schon in "Zivil", wird ihm eine Viertel- oder Halbestunde abgezogen. Verlieren viele Kollegen schon eine Menge Zeit wegen des langen Arbeitsweges, so sollen sie jetzt auch noch die Zeit, die sie zum Umziehen brauchen, nicht bezahlt bekommen.

Obwohl der Kampf der Hanomag-Kollegen gegen ihre miserable Lage noch schwach entwickelt und kaum organisiert ist, versucht die Geschäftsleitung, jeden Ansatz, selbständig den Kampf gegen diese Angriffe zu organisieren, gleich im Keim zu ersticken. Dabei wird sie von den Hamburger IGM-Führern – Jonny Müller und Konsorten – und ihren Handlangern im Betriebsrat und Vertrauenskörper tatkräftig unterstützt. So versuchten sie einen fortschrittlichen Vertrauensmann, der im Betrieb Unterschriften für eine außerordentliche Betriebsversammlung gesammelt hatte, aus dem Vertrauensleutekörper zu feuern. Die Begründung dafür war, er habe gegen den "demokratisch" gefaßten Beschluß des Vertrauensleutekörper diese Sammlung nicht durchzuführen, verstoßen.

Daß diese Versammlung von der Belegschaft gefordert wurde, um auf ihr Kampfmaßnahmen zu beschließen für die Anerkennung von 250 DM vorgezogenes Weihnachtsgeld als Teuerungszulage, daß fast 500 Kollegen dafür ihre Unterschrift gaben – das interessiert diese "Demokraten natürlich nicht. –KBW Aufbauzelle Hamburg–

Mannesmänner kämpfen um Wiedereinstellung



Ende Oktober – zur Einleitung der Metalltarifrunde – hatten bei Mannesmann Duisburg 3 000 Kollegen die Arbeit niedergelegt. Es ging sowohl um die Fortzahlung der Teuerungszulage von 70 DM als auch um die neue Tarifrunde, für die sie eine lineare Forderung von 2 300 DM aufgestellt hatten.

Der Mannesmann-Vorstand beantwortete die Kampfmaßnahmen der Kollegen mit der fristlosen Entlassung von 122 Kollegen, mußte aber aufgrund der Solidarität vieler Betriebe im Ruhrgebiet 100 Entlassungen zurücknehmen. Jetzt kämpfen die restlichen 22 Kollegen vor dem Arbeitsgericht um ihr Recht auf Arbeit. Sie verlangen die Nichtigkeitserklärung der Kündigungen und Lohnfortzahlung. Der Unternehmervertreter behauptete dagegen, daß "allein schon die Teilnahme an einer solchen Aktion die fristlose Entlassung" rechtfertige. Diese Haltung bedeutet praktisch die Aufhebung des Streikrechts.

Nach den Erfahrungen bisheriger Arbeitsgerichtsprozesse ist anzunehmen, daß sich das Gericht der Meinung der Mannesmann-Kapitalisten anschließt oder als Kompromiß die Entlassung mit einer Abschlagszahlung vorschlägt. Damit ist den Arbeitern aber nicht gedient, weil es hier um ihr Recht auf Arbeit und zum Streiken geht. Und das wird sich die Arbeiterklasse nur durch ihren solidarischen Kampf sichern können und nicht durch ein bürgerliches Arbeitsgericht!

H.R.
OAG Dortmund

IG - Chemie

VLKs IN DARMSTADT FORDERN: 250 MARK FÜR ALLE!

Eschborn/Frankfurt. 19.1.74. Die Chemie-Tarifrunde wurde auf dem Treffen der Vertrauenskörperleitungen der hessischen Chemiebetriebe vordiskutiert. Mehrere Referate wurden gehalten. Der neue Bezirksleiter Egon Schäfer sprach mit dem klaren Ziel, jede lineare Forderung zu verhindern. Die wirtschaftlichen Daten der Chemieindustrie gab Werner Beck im Auftrag des Hauptvorstands bekannt. Als er von den Kollegen kritisiert wurde, daß er nicht über die wirtschaftliche Lage der Kollegen berichtet habe, sondern nur über die der Chemiekapitalisten, meinte er: Er hätte nicht den Auftrag dazu gehabt. Um das darzulegen, hätte er sonst 10 Minuten länger sprechen müssen.

Nach den Referaten wurde in der Diskussion eine klare Auseinandersetzung geführt über: prozentuale oder lineare Forderung.
Für die lineare Forderung sprachen sich die Vertrauenskörperleitungen der Betriebe von der Verwaltungsstelle Darmstadt aus, zum Beispiel Merck (8 000 Beschäftigte), Röhm (5 000) und andere, außerdem Kalle (Wiesbaden, 8 000 Beschäftigte, vom Hoechst--Konzern aufgekauft).
Für eine Mischforderung sprach sich das DKP-Mitglied Willi Malkomes, Degussa II, Frankfurt, aus.
Erklärte Gegner einer einheitlichen Forderung aller Kollegen waren der Bezirksleiter Schäfer und der Betriebsratsvorsitzende Rolf Brand von Hoechst. Schäfer rechnete vor: Im Hauptwerk Hoechst bekommen die Leute in der Mehrheit zwischen 1 400 und 1 800 Mark monatlich (bei Hoechst wurde Monatslohn eingeführt). Wenn die Kollegen also 100 DM mehr bekommen, ist das weniger als das, was sie bei 10 % = 140 bis 180 DM mehr erhalten. Deswegen hätten die Kollegen von Hoechst an der linearen Forderung kein Interesse. An dieser "Beispiel"-Rechnung wird eines bestimmt klar. Schäfer will auf ein Endergebnis von schäbigen 10 % raus.
Als der Betriebsratsvorsitzende von Hoechst, Brand, aufgefordert wurde, seine Prozentforderung in Darmstadt vor den Kollegen zu vertreten und umgekehrt die Vertreter der linearen Forderung aus Darmstadt bei Hoechst sprechen zu lassen, hatte er dafür nur ein zynisches Grinsen übrig. Dem Oberbremser Brand geht es natürlich gerade nicht um die Vereinheitlichung der Kollegen.

Dagegen wurde von einem Vertreter von Merck/Darmstadt klargemacht, daß bei der Diskussion über die Art der Forderung die Höhe unbedingt mitdiskutiert werden müsse. 250 DM mehr für alle sei notwendig, um die wirtschaftliche Lage der Kollegen zu sichern. Das ist die richtige Rechnung!
Die Vertrauenskörperleitungen aller Chemiebetriebe der Verwaltungsstelle Darmstadt haben sich für 250 DM mehr für alle ausgesprochen. Diese Forderung wird den Vertrauensleuten zur Beschlußfassung über die "verbindliche Empfehlung" an die Tarifkommission vorgelegt.



Die IG Chemie schloß in Hamburg drei Vertrauensleute von Texaco aus der Gewerkschaft aus. Einer von ihnenwurde darauf sofort von der Geschäftsleitung gekündigt. Mit dieser Hinaussäuberung der Fortschrittlichsten versucht die Gewerkschaft ihre Politik gegenüber den Kollegen durchzusetzen.

IG - Bergbau

VORZEITIGE KÜNDIGUNG DER TARIFVERTRÄGE

Der IG Bergbau Vorstand hat in einem Schreiben an den Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus die vorzeitige Kündigung der Tarifverträge gefordert. Die Kapitalisten des Steinkohlenbergbaus haben dies nach den Angaben des 1. Vorsitzenden der IG Bergbau, Adolf Schmid, schon offiziell angenommen. Adolf Schmid sagte auf einer Funktionärssitzung der IG Bergbau Hessen/Westfalen, daß es anzunehmen sei, daß der Gesamtverband des Steinkohlenbergbaus wohl auf die Forderung eingehen werde. Wahrscheinlich werden also die laufenden Tarife zum 30. April gekündigt. Die IG Bergbau hat ihre Forderung nach Verkürzung der Laufzeit damit begründet, daß aufgrund der ständig steigenden Preise die letzte Lohnerhöhung von 9,6 % schon aufgefressen sei.
Solche Worte aus dem Munde der sozialdemokratischen IG Bergbau-Führer erscheinen uns als ein plötzlicher Gesinnungswandel. Aber dies nur beim ersten Betrachten. Denn die IG Bergbau-Führung verfolgt einen ausgeklügelten Plan damit.

Erinnern wir uns an die Worte des Einheit-Telegramms, daß damals dem Kampf unserer Saar-Kollegen in den Rücken fiel. Da hat die Gewerkschaftsführung den 9,6 % Abschluß noch so dargestellt, als wenn er eine wirkliche Verbesserung unserer Lebensbedingungen bedeuten würde.
Aber der 9,6 % Abschluß hat schon damals nicht ausgereicht, um die ungeheuren Preissteigerungen auszugleichen, geschweige denn eine Verbesserung unserer Lebensbedingungen zu bringen.
Warum befürworten die sozialdemokratischen IG Bergbau-Führer jetzt plötzlich das, was sie vor kurzer Zeit noch bekämpft haben.
Zur Zeit ist die Absatzlage für Steinkohle sehr günstig. Überall geht die Kohle gut weg. Jetzt zieht also das Gerede von der schlechten wirtschaftlichen Lage nicht mehr, diesem Vorwand, um uns von einem Kampf für bessere Löhne abzuhalten. Die Ausgangslage für einen Lohnkampf im Bergbau ist also gut.

Die IG Bergbau-Führung hat Angst davor, daß wir in einem selbständigen Streik für unsere berechtigten Forderungen kämpfen. Hier kommen uns vor allem die Erfahrungen unserer Kollegen aus dem Saarbergbau und aus der Metallindustrie zugute. Diese Kämpfe haben gezeigt, daß die Arbeiterklasse auch selbständig für die Durchsetzung ihrer berechtigten Interessen kämpft, wenn die Gewerkschaftsführer eine Politik betreiben, die der Arbeiterklasse in den Rücken fällt. Wenn also die IG Bergbau-Führung jetzt eine Verkürzung der Laufzeit fordert, dann ist das auch auf die Kämpfe der Saar-Kollegen und der Metaller zurückzuführen.

Daß ist also der Grund für die vorzeitige Kündigung der Verträge. Die IG Bergbau-Führung will das Ruder der Tarifkämpfe wieder in die Hand bekommen, um möglichst für die Kapitalistenklasse zu garantieren, daß die Arbeiterklasse nicht "überhöhte" Forderungen stellt. Was aber dabei herauskommt, wenn wir uns in den Tarifkämpfen auf die Gewerkschaftsführung verlassen, haben wir in der Vergangenheit ja oft genug erlebt. Nach angeblich "zähem Ringen" präsentiert sie uns dann einen völlig unzureichenden Abschluß. Das können wir nur verhindern, wenn wir uns die Initiative nicht wieder aus der Hand nehmen lassen.

KAMPF FÜR LINEARE LOHNERHÖHUNGEN

Prozentuale Lohnerhöhungen sind ungerecht. Die Kollegen, die in einer höheren Lohngruppe sind, bekommen bei einer Lohnerhöhung in Prozenten weitaus mehr als die Kollegen der unteren Lohngruppen, obwohl die Preise für alle gleich steigen. Die Kollegen in den unteren Lohngruppen brauchen aber die Lohnerhöhungen am nötigsten. Darum müssen wir uns für eine Lohnerhöhung in Mark und Pfennig, eine lineare Lohnerhöhung einsetzen. Wir müssen uns jetzt schon auf den kommenden Tarifkampf vorbereiten, indem wir in den Gewerkschaftsgremien und im Betrieb über unsere Forderungen diskutieren. Nur wenn wir die Kämpfe gut vorbereiten und gemeinsam und entschlossen für unsere Forderungen eintreten, hat unser Kampf Aussicht auf Erfolg.

—G.H., OAG Hamm
Radbod-Kollektiv—

EINZELHANDEL

Lohnraub

Eine Kollegin aus Stuttgart arbeitete vor Weihnachten als Verkaufshilfe bei der Büroartikel-Einzelhandelsfirma Haufler in Stuttgart. Vom 13. bis 24. Dezember wurde sie wegen einer Grippe krankgeschrieben.
Zuerst weigerte sich der Chef, den Lohn für die Krankheitstage fortzuzahlen mit der Begründung, die AOK würde die Lohnfortzahlung übernehmen. Dann verweigerte er der Kollegin auch noch die tariflich festgelegten 25 % Zuschlag für Überstunden. Begründung: "Das haben wir noch nie gemacht!" Das heißt, daß die ca. 70 Beschäftigten bei Haufler bisher noch nie Überstundenzuschläge bezahlt bekommen haben, obwohl sie regelmäßig über 5 Überstunden wöchentlich machen.
Als die Kollegin sich bei der Gewerkschaft über die Rechtslage informieren wollte, mußte sie zuerst Mitglied werden, bevor sie eine Auskunft bekam! Die Kollegin ließ nicht locker: nach ständigen Anrufen und viel hin und her war dann Herr Haufler plötzlich bereit, den geforderten Lohn zu zahlen. Er verabschiedete sich mit den Worten: "Fr. W., Sie stellen wir nicht mehr ein!"

Was zeigt uns dieses Beispiel? Man bekommt sein Geld nur, wenn man seine Rechte kennt und sie durchsetzt. Besonders im Einzelhandel, wo der Grad der gewerkschaftlichen Organisierung sehr niedrig ist, ist es wichtig, die Kollegen über ihre Rechte aufzuklären. Zumal sich die Gewerkschaft verhält wie ein Dienstleistungsbetrieb: Leistung gegen Bezahlung, und nicht daran denkt, auch die nicht organisierten Kollegen über ihre Rechte aufzuklären und ihnen von daher die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisierung klarzumachen.

—Sympathisantenrunde der
Bezirkszelle des KBW
OG Waiblingen—

Post

GEGEN VERZÖGERUNG

Hamburg. Über das 7,5 %-Angebot des Bundespostministeriums gibt es eine starke Empörung in den Ämtern. Die Führung der Postgewerkschaft ist jedoch bisher auf keiner Ebene darangegangen, den Kampf zu organisieren. Obwohl viele Kollegen noch darauf warten, daß vom Vorstand etwas un-



Die IG Chemie schloß in Hamburg drei Vertrauensleute von Texaco aus der Gewerkschaft aus. Einer von ihnenwurde darauf sofort von der Geschäftsleitung gekündigt. Mit dieser Hinaussäuberung der Fortschrittlichsten versucht die Gewerkschaft ihre Politik gegenüber den Kollegen durchzusetzen.

haben gezeigt, daß die Arbeiterklasse auch selbständig für die Durchsetzung ihrer berechtigten Interessen kämpft, wenn die Gewerkschaftsführer eine Politik betreiben, die der Arbeiterklasse in den Rücken fällt. Wenn also die IG Bergbau-Führung jetzt eine Verkürzung der Laufzeit fordert, dann ist das auch auf die Kämpfe der Saar-Kollegen und der Metaller zurückzuführen.

kommenden Tarifkampf vorbereiten, indem wir in den Gewerkschaftsgremien und im Betrieb über unsere Forderungen diskutieren. Nur wenn wir die Kämpfe gut vorbereiten und gemeinsam und entschlossen für unsere Forderungen eintreten, hat unser Kampf Aussicht auf Erfolg.

—G.H., OAG Hamm
Radbod-Kollektiv—

OG Waiblingen—

Post

GEGEN VERZÖGERUNG

Hamburg. Über das 7,5 %-Angebot des Bundespostministeriums gibt es eine starke Empörung in den Ämtern. Die Führung der Postgewerkschaft ist jedoch bisher auf keiner Ebene darangegangen, den Kampf zu organisieren. Obwohl viele Kollegen noch darauf warten, daß vom Vorstand etwas un-
ternommen wird, wird über den Warnstreik der Frankfurter Kollegen breit diskutiert. Die Bereitschaft, auch in Hamburg zu kämpfen, ist vorhanden. In einzelnen Ämtern gibt es bereits selbständige Initiativen: Unterschriftensammlungen etc., mit denen das Angebot des Bundespostministeriums abgelehnt wird und Mitgliederversammlungen gefordert werden, um dort schnellstens gemeinsame Kampfmaßnahmen zu beschließen und durchzuführen. "Wenn es sein muß, auch gegen den Willen der Gewerkschaftsführung" — heißt es in einer Resolution.

—Postzelle
Ortsgruppe Hamburg—

„Funktionäre setzen sich nicht in die Scheisse"

ARBEITER BERICHTET VON DGB–SCHULUNG

Zu dem Zeitpunkt der DGB-Schulung hielten sich gerade die Landesjugendsekretäre des DGB aus ganz Westdeutschland in Oberursel auf.
An einem Tag war auch DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter anwesend. Von einem Arbeiter aus Wiesbaden zu den Auflösungen von verschiedenen Jugendgremien (Post-Ortsjugendausschuß, Betriebsjugendgruppe Stadtverwaltung und Arbeitskreis Chemie) durch die einzelnen Vorstände befragt, teilte Vetter dem Kollegen mit, daß dies auf der Jugendsekretärstagung schon besprochen worden sei. Das Ergebnis dieser "Besprechung" teilte DGB-Vetter jedoch nicht mit und verwies den Kollegen an den Landesjugendsekretär von Hessen, Dieter Hooge. Der Kollege wandte sich daraufhin an Dieter Hooge und fragte diesen, was er gegen die Auflösungen zu tun gedenke. Dieter Hooge wurde aufgefordert, da er ja der gewählte Interessenvertreter der jugendlichen Kollegen sei, gegen die Auflösungen Stellung zu beziehen und Protestbriefe an die Vorstände der aufgelösten Gewerkschaftsgremien zu schicken. Der "Interessenvertreter" der Gewerkschaftsjugend in Hessen versuchte, sich damit herauszureden, daß er über die Vorgänge völlig im Unklaren sei und sagte, er könne aus diesem Grunde nichts unternehmen. Daraufhin erläuterte der Arbeiter dem Sekretär die Situation in Wiesbaden, worauf Hogge meinte, wenn er einen Brief an die Vorstände schicken würde, würde er sich ja offen gegen die Beschlüsse dieser Vorstände wenden. Außerdem könne er die Auflösungen sowieso nicht rückgängig machen. Der DGB sei im übrigen der Auffassung, daß Organisationen wie KPD/ML, KPD/AO und auch der KBW bekämpft werden müßten und der DGB dabei den Weg der Ausschlüsse ginge und die Auseinandersetzungen dadurch löste. Als der Kollege ihm daraufhin sagte, daß die aufgelösten Gremien eine fortschrittliche Gewerkschaftsarbeit gemacht haben und es deswegen notwendig sei, daß er, Dieter Hooge, gegen die Auflösungen der Gremien auftreten müsse, sagte Hooge dem Arbeiter wörtlich: "Ich werde mich doch nicht in die Scheiße setzen!"

—Zelle Druck der Ortsaufbaugruppe Wiesbaden—

IGM - Reverse

4 Mitglieder der Jugendvertretung der Howaldt Deutsche Werft (HDW), Hamburg, sind Anfang des Jahres von der IG Metall-Ortsverwaltung Hamburg aufgefordert worden, sich schriftlich von "linksextremistischen" Organisationen zu distanzieren. Diese Jugendvertretung ist im Oktober 1973 gegen den Willen der IGM-Führung und SPD-Betriebsrat gewählt worden. Jetzt wird ihr Gewerkschaftsausschluß vorbereitet. Zur Zeit werden unter den in der IG Metall organisierten Lehrlingen auf der HDW Hamburg Unterschriften gegen die drohenden Ausschlüsse gesammelt.

ÖTV

SOFORT URABSTIMMUNG

Ludwigsburg. Die Vertreterversammlung der ÖTV Kreisverwaltung Ludwigsburg/Waiblingen beschloß auf ihrer Sitzung am Mittwoch, den 9.1.:

Falls an der Verhandlung am 21. Januar kein Ergebnis herauskommt, danach sofort eine Urabstimmung zu fordern. Der Vorschlag kam von dem Vorstand der Kreisverwaltung. Dieses Ergebnis wurde in einer anschließenden Abstimmung einstimmig gefaßt.

IG - Druck

1.50 DM MEHR

In der letzten Woche haben die Vertrauensleute der Mannheimer Morgen Großdruckerei ihre Forderung zur Tarifrunde aufgestellt.

Sie beschlossen:
1,50 DM mehr für alle in der Stunde!

Die Vertrauensleute des Ortsvereins Speyer der IG Druck und Papier beschlossen auf ihrer letzten Sitzung 1,36 DM mehr für alle in der Stunde.

KAPITALIST FEUERT, BETRIEBSRAT BESTRAFT

Fristlos gefeuert und 75 DM „Busse"

BETRIEBSRÄTIN HIELT KOLLEGEN ZU WEIHNACHTEN NICHT VOM UMTRUNK AB

Bramsche/Osnabrück. Es war der 21. Dezember 1973. Die Spätschicht beim Deutschen Duni Zweigwerk in Bramsche bei Osnabrück freute sich: Weihnachten und ein paar freie Tage standen vor der Tür. Das ganze Jahr hatten die Kollegen für die Firma malocht, hatten Stunden um Stunden für die schwedischen Konzernherren am Band gestanden und Kunststoffteller, -löffel und -tassen oder Servietten und Tischtücher aus Papier produziert. Die letzten beiden Stunden der Schicht ließen es die Kollegen für dieses Jahr genug sein. Sie schalteten die Maschinen ab und setzten sich zu einem kleinen Umtrunk zusammen.
Vorher hatten sie noch ihren Schichtleiter zum Betriebsleiter um Erlaubnis fragen geschickt, doch der hatte sich auch mit dem Hinweis auf das bevorstehende Fest und den Jahreswechsel nicht erweichen lassen. Jedem, der an dem Umtrunk teilnehmen werde, hatte er harte Konsequenzen angedroht. Als dieser Bescheid die Kollegen nicht beeindruckt hatte, wurde die Betriebsrätin Kropp, die unter den Feiernden saß, gerufen. Ob sie nicht mal für "Ordnung" sorgen könnte, war ihr gesagt worden. Doch Kollegin Kropp hatte nur erklärt, das sei nicht ihre Aufgabe, sie wolle sich nicht zum Büttel der Unternehmer machen lassen.
Für diese Haltung bekam die Kollegen Kropp wenige Tage später die Rache der Unternehmer zu spüren: Als sie nach den Feiertagen wieder im Betrieb erschien, brauchte sie ihre Arbeit gar nicht erst wieder aufzunehmen. Die Geschäftsleitung präsentierte ihr die fristlose Kündigung. Zunächst schien es so, als hätten sich die Duni-Kapitalisten in den Finger geschnitten, weil sie zu der Kündigung den Betriebsrat nicht gehört hatten.
Der jedoch verspürte weder Empörung über den willkürlichen Übergriff der Kapitalisten, noch Solidarität mit einer entlassenen Kollegin. Er ließ sich vielmehr vor den Karren der Duni-Konzernherren spannen und stimmte der fristlosen Entlassung im nachhinein zu. Ungeklärt sind bis jetzt die formalrechtlichen Verhältnisse, unter denen diese Zustimmung zustande kam. Bekannt ist, daß mindestens ein Betriebsratsmitglied gar nicht an der entscheidenden Sitzung teilgenommen hatte, sondern sein Plazet per Telefon gab. (Fraglich ist, ob eine solche Sitzung überhaupt stattgefunden hat.) Der Betriebsrat erweiterte sogar die Kapitalistenentscheidung noch. "Damit nicht nur einer bestraft wird", legten sie jedem Kollegen, der mitgefeiert hatte, eine "Buße" von 75 DM auf.

Hintergrund des Skandals: Die Kollegin Kropp war im Betrieb bekannt als fortschrittlich und beliebt, was den Kapitalisten und den reaktionären Betriebsratsfürsten bei Duni ein Dorn im Auge war. Was dazu kommt: Ihr Mann ist als Landtagskandidat der DKP in einem benachbarten Wahlkreis aufgestellt worden. Dazu die Frage eines Betriebsrates: "Dürfen solche Leute überhaupt im Betriebsrat sein?"

H., Osnabrück

Unterdrückung in der Sowjetunion

SOLSCHENIZYN – EIN PRODUKT DES REVISIONISMUS

Seit längerer Zeit liefern einige oppositionelle Intellektuelle in der Sowjetunion Schlagzeilen für die westliche Presse. Diese Kampagne hat jetzt mit der Herausgabe des Buches von Alexander Solschenizyn "Der Archipel Gulag" einen neuen Höhepunkt gefunden. Nobelpreisträger Solschenizyn bezeichnet dieses Buch selbst als sein "Hauptwerk". Er schildert darin autobiographisch sein Leben und seine Erfahrungen in der Gefangenschaft und verbindet dies mit Erlebnissen anderer und deren Berichte, die er gesammelt hat. Er faßt alles zusammen in einem scharfen Angriff auf die Sowjetunion. "Archipel", das heißt "Inselwelt", und "Gulag" ist die Abkürzung für "Zentralverwaltung der Lager", also der Arbeits- und Straflager in der Sowjetunion. Die Geschichte der Sowjetunion als eine Geschichte der Unmenschlichkeit darzustellen, ist sein Ziel. Viele bürgerliche Zeitungen haben hervorgehoben, daß Solschenizyn diesmal seinen Angriff und seine Kritik umfassender vortrage. Er halte sich nicht länger bei der Kritik an Stalin oder am sogenannten "Stalinismus" auf. "Wie kein sowjetischer Autor vor ihm greift Solschenizyn das von Lenin und Stalin überkommene System an", schreibt der 'Spiegel' und nennt Solschenizyns Buch: "Summe aller Kritik am Sowjet-System".

Wenn das stimmt, dann haben die Kritiker des Sowjetsystems nicht viel zu bieten; d. h. des wirklichen Sowjetsystems, des Rätesystems, der politischen Macht der Arbeiterklasse, die in der heutigen Sowjetunion schon längst abgeschafft und durch das Unterdrücker- und Ausbeutersystem einer neuen Bourgeoisie ersetzt worden ist. Solschenizyn steht in Opposition zu dem gegenwärtigen Regime in der Sowjetunion, das die Arbeiterklasse und die Volksmassen unterdrückt, aber nicht weil er die revolutionären Errungenschaften der Oktoberrevolution, die Befreiung der Massen von kapitalistischer Ausbeutung wieder erringen will. Er hat andere "Freiheiten" im Sinn.

Wenn Solschenizyn für die Humanität eintritt, dann ist dies, näher betrachtet, eine sehr seltsame "Humanität". Der Zarismus, ja sogar die Nazis und die Gestapo, all das erscheint ihm sogar besser als die Zustände in der Sowjetunion, wie er sie beschreibt. Wie kommt das? Wenn Gefangene und Hochverräter unter dem Zarismus, wie Solschenizyn schreibt, "menschlicher" behandelt wurden, dann wohl doch, weil es sich da zuweilen um Abkömmlinge der höheren Klassen selbst handelte. Das tägliche Leben der breiten Massen sah freilich anders aus, und das wurde durch die Oktoberrevolution gewaltig geändert. Solschenizyns "Humanität" ist keine Humanität, weil in ihr kein Platz ist für die Lebensinteressen und Rechte der breiten Massen.
Er schreibt, die Bolschewiki hätten die Kadetten, Anhänger einer liberalen Partei, liquidiert, eben weil sie Kadetten waren, und ebenso Intellektuelle, Schriftsteller usw., weil sie "prokadettisch" waren. Das ist eine schreiende Unwahrheit und Ungerechtigkeit. Wahr ist, daß die Kadetten Verschwörungen organisierten, um die Sowjetmacht zu stürzen. Wahr ist, daß in den Gebieten, in denen die weiße Armee der Konterrevolution vordrangen, der blutigste Terror gegen die Volksmassen herrschte. Wahr ist, daß das Leben von Millionen einfacher Arbeiter und Bauern davon abhing, daß die konterrevolutionären Verschwörungen niedergeschlagen wurden. Und die Bolschewiki machten ihre Erfahrungen. In den ersten Oktobertagen ließen Rote Soldaten Petrograder Offiziersschüler gegen ihr Ehrenwort wieder frei, um sie als Mörder ihrer Kameraden und Genossen wiederzufinden.

Solschenizyn aber denkt an die Kadetten, die Partei der Kapitalisten, Bankiers und der bürgerlichen Intellektuellen, was soll er da und seine Humanität mit den Millionen Massen der russischen Arbeiter und Bauern, die begonnen hatten, sich zu befreien?

Solschenizyn beklagt sich über die "Plünderung von Kirchen und Klöster", über die Verhaftung von Patriarchen und Metropoliten der russischen orthodoxen Kirche. Auch das zeigt, wo der Autor steht. Die russische Staatskirche war einer der Pfeiler des Zarismus und einer der Blutsauger des Volkes. Und wenn die Arbeiter Reichtümer aus den Kirchen holten, die man dem Volk abgepreßt hatte, um ihre Waffen gegen die Intervention und die weißen Generäle zu bezahlen, wenn die proletarische Staatsmacht gegen konterrevolutionäre Popen und ihre Anhänger vorging, dann war nichts notwendiger und gerechtfertigter als dies, ein Akt der Befreiung.

Solschenizyn nennt den "alten Ingenieurskader" (den von vor der Revolution) den "Stolz unseres Landes". Wessen Stolz? Viele von ihnen weigerten sich mit den Arbeitern zusammenzuarbeiten, weil sie sich für etwas besseres hielten und ihre Privilegien nicht verlieren wollten.
Solschenizyn behauptet, mit der Kollektivierung des Dorfes seien alle jene beseitigt worden, die "das Wesen des Dorfes ausmachten, seine Energie, seinen flinken Verstand und seinen Fleiß, seinen Widerstand und sein Gewissen". Wieder eine schreiende historische Unwahrheit. Die Kollektivierung faßte die große Masse der Dorfarmut, der Landproletarier und armen Bauern, gegen die kleine Minderheit der reicheren Bauern zusammen. Das war Klassenkampf auf dem Dorf zwischen denen, die nichts hatten als ihre Arbeitskraft, und denen, deren Reichtum auf der Ausbeutung fremder Arbeitskraft beruhte.

Es sind bekannte Argumente, die Solschenizyn gegen den Kommunismus benutzt. Es sind die Argumente der besitzenden Klasse, die unter dem Banner der "Humanität" nichts lieber verhindern will, als daß die Massen zur revolutionären Gewalt greifen, um die alten Ausbeuterklassen zu stürzen und alle Restaurationsversuche zu unterdrücken.
Mit dieser Unterdrückung der Konterrevolution hat die Unterdrückung in der heutigen Sowjetunion nichts gemeinsam. Die Macht der Arbeiterklasse in der Sowjetunion ist gebrochen. Dort herrscht heute eine Monopolbourgeoisie neuen Typs, die sich des Staatsapparates bedient, um sich zu bereichern, und das Volk zu unterdrücken. Nach außen betreibt sie eine imperialistische Politik und streitet mit den USA um die Welthegemonie. Diese Clique behauptet frech, das sowjetische Volk bereits in den Kommunismus zu führen, während die Klassenunterschiede sich in Wahrheit immer mehr vertiefen; und sie behandelt folgerichtig die politische Opposition wie Kriminelle oder Geisteskranke. Insofern unterdrückt sie auch die Opposition der Intellektuellen, wie Solschenizyn, Sacharow usw. Deren Opposition wird aber an der Unterdrückung der Massen nichts ändern. Sie ist vielmehr ein legitimes Kind der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion. Sie existiert, nicht weil in der Sowjetunion seit über 50 Jahren der Sozialismus herrscht und jetzt der Kommunismus aufgebaut wird, – das wäre dann doch wirklich erstaunlich –, sondern weil sie die ideologische Fortsetzung der von den Revisionisten begonnenen Politik ist.
Die oppositionellen Intellektuellen fordern die liberalen bürgerlichen Freiheiten, die auf der Freiheit zur Ausbeutung durch die Einzelkapitalisten beruhen. Es handelt sich um einen Kampf innerhalb der Bourgeoisie.
Mit dem Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes und der unterdrückten Nationen in der Sowjetunion hat diese Auseinandersetzung kaum etwas zu tun.
Aber natürlich existiert der Widerstand des Volkes in der Sowjetunion, nur daß unsere bürgerlichen Zeitungen selten und ungern darüber schreiben. Die antikommunistischen "Dissidenten" sind ihnen lieber. Aber die wirkliche Bedrohung der herrschenden Clique liegt in dem Kampf der Volksmassen, die um ihre Rechte kämpfen. Kürzlich berichtete die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua über die verschärften Unterdrückungsmaßnahmen in der Sowjetunion und den wachsenden beharrlichen Widerstandskampf der Massen. Sie berichtete von Bummelstreiks und Demonstrationen, von illegalen revolutionären Organisationen und von Flugblättern, die zum Widerstand aufrufen. Die Kremlführer mußten gelegentlich sogar Polizei, Fallschirmjäger und Panzereinheiten einsetzen, um Rebellionen blutig zu unterdrücken. Die herrschende Clique in der Sowjetunion sitzt auf einem Vulkan.

Daß die Bourgeoisie die Macht in der Sowjetunion, dem ersten sozialistischen Land, wiedererobert hat, ist eine bittere Erfahrung für die internationale Arbeiterklasse und alle Völker der Welt, und sie müssen daraus lernen. In der Kulturrevolution haben die chinesischen Kommunisten aus dieser Lehre der Sowjetunion die praktische Konsequenz gezogen: nur die Fortführung des Klassenkampfes und die breite Mobilisierung der Massen kann verhindern, daß die andauernden Versuche der Bourgeoisie zur Restauration ihrer Macht Erfolg haben.
Dagegen ist unbestreitbar, daß die Formen der Unterdrückung der Konterrevolution und der bürgerlichen Elemente in der Sowjetunion unter der Führung Stalins auch dazu beigetragen haben, letztlich die Wiedereroberung der politischen Macht durch die Bourgeoisie zu erleichtern. 1956, als auch die gesamte Staatsmacht in den Händen der neuen Bourgeoisie war, konnte sich kaum mehr Widerstand dagegen regen. Auch die revolutionären Kräfte in der KPdSU waren schon durch diese Fehler von den Massen getrennt. Die Säuberungen der 30 er Jahre stärkten letztlich die Bürokratie und schwächten die revolutionäre Initiative der Massen.

Aber aus diesen Erfahrungen können wir – wie die chinesischen Kommunisten – lernen. Wir müssen es tun, wollen wir die propagandistischen Angriffe der Bourgeoisie zurückschlagen.

–H.D.–

Strafen in der VR China

DIE KRANKHEIT HEILEN, UM DEN PATIENTEN ZU RETTEN

Während einer Veranstaltung der Deutsch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft in München haben wir mit einem Genossen, der während der Zeit der Kulturrevolution für 1 1/2 Jahre in China war, gesprochen und ihn gefragt, wie es dort mit der Kriminalität und dem Knast aussieht. Seine Antwort war selbst für Freunde Chinas fast unglaublich.
Zum Vergleich: Peking hat 6 bis 8 Millionen Einwohner, aber in ganz Peking gibt es nur ein Gefängnis mit ca. 70 Gefangenen. Die Gefangenen können sich völlig frei innerhalb des Gefängnisses bewegen, regeln mit Hilfe eines eigenen Revolutions-Komitees selbst ihre Angelegenheiten und können genausoviel verdienen wie "draußen". Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Gefangene, die andere Menschen bedroht oder getötet haben und deshalb vorübergehend von der Gesellschaft isoliert werden müssen.
Daß es so wenige Gefangene im Pekinger Gefängnis gibt, heißt nicht, daß es keine Diebstähle usw. gibt. Aber wenn z. B. in einer chinesischen Fabrik oder einem Stadtteil jemand beim Stehlen erwischt wird, so wird er nicht etwa angezeigt, und der Staatsanwalt tritt auf den Plan, sondern dann tritt seine Abteilung oder das entsprechende Kollektiv zusammen und sie versuchen, gemeinsam herauszufinden, warum er es getan hat. Hat beispielsweise ein Arbeiter gestohlen, weil er vorübergehend in Not geraten ist und seine Kollegen nicht um Hilfe zu bitten wagten, so wird zum einen er selbst kritisiert wegen dem mangelnden Vertrauen zu seinen Kollegen und zum andern üben seine Kollegen Selbstkritik wegen der Nichtbeachtung seiner Probleme. Hat er einen leitenden Funktionär um Hilfe gebeten und wurde dies ihm abgeschlagen, dann wird dieser Funktionär zur Rechenschaft gezogen, zur Selbstkritik aufgefordert und notfalls abgesetzt. Beide werden aber nicht etwa "verurteilt" und in den Knast gesteckt, sondern zuerst versucht man ihnen zu helfen und gibt ihnen eine neue Chance (bis zu drei mal). Selbst scheinbar "Unverbesserliche" wandern nicht in den Knast. Sie werden z. B. auf eine Staatsfarm geschickt. Dorthin dürfen sie ihre Familien mitnehmen und verdienen genausoviel wie die anderen Arbeiter dort auch. Denn das sind keine "Straflager", sondern ganz normale Produktionsgemeinschaften. Die Vergangenheit des Betreffenden ist wegen der notwendigen Kontrolle nur dem Leiter und seinem Stellvertreter bekannt. Das ist es, was die Chinesen nennen:
Die Krankheit heilen, um den Patienten zu retten.
Und das ist der Grund, warum es in der VR China immer mehr ein Zurückgehen der Kriminalität gibt. Auch in der VR China gibt es Staatsanwälte und Richter. Aber der Staatsanwalt hat nur ermittelnde Funktion, der Richter nur beratende Funktion. Meistens jedoch brauchen sie gar nicht in Aktion zu treten, denn die Urteilssprechung geht immer vom Kollektiv aus, in dem der "Straffällige" lebt und arbeitet. Darum heißen die Gerichte in der VR China nicht nur Volksgerichte, sondern sie sind es auch. Deshalb gibt es in der VR China auch keine kiloschweren Gesetzesbücher – weil sie nicht gebraucht werden. Denn Recht wird meist an Ort und Stelle von den Betroffenen selbst gesprochen nach dem Prinzip der Kritik und Selbstkritik und der gegenseitigen Hilfe.
Das klingt für viele von uns fast märchenhaft – und im Kapitalismus ist es das auch, aber in einem Land, wo das Volk selbst die Herrschaft ausübt, ist es Wirklichkeit! –H.V., München–

Vorwärts in der Solidarität!

WENN DIE AKTIVE SOLIDARITÄT FÜR VIETNAM IN EINIGEN LÄNDERN NACHGELASSEN HAT, SO WEIL SIE DIE US-STRATEGIE UND IHRE ABSICHTEN NICHT BEGRIFFEN HABEN.

Am 27. Januar jährt sich die Unterzeichnung des Pariser Friedensabkommens von 1973 über Vietnam. Es war ein wichtiger Sieg für das vietnamesische Volk und verspricht ihm Frieden, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Wiedervereinigung des Landes.
Viele Menschen, die auf der Seite der vietnamesischen Befreiungsbewegung stehen, glauben, mit dem Friedensabkommen sei die aktive Unterstützung des Befreiungskampfes nicht mehr nötig. Sie täuschen sich.
"Wenn die aktive Solidarität für Vietnam in einigen Ländern nachgelassen hat, so weil sie die US-Strategie und ihre Absichten in diesem Raum (Indochina und Südost-Asien, d.Red.) nicht begriffen haben. Obwohl die US-Politik der direkten Intervention in Indochina besiegt wurde, blieb ihre neokolonialistische Politik gleich – die neue Strategie des Neokolonialismus haben viele Menschen nicht richtig verstanden."
Nguyen Van Hien, Sprecher der Provisorischen Revolutionären Regierung.

Wiesbaden. Am 14. Dezember wurde auf einer Solidaritätsveranstaltung mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk das Indochinakomitee Wiesbaden gegründet, eine Plattform angenommen und ein Statut beschlossen. Zusammen mit anderen westdeutschen Indochinakomitees führen wir momentan eine Aktion zur Freilassung der politischen Gefangenen Thieus durch. Am Informationsstand in der Stadt, in Betrieben und Schulen verkaufen wir Infos, Broschüren und anderes Informationsmaterial und unterstützen das vietnamesische Volk materiell durch Spendensammlungen.

Um die Bundesregierung zu zwingen, die materielle und politische Unterstützung für das US-Marionettenregime Thieus einzustellen und die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams anzuerkennen, führen wir eine Postkartenaktion durch. Eine zweite Postkarte wird ausgefüllt und an einen politischen Gefangenen in Südvietnam selbst geschickt. Dadurch wird den Thieu-Folterknechten bewußt, daß dieser Gefangene bekannt ist und seine Folter bekannt werden kann. Das schränkt die Folter zum Teil ein. Somit werden die Kampfbedingungen der politischen Gefangenen in den Kerkern und Tigerkäfigen Thieus verbessert.
Auf der ersten Mitgliederversammlung am 11. Januar wurde beschlossen, in den Arbeitervororten Hausbesuche anzugehen und dort einen weiteren Stand aufzustellen. Denn gerade die Arbeiterklasse ist am meisten daran interessiert, den Kampf der Völker gegen den Imperialismus zu unterstützen, gegen den gleichen Feind, der auch in unserem Land die westdeutsche Arbeiterklasse und das Volk ausbeutet und unterdrückt.
Bisher haben wir über 700 DM gesammelt und etwa 1 400 Informationszeitungen verkauft.

Vorwärts in der Solidarität mit den kämpfenden Völkern Indochinas!
–Indochinakomitee Wiesbaden–

US-Marionetten verjagt!

Saigoner US-Marionetten versuchen chinesisches Territorium zu besetzen

In seinem Größenwahn hat das Saigoner Marionettenregime einen Versuch unternommen, chinesisches Territorium in Besitz zu nehmen. Am 11. Januar hatte dazu ein Sprecher des Außenministeriums der Volksrepublik China erklärt: "Vor kurzem hat die Regierung von Saigon ohne jede Scham erklärt, daß sie mehr als 10 chinesische Inseln unter südvietnamesische Verwaltung genommen habe. Es handelt sich hierbei um eine unverschämte Verletzung der territorialen Integrität und der Souveränität Chinas."
Das Außenministerium der Volksrepublik China hat die Besitzansprüche des Saigoner Marionettenregimes als rechtswidrig und null und nichtig bezeichnet.
An der Zugehörigkeit der betreffenden Inseln (Paracel-Inseln) zu China lassen selbst westeuropäische Karten keinen Zweifel. Die einzigen legitimen Vertreter des vietnamesischen Volkes, die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam und die Provisorische Revolutionäre Regierung haben niemals irgendeinen Anspruch auf diese Inseln erhoben. Die südvietnamesische Marionettenregierung ließ es jedoch nicht bei ihrem rechtswidrigen Besitzanspruch, sondern versuchte die Inseln militärisch zu besetzen. Dabei ist es zu Gefechten gekommen. Nach mehrtägigen Kämpfen erlitten die Saigoner Invasionstruppen am Sonntag, dem 21.1. eine Niederlage und mußten sich zurückziehen. Die Volksrepublik China hat niemals fremdes Territorium beansprucht. Sie wird aber auch niemals zulassen, daß ihr eigenes Territorium von anderen Staaten besetzt wird.
Unter den unbewohnten chinesischen Inseln vermutet die westliche Presse reiche Erdölvorkommen. Die US-Marionetten in Saigon haben ihr außenpolitisches Abenteuer sicher nicht nur aus eigenem Antrieb unternommen. Der US-Imperialismus hat offensichtlich noch nicht von seinen Aggressionsplänen gegen die Volksrepublik China abgelassen. Alle jene imperialistischen Kräfte, die Angriffe auf die Volksrepublik China planen, haben jetzt wieder gesehen: Die Volksrepublik China ist wachsam.

Zentrale Studentendemonstration in Bonn

DKP–STUDENTEN VERHINDERN EINHEITLICHES VORGEHEN GEGEN LEBENS– UND STUDIENBEDINGUNGEN

Für den 24.1. haben die beiden nationalen studentischen Vertretungsorgane, der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) und der Verband der Studentenschaften der Fachhochschulen (SVI), die westdeutschen Studenten zu einer Demonstration gegen die Verschlechterung ihrer Lebens- und Studienbedingungen aufgerufen. Diese Demonstration wird von zahlreichen Studentenorganisationen unterstützt, darunter die Jungsozialisten, der Sozialistische Hochschulbund, der Marxistische Studentenbund Spartakus und die Studentenorganisationen des KBW.

Durch die ständige Preistreiberei und die in die Höhe schnellenden Mieten sind die Lebenshaltungskosten auch für die Studenten rapide angestiegen. Ein immer geringerer Teil der Studenten, die keine reichen Eltern haben und deshalb auf die staatliche Ausbildungsförderung angewiesen sind, bekommt den gegenwärtigen Höchstförderungsbetrag von 420 DM. Lohnerhöhungen ihrer Eltern werden ihnen von der Ausbildungsförderung abgezogen, weil die Elternfreibeträge so niedrig sind.

Die Bundesregierung hat die berechtigten Forderungen der Studenten nach kostendeckender Ausbildungsförderung und einer Erhöhung der Elternfreibeträge abgelehnt und eine Erhöhung um 20 % nicht vor 1975 angekündigt. Für die Masse der Studenten betrugen bereits 1973 die monatlichen Ausbildungs- und Lebenshaltungskosten mehr als 560 DM. Die angekündigte Erhöhung ist deshalb bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ausreichend. Dieses Vorgehen der Bundesregierung hat große Empörung unter den Studenten hervorgerufen. Weil sie nicht ein Opfer der Sparmaßnahmen des kapitalistischen Staates werden wollen, deshalb demonstrieren die Studenten in Bonn.

DIE STUDENTEN SIND GESPALTEN

Es ist ihren Vertretungsorganen nicht gelungen, ein einheitliches Vorgehen zur Durchsetzung ihrer Forderungen herzustellen. Der Studentenbund der DKP, der DKP-Spartakus, der zusammen mit den sozialdemokratischen Gruppierungen über eine Mehrheit im Verband Deutscher Studentenschaften verfügt und dessen Politik gegenwärtig bestimmt, stellt sich beharrlich gegen ein einheitliches Vorgehen. Stattdessen benutzt er seine führende Stellung im Verband Deutscher Studentenschaften, um allen Studenten und Organisationen, die diesen Kampf führen und organisieren, die Unterstützung seiner Politik vorzuschreiben. Diese Politik stößt unter den fortschrittlichen Studenten auf wachsende Ablehnung.

Der DKP-Spartakus will alle Studenten festlegen auf die Forderung nach mehr Bildungsausgaben statt Rüstungsausgaben, ohne die wachsende Ausplünderung der Volksmassen durch die staatliche Steuerpolitik überhaupt zu erwähnen. Nicht diese Ausplünderung greift er an, sondern er will die schon den Werktätigen abgepreßten Gelder nur anders verteilen. Dagegen sind die Kommunisten der Auffassung, daß die Bourgeoisie und ihre hochdotierten Handlanger für die Kosten ihres Staatshaushaltes aufzukommen haben. Dies heißt, den Kampf für die Abschaffung aller indirekten und Sondersteuern und für die Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben ausschließlich durch eine progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft zu führen. Dieser Kampf richtet sich auch gegen alle Versuche, die immer offenkundiger werdende Krise des ganzen bürgerlichen Ausbildungssystems die heute auch die Hochschule erfaßt hat, durch die Einführung einer Bildungssteuer auf den Rücken der Werktätigen abzuwälzen. Indem die Studenten, die gegen die Verschlechterung ihrer Lebens- und Studienbedingungen kämpfen, für diese demokratische Forderung eintreten, geben sie ihrem Kampf eine eindeutige politische Stoßrichtung gegen den bürgerlichen Staat und schließen sich mit dem Kampf des unterdrückten und ausgebeuteten Volkes zusammen.

Demgegenüber versuchen DKP und Spartakus den Arbeitern und Studenten ganz wie die bürgerlichen Bildungspolitiker einzureden, der Weg zur Veränderung der Lage der Arbeiterklasse führe über die bürgerliche Universität. Aber können mehr Arbeiterkinder an den bürgerlichen Hochschulen, wie in den letzten Jahren geschehen, einen Ausweg für alle Arbeiter, für die Arbeiterklasse und die Volksmassen sein aus dem Elend, der Knechtschaft und der geistigen Verkümmerung, die der Kapitalismus für sie bedeutet? Nein! "Die Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten ist in dieser Gesellschaft Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt." (Programm des KBW) Nur im politischen Kampf gegen den bürgerlichen Staat kann die Arbeiterklasse das Volk zusammenschließen und durch Zerschlagung des Staates und die Eroberung der politischen Macht die Voraussetzung für ihre soziale Befreiung schaffen. Für diesen politischen Kampf gegen den bürgerlichen Staat sucht die Arbeiterklasse auch die Studenten zu gewinnen.

Gegen diese Einheit tritt der DKP-Spartakus in der Studentenschaft auf. Er sucht die Einheit mit den bürgerlichen Parteien und will die Studenten an den Schwanz der SPD binden. An zahlreichen Hochschulen hat er mit dieser Politik bereits eine Niederlage erlitten, wie z. B. in Göttingen, Freiburg oder Mannheim. Die Studentenvertretungen Schleswig-Holsteins haben sich dagegen ausgesprochen, ebenso der Verband der Fachhochschulen, der SVI. Gegen diesen Widerstand setzt der DKP-Spartakus seine Mehrheiten in den zentralen Gremien des VDS ein, um seine Politik bürokratisch und administrativ in der Studentenschaft durchzusetzen. Mittels des Verbandes Deutscher Studentschaften versucht er, seine Meinung als die Meinung aller Studenten darzustellen und den Ingenieurstudentenverband von dieser Demonstration, die im Namen aller Studenten durchgeführt wird, auszuschließen. Er scheut sich noch nicht einmal, sich an die Polizei und die bürgerlichen Gerichte zu wenden. Um seine Demonstration abzusichern, ließ er dem Ingenieurstudentenverband (SVI) einen bereits angemeldeten Kundgebungsplatz wieder abnehmen, anstatt auf die wiederholten Vorschläge des SVI zum gemeinsamen Vorgehen einzugehen.

Aber all seine Tricks und Manöver und auch der Mißbrauch des Verbandes Deutscher Studentenschaften werden dem DKP-Spartakus nichts nützen. Die politischen Gegensätze lassen sich nicht unterdrücken und obwohl der DKP-Spartakus mit seiner bürgerlichen Politik heute noch die Führung des Verbandes Deutscher Studentenschaften beherrscht, wird die Ablehnung dieser Politik auch in der Bonner Demonstration ihren Ausdruck finden. Die Zahl der Studenten, die die Einheit mit dem Kampf des Volkes wollen und die Führung der Arbeiterklasse anerkennen, wächst. Die gegenwärtige Auseinandersetzung in der Studentenschaft über die Führung des Kampfes gegen die Verschlechterung der Lebens- und Studienbedingungen ist ein wichtiger Schritt in der Stärkung ihres Einflusses. –H.G., Mannh

GESINNUNGSSCHNÜFFELEI IN NIEDERSACHSEN

Die SPD-Regierung Niedersachsens legte einen Bericht vor: Seit August 72 sind in Niedersachsen 15 000 (in Worten: fünfzehntausend!) Bewerber für den öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz überprüft worden.
2 Bewerber sind bereits nicht eingestellt. Bei weiteren 9 läuft das Untersuchungsverfahren noch.
Die Unterdrückungsmaschine soll aber noch verstärkt werden. So schreibt die "Wolfsburger Allgemeine" vom 14.1.:
"Die niedersächsische Landesregierung will die Anhörungsgespräche künftig nicht mehr den einzelnen führenden Verwaltungsbeamten überlassen, sondern eine zentrale Einstellungskommission mit der Vernehmung beauftragen. Als Begründung gab Innenminister Lehners an, daß mancher Regierungspräsident überfordert sei, wenn er mit den "sehr intelligenten, marxistisch geschulten" Bewerbern diskutieren müsse."

WAHL DER SCHULLEITER UND SCHULAUFSICHTSBEAMTEN AUF ZEIT

Bremen. Gegen den verschärften Zugriff des Staates gegenüber den Schulen durch das geplante Schulverwaltungsgesetz wandten sich über 100 Stellungnahmen von Lehrerkollegien (das sind über die Hälfte aller). Stattdessen wurde die Forderung aufgestellt: Kontrolle der Schulaufsicht durch die Lehrer, Eltern und Schüler, konkret: Wahl der Schulleiter und Schulaufsichtsbeamten auf Zeit, verbunden mit der Forderung: Keine Wiederwahl ohne vorherige Zurückkehr in den Schulalltag.
Die Delegiertenversammlung (70 bis 100 Anwesende) des Bremer Ortsvereins der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Verein Bremer Lehrer und Lehrerinnen) am 27.11.1973 hat diese Forderungen aufgenommen und eine Stellungnahme verabschiedet, die das Recht des Volkes auf Führung der Schulgeschäfte hervorhebt und die Kontrolle des Staates zurückweist. Gleichzeitig wandte sich die Mehrheit gegen die illusionären Mitbestimmungsforderungen, die von DKP-Vertretern aufgestellt wurden.

Wofür müssen die Lehrer eintreten?

GROSSKUNDGEBUNG DER GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT

Studenten – prozess

TERRORURTEIL GEPLANT

Schulgeschäfte hervorhebt und die Kontrolle des Staates zurückweist. Gleichzeitig wandte sich die Mehrheit gegen die illusionären Mitbestimmungsforderungen, die von DKP-Vertretern aufgestellt wurden.

Wofür müssen die Lehrer eintreten?
GROSSKUNDGEBUNG DER GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT

Studenten – prozess
TERRORURTEIL GEPLANT

Für den 6. Februar hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ihre Mitglieder zu einer Großkundgebung nach Köln eingeladen. Anlaß dazu sind die Gesetzentwürfe der Regierung zur bundeseinheitlichen Regelung der Lehrergehälter, über die unter den Lehrern große Empörung herrscht. Diese Entwürfe verstoßen alle gegen den Grundsatz der gleichen Bezahlung für alle Lehrer. Sie halten daran fest, daß die Oberschullehrer und die Lehrer an den höheren Stufen der Gesamtschule mehr Geld bekommen und besser ausgebildet werden sollen, als diejenigen Lehrer, welche für die Volksbildung da sind. In einigen Fällen führen sie zudem zu einer Einkommensminderung für bestimmte Lehrergruppen. Vor allen Dingen bezeugen diese Gesetzentwürfe aber, daß die Bundesregierung auch künftig daran festhält, die Kinder der "besseren Leute" getrennt von den Kindern des Volkes auszubilden und dafür auch mehr Geld auszugeben.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft stößt sich nicht daran, daß es auch künftig unterschiedliche Schulen geben wird. Ihr genügt es, wenn diese unterschiedlichen Schulen alle unter einem Dach sind und "Gesamtschule" heißen. Sie stößt sich auch nicht daran, daß es unterschiedliche Lehrer mit einem unterschiedlichen Einkommen geben soll. Die Hauptsache ist ihr, daß kein Lehrer weniger als ein Regierungsrat verdient. Aber selbst dafür will der Hauptvorstand keineswegs einen Kampf führen, der die Lehrer mit dem Streikverbot für Beamte in Konflikt bringen würde. Vielmehr befürwortet der Hauptvorstand der GEW Gespräche mit dem Bundeskanzler und den Ministerpräsidenten der Länder, um die Gehaltsforderungen der Lehrer vorzutragen. Die Kundgebung in Köln ist dazu gedacht, für diese Verhandlungen die nötige Kulisse abzugeben und damit um Arbeitskampfmaßnahmen herumzukommen.

Auf einer Veranstaltung mit Vertrauensleuten und anderen Funktionären der GEW in Bremen teilte der Vorsitzende Frister mit, der Hauptvorstand habe einstimmig beschlossen, daß auf der Kundgebung nur die Vorstandssprecher und die Sprecher der bürgerlichen Parteien zu Wort kommen sollten. Die Mitglieder dürfen weder sich zur Diskussion melden, noch Resolutionen zur Abstimmung stellen. Zur Abstimmung gestellt werden soll einzig eine bisher noch nicht bekannte Resolution des Hauptvorstandes, über welche nicht diskutiert werden darf.

Ein beträchtlicher Teil der GEW-Mitglieder ist mit einem solchen Vorgehen nicht einverstanden. Die Bundestagung junger Lehrer und Erzieher in der GEW hat den Antrag gestellt, vor der Kundgebung eine Demonstration in Köln durchzuführen. Auf dieser Demonstration und auf der Kundgebung sollen folgende Forderungen öffentlich vertreten werden:
"Rücknahme des Kabinettsbeschlusses zur Besoldungsneuregelung", "Kein Lehrer unter A 13", "Gleichwertige Ausbildung, einheitliche Besoldung und einheitliche Unterrichtszeit für alle Lehrer (ein einheitliches Lehramt)", "Einheitliche und gleiche Ausbildung für alle Jugendlichen".

Wir Kommunisten unterstützen diese Forderungen der Lehrer. In ihnen kommt zum Ausdruck, daß sie sich nicht als Staatsdiener an den öffentlichen Arbeitgeber wenden mit der Bitte um bessere Besoldung, sondern daß sie sich gegen den öffentlichen Arbeitgeber wenden und die Bereitschaft zum Kampf entwickeln. Notwendig ist dabei, daß sich die Lehrer gleichzeitig gegen jedes besondere Dienstrecht wenden. Die "hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums", denen sie heute unterworfen sind, machen die Lehrer rechtlos und verwandeln sie in Büttel des kapitalistischen Staates. Aus dieser würdelosen Lage können die Lehrer nur herauskommen, wenn sie sich mit dem Volk verbinden, das diesem Staat unterworfen ist und dessen Kinder die Lehrer unterrichten. In der Forderung nach gleicher Ausbildung für alle Kinder und Jugendlichen haben die jungen Lehrer in der AjLE einen Schritt in diese Richtung getan. Die Konsequenz ihrer Forderung ist die Einheitsschule, die nicht die individuelle Beförderung individueller Begabungen zum Ziel hat, sondern die Gewährleistung einer solchen allgemeinen Schulbildung, "daß wirklich alle an der Leitung des Staates teilnehmen können" (Lenin, Bd. 25, S. 487). An einer solchen Schule hat vor allem die Arbeiterklasse ein Interesse, die ihre Befreiung von der Ausbeutung nur erringen kann, wenn sie die politische Herrschaft erobert und die zu diesem Zweck der breitesten Demokratie bedarf.

Der Kampf um eine solche Schule erfordert, daß die Bevölkerung selbst und nicht der bürgerliche Staat darüber entscheidet, was an der Schule gelehrt und wer als Lehrer angestellt werden soll.

Lehrer, die sich auf die Seite des Volkes stellen wollen, werden für solche Rechte des Volkes eintreten und jeden Kampfschritt in diese Richtung entschieden unterstützen. W.M.

FRISTER GEGEN STREIK

Bremen. Der GEW-Vorsitzende Frister sprach vor rund 200 Funktionären und Vertrauensleuten. Frister wurde gefragt, warum die GEW keinen Warnstreik gegen das geplante Gesetz zur bundeseinheitlichen Regelung der Lehrergehälter organisiere.
Erste Antwort: "Wenn die Lehrer streiken, werden sie ihre Forderungen nie durchsetzen können. Denn die Ministerpräsidenten können sich doch nicht dem Druck einer nicht legalen Streikaktion beugen!" Als das bei der Mehrzahl der Kollegen nicht verfing, meinte Frister: "Wenn Sie unbedingt streiken wollen, dann streiken Sie doch! Sie kommen mir vor wie Leute, die bei der Behörde anfragen, ob sie streiken dürfen, wenn Sie immer die Entscheidung vom GEW-Vostand haben wollen."
Genau! Der GEW-Vorstand ist eine "Behörde", die Kämpfe im öffentlichen Dienst verhindern soll!

Gegenwärtig findet im Heidelberger Amtsgericht ein Verfahren gegen drei kommunistische Studenten statt. Der Ausgangspunkt: Ein Student hatte für einen Zwischenruf zwei Monate Gefängnis, ein anderer für eine Diskussionsforderung drei Monate Gefängnis bekommen. Gegen dieses Terrorurteil und zur Diskussion der Möglichkeiten, dagegen vorzugehen, sollte in der Universität eine Diskussionsveranstaltung stattfinden, die vom Rektorat verboten wurde. Als die Studenten sich den Raum trotzdem nahmen, kündigten die Reaktionäre erneute Strafprozesse an. Die Studenten beantworteten dies mit der kurzfristigen Besetzung des Rektorats.

Drei angeblich Verantwortliche wurden herausgegriffen und ein Schnellgerichtsverfahren, das sonst nur in einfachen und klaren Fällen, wie z.B. Verkehrsunfällen, angewandt wird, gegen sie eingeleitet. Am selben Tag, an dem der Prozeß begonnen hatte, wurden die Urteile ausgesprochen: 6, 5 und 3 Monate Gefängnis ohne Bewährung.

Das Urteil im Sinne der herrschenden Klasse wurde von einem anderen Gericht wegen zu offensichtlicher Verfahrensfehler für ungültig erklärt und an die erste Instanz zurückverwiesen. Der gegenwärtige Prozeß ist die Wiederholung des ersten Prozesses in mehrfacher Hinsicht. Wieder ist es derselbe Richter Orlet, der schon die ganzen obigen Urteile ausgesprochen hatte. Der Befangenheitsantrag der Verteidigung wurde mit der Begründung zurückgewiesen, daß Richter Orlet ja seine Einschätzung der Angeklagten als "rücksichtslose Terroristen" im jetzigen Verfahren ändern könne.

Aber sein bisheriges Vorgehen in diesem Verfahren zeigt deutlich, daß er schon jetzt das Urteil im Hinterkopf hat. Das wird klar durch seine ständige Behinderung der Verteidigung, den Ausschluß der Öffentlichkeit mit der Begründung, sie gefährde die öffentliche Ordnung, und das Verbot für die Angeklagten, die politischen Hintergründe des Verfahrens zu benennen.

GEW–AUSSCHLUSSVERFAHREN GEGEN 7 MITGLIEDER

Mannheim. Gegen 7 GEW-Mitglieder wurden auf der Vertreterversammlung der GEW Nordbaden am 11.1. Ausschlußanträge gestellt. Die Mitglieder hatten einen Leserbrief an die GEW-Presse geschrieben und die Teilnahme an Demonstrationen gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst befürwortet.
Diesen Brief hatten sie im Auftrag ihrer Fachgruppen oder der Arbeitsgemeinschaften junger Lehrer geschrieben.

GEW HAMBURG: BREITER PROTEST GEGEN UNVEREINBARKEITSBESCHLUSS

Hamburg. Am 15.1.74 hat der GEW-Vorstand Hamburg zu einem neuen Schlag gegen die Einheitsgewerkschaft ausgeholt: Er erklärte für mit der GEW-Mitgliedschaft unvereinbar "die Tätigkeit für oder der Unterstützung" von sogenannten linksextremen Organisationen. Zu diesen Organisationen zählen vor allem der KBW und die SSG (Sozialistische Studenten Gruppe; ihre Genossen entfalten seit Monaten auf der Linie des KBW in Hamburg als einzige kommunistische Organisation eine Massenpolitik unter Lehrern, Eltern und Schülern für eine Ausbildung im Dienste des Volkes). Stimmenverhältnis: 20 gegen 2, 4 Enthaltungen. 14 haben sich gedrückt.
Zuvor hatte der Vorstand einen Gewerkschaftsausschluß von 2 GEW-Kollegen und SSG-Mitgliedern beschlossen, was aber die Vertrauensleuteversammlung zurückwies. Durch die Unvereinbarkeitserklärung soll dieser Vertrauensleutebeschluß unterlaufen werden. Aus etwa 30 Dienststellen des GEW-Bereiches trafen noch am 15.1. Protestresolutionen beim Vorstand ein.

Keine Räumung der besetzten Häuser!

SCHLUSS MIT DER WOHNRAUMZERSTÖRUNG

Frankfurt. Die Frankfurter SPD gibt sich gerade in ihrer Wohnungspolitik sehr fortschrittlich. So verkündete sie vor den letzten Kommunalwahlen großsprecherisch: "Kein Abriß menschenwürdiger Wohnungen, nur weil Büropaläste mehr Gewinn bringen." Sie verabschiedete ein "Sozialbindungspapier", das die Vernichtung oder Zweckentfremdung von Wohnraum unter Strafe stellt. Dieses Papier, bislang so gut wie nie angewandt, sollte nach ihren Worten "ein Beispiel für soziale Wohnungspolitik für die gesamte BRD" sein.

Daß die SPD in Wirklichkeit aber der Bodenspekulation, der Zerstörung von Wohnraum und der Zersiedlung der Städte bewußt Vorschub leistet, zeigt ein Beispiel aus dem Frankfurter Westend: Der Kampf um die Erhaltung von vier Häusern in der Bockenheimer Landstraße, Ecke Schumannstraße.

Diese Häuser, in denen über 80 Menschen leben, gehören dem bekannten Frankfurter Spekulanten Bubis. Sie wurden vor zwei Jahren besetzt, nachdem sie zu Spekulationszwecken einige Zeit leerstanden. Die Besetzer erhielten damals über die Stadt Mietverträge, die bis zum 31.10.73 befristet waren.
Heute nun sollen diese Häuser geräumt und zerstört werden. An ihre Stelle will Bubis einen 28 Stockwerke hohen Büroklotz bauen lassen. Gegen diese geplante weitere Zerstörung von Wohnraum begannen die Bewohner den Kampf aufzunehmen. Sie blieben in ihrem Kampf nicht allein. Denn sehr schnell wurde breiten Teilen der Bevölkerung klar, daß die Erhaltung der Häuser direkt in ihrem Interesse liegt, daß jede weitere Zerstörung von Wohnraum das Wohnungselend in Frankfurt verstärken muß. Deshalb gelang es innerhalb weniger Tage über 6 000 Unterschriften für die Erhaltung der Häuser zu sammeln, deshalb hielten sich über 3.000 Schüler, Studenten und Jungarbeiter in der Nacht zum 1.11.73, als mit der gewaltsamen Räumung gerechnet werden mußte, in der in der Nähe der Häuser gelegenen Universität auf, um die Häuser zu verteidigen.
Damit war dem SPD-Magistrat die Möglichkeit genommen, die Häuser schnell und reibungslos zu räumen. Der Kampf um die Häuser war zum zentralen Punkt im Kampt gegen Wohnraumzerstörung geworden.
In dieser Situation machte die SPD-Mehrheit im Magistrat einen taktischen Rückzieher: Sie verschob die Räumung. Gleichzeitig begann die SPD über die bürgerliche Presse und auf öffentlichen Veranstaltungen ein großes Wehklagen. Sie sagte: "Wir sind auch gegen die Zerstörung der Häuser, aber wir können sie nicht verhindern. Wir haben Bubis schon vor vielen Jahren die Genehmigung zum Bauen gegeben. Lassen wir ihn jetzt nicht bauen, muß die Stadt Millionen DM Schadensersatz zahlen."
Damit und mit ständigen Versuchen der bürgerlichen Presse und der Polizei, die Bewohner als Kriminelle, Straßenräuber und ähnliches hinzustellen, versuchte sie die entstandene Bewegung hinzuhalten und zu spalten.

Jedoch, die Rechnung ging nicht auf. Ein Nachbar erhob Einspruch gegen den Bau. Bubis konnte nicht länger an der geplanten Stelle bauen und mußte den ganzen Klotz ein Stück nach Westen verrücken. Damit gerät er jedoch auf Gelände, das nach dem Bebauungsplan Westend als reines Wohngebiet ausgewiesen ist. Jetzt mußte die SPD Farbe bekennen: Entweder sie meint es ernst mit ihrem Eintreten für die Erhaltung der Häuser, dann verweigert sie, was nach der neuen Situation durchaus möglich war, die Baugenehmigung oder aber sie ändert den Bebauungsplan und unterstützt damit den Abriß.
Die Entscheidung ist am 15.1. gefallen. Alle SPD-Wahlkampfsprüche waren vergessen, die SPD hat den Bebauungsplan geändert, Bubis wird seine Baugenehmigung bekommen. Ab sofort können die Häuser geräumt werden, um dann zerstört zu werden. Die SPD–Wahlparole steht Kopf: "Nur weil Büropaläste mehr Gewinn bringen, Abriß menschenwürdiger Wohnungen!"

SPD PLANT VERLETZTE

Vor dem Abriß muß die Polizei das Haus von Besetzern räumen. Der SPD-Magistrat will diesmal richtig "aufräumen". Da viele Frankfurter mit den Hausbesetzern sympathisieren, muß schon jetzt die Schuld an dem geplanten brutalen Vorgehen des Staates den Hausbesetzern in die Schuhe geschoben werden. Die SPD-Fraktion im Stadtparlament erklärte am 18.1.: Der Häuserrat zieht es "kaltschnäuzig ins Kalkül, daß bei einer Räumung Menschen verletzt werden". Die SPD-Fraktion kennt offensichtlich die Zukunft. Warum? Was man selber vorhat, weiß man sicher. In diesem Fall: Mit äußerster Brutalität zuzuschlagen.
Die für die nächsten Tage geplante Räumung und Zerstörung der vier Häuser in der Bockenheimer Landstraße, Ecke Schumannstraße, ist erst der Anfang. Ganze Straßenzüge im Frankfurter Westend werden abgerissen und an ihre Stelle Büroklötze gesetzt werden. Diese Zerstörung von dringend benötigtem Wohnraum wird die Wohnungsnot in Frankfurt weiter verschlimmern. Deshalb fordern wir:
Schluß mit der Zerstörung von Wohnraum!

–jo, Frankfurt–

Das Heizöl ist vom Sommer

HEIZKOSTENERHÖHUNG / MIETER FORDERN NACHWEIS

Köln. Ende Oktober hatte jeder von uns 20 Mietern einen Brief von der Hausverwaltung im Briefkasten, der unsere Gesichter immer länger werden ließ: Da die Ölpreise von 1970 bis 1973 sich verdreifacht hätten, müßte die Heizkostenpauschale von 26 DM auf 78 DM pro Monat erhöht werden ab 1. November. Über diese 300 % Steigerung der Heizkosten waren wir alle empört!
Wir erkundigten uns mal ausführlicher bei den anderen Mietern und erfuhren, daß niemand eine Heizkostenabrechnung während der letzten 4 Jahre bekommen hat. Das bedeutet also: Bis jetzt hat der Hausbesitzer schon mehr als genug einsäckeln können. Dem muß ein Ende gemacht werden!
Unsere griechischen und türkischen Mitbewohner wollten die unverschämten Heizkosten sofort bezahlen. Sie hatten Angst, ihre Wohnung zu verlieren. Es ist uns aber gelungen, ihnen klarzumachen, daß nur ein gemeinsames Handeln aller Mieter uns weiterhilft. Wir haben daher eine Resolution an den Hausbesitzer verfaßt, die von allen Bewohnern unterschrieben worden ist:

1. Nachweis der Kosten für Heizmaterial und Betrieb der Heizung der letzten 4 Jahre (gesetzlich vorgeschrieben);
2. Wir zahlen noch bis Ende Dezember die alte Pauschale, da das Heizöl noch im Sommer zum alten Preis gekauft worden ist und bis Dezember ausreichte.

C.S., Köln

Spekulant Rosen bleibt

Frankfurt. Der kanadische Grundstücksspekulant Isaak Rosen, der eigenhändig mit dem Vorschlaghammer Frankfurter Wohnungen unbewohnbar machte, sollte ausgewiesen werden. Dieser Gerichtsbeschluß wird nun mit der Begründung nicht vollstreckt, daß die Ausweisungsverfügung nicht sorgfältig genug bearbeitet wei. Es hatte darin geheißen, daß Rosen durch sein Verhalten Unwillen und Empörung der Bürger errege. Das sei aber kein Grund. Ein Korrespondent aus Frankfurt schrieb uns dazu, daß dies *"den Klassencharakter der westdeutschen Gerichte besonders deutlich macht – besonders, wenn man bedenkt, daß die Demonstrationsverbote der letzten Zeit unter anderem auch mit der 'Anstoßnahme von Teilen der Bevölkerung' begründet wurden."*
Man muß dieser Begründung einen anderen Fall, der nicht in der Presse erschien, gegenüberhalten, um zu sehen, in wessen Interesse hier Recht gesprochen wird.
Vor wenigen Tagen wurde in Frankfurt einem italienischen Arbeitsemigranten die Auferthaltsgenehmigung nicht verlängert, weil er in der BRD unerwünscht sei, da er an Demonstrationen gegen Wohnungsnot und Wohnraumzerstörung teilgenommen hätte.

–jo–

gen.
Damit war dem SPD-Magistrat die Möglichkeit genommen, die Häuser schnell und reibungslos zu räumen. Der Kampf um die Häuser war zum zentralen Punkt im Kampt gegen Wohnraumzerstörung geworden.
In dieser Situation machte die SPD-Mehrheit im Magistrat einen taktischen Rückzieher: Sie verschob die Räumung. Gleichzeitig begann die SPD über die bürgerliche Presse und auf öffentlichen Veranstaltungen ein großes Wehklagen. Sie sagte: "Wir sind
nungen!"
SPD PLANT VERLETZTE
Vor dem Abriß muß die Polizei das Haus von Besetzern räumen. Der SPD-Magistrat will diesmal richtig "aufräumen". Da viele Frankfurter mit den Hausbesetzern sympathisieren, muß schon jetzt die Schuld an dem geplanten brutalen Vorgehen des Staates den Hausbesetzern in die Schuhe geschoben werden. Die SPD-Fraktion im Stadtparlament erklärte am
den."
Man muß dieser Begründung einen anderen Fall, der nicht in der Presse erschien, gegenüberhalten, um zu sehen, in wessen Interesse hier Recht gesprochen wird.
Vor wenigen Tagen wurde in Frankfurt einem italienischen Arbeitsemigranten die Aufenthaltsgenehmigung nicht verlängert, weil er in der BRD unerwünscht sei, da er an Demonstrationen gegen Wohnungsnot und Wohnraumzerstörung teilgenommen hätte.
–jo–

Bombenabwurfplatz bleibt

Nordhorn. Die Menschen, die am Rande des Bombenabwurfplatzes Nordhorn-Range wohnen und für dessen Verlegung im Sommer des letzten Jahres einen wochenlangen Kampf geführt hatten, müssen vorläufig eine Niederlage hinnehmen. Der parlamentarische Staatssekretär im Bonner Bundeswehrministerium, Berkhan, teilte auf einer Veranstaltung in Lingen die Entscheidung des Bonner Ministeriums über Nordhorn-Range mit. Demnach wird der Bombenabwurfplatz nicht verlegt. Begründung: Im In- und Ausland sei kein Ausweichplatz gefunden worden, auf dem die NATO-Flugzeuge der britischen Royal Air Force ihre zum Teil scharfen Übungsbomben abwerfen können.
Zu einem einzigen Zugeständnis war man in Bonn bereit: Die Flugzeuge sollen in Zukunft nicht mehr die Wohnsiedlungen überfliegen, in denen die Kampfbereitschaft und die Proteste am konsequentesten zum Tragen kamen, sondern aus östlicher Richtung einfliegen. Da auch in östlicher Richtung des Übungsplatzes Dörfer und Gemeinden liegen, wird das nichts anderes heißen, als daß der Schwerpunkt der Belästigungen und Gefahren, die von Nordhorn-Range ausgehen, im Grunde nur einige zehn Kilometer weiter verlagert werden.
Augenscheinlich rechnet der Staatsapparat aber mit weiteren Kampfaktionen der Bevölkerung gegen Nordhorn-Range. Nachdem nämlich die Zufahrt zum Tower auf dem Abwurfplatz bereits kurz nach den großen Demonstrationen im letzten Juni mit Stacheldraht und Eisentoren abgeriegelt worden war, haben jetzt Soldaten der Royal Air Force auch den Tower selbst und das Materiallager mit Stacheldraht eingezäunt. Dieses "Sicherheitsgelände" ist nur durch drei große Eisentore passierbar, von denen jedes einzelne eine halbe Tonne wiegt.

–H., Osnabrück–





**Oldenburg. Das Jugendzentrum 'Offene Tür' wurde am 16.1.74 von den Jugendlichen dichtgemacht und man marschierte spontan mit 100, 120 Leuten zum Stadtjugendamt. Dort wurden Büro und Gänge besetzt. Der Grund: Bis zur Erstellung eines Haushaltsplanes waren dem Jugendzentrum monatlich 1 000 DM als Übergang zugesichert worden. Die Stadt aber hatte die Auszahlung verweigert.
Aufgrund des Protestes der Jugendlichen mußte das Geld bewilligt werden.**

Keine Mietpartei zahlt

HEIZKOSTEN-ABSCHLAG SOLL UM 100 % ERHÖHT WERDEN

Mir wurde am 22.11. von meinem Vermieter ein Schreiben zugestellt mit folgendem Inhalt:
"Wie schon in unserem Schreiben vom 6.11.73 angesprochen, reicht die Abschlagszahlung für die Heizkosten bei den enorm gestiegenen Ölpreisen nicht mehr aus.
Wir sehen uns daher gezwungen, die Abschlagszahlung ab Monat November wie folgt zu erhöhen:
Alle Mietparteien haben einen um 100 % erhöhten Abschlag zu zahlen, für eine 4-Zimmerwohnung von 90 auf 180 DM.
Wir bitten, diese Abschlagszahlung für November 73 bis auf weiteres zu leisten. Sobald ein Sinken der Ölpreise eintritt, sind wir mit Freuden bereit, auch die Abschlagszahlung wieder zu reduzieren.
Mit freundlichen Grüßen . . .
Wichtig ist hierbei noch, daß während der letzten 2 Monate die Zimmertemperatur in unserer Wohnung ständig zwischen 10 und 13 Grad schwankte. Wollte man selbst die Heizung höherstellen, war die Kellertür abgeschlossen.
Bisher hat noch keine Mietpartei diese Zahlung geleistet.

H.G., Wiesbaden

Postenkampf der SPD-Clique in Kölner IGM

Köln. Der 1. Bevollmächtigte der IGM Köln soll aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Zwischen den führenden sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären in der IGM-Ortsverwaltung Köln ist der offene Kampf um Posten und Karriere ausgebrochen. Der Vertrauensleutekörperleiter der Ford-Werke, W. Kuckelkorn, verband sich mit dem 2. Bevollmächtigten der IGM Köln, Wientgen, und Bezirksleiter Breuer um den ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden von Ford, G. Tolusch, und jetzigen 1. Bevollmächtigten in Köln, abzuschießen.

Diese Gruppe hat es am 8.1.74 verstanden in der Ortsverwaltung einen Beschluß durchzusetzen, nach dem Tolusch ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten eröffnet werden soll, weil er mit Kommunisten zusammengearbeitet hat.
Tatsache ist, daß Tolusch einem von den Fordkollegen gewählten Jugendvertrauensmann die Fotokopie der Meldung seiner Wahl an die Ortsverwaltung gegeben hat.
Der Kollege wurde am 24.7.73 der Ortsverwaltung gemeldet, dann kam der selbständige Streik der Fordler und der Kollege trat als Vertrauensmann für die Forderung von "1 Mark mehr für alle" ein.
Nach dem Streik wollte die Firmenleitung ihn feuern, aber erst als Kuckelkorn unter Eid aussagte, daß der gewählte Jugendvertrauensmann nie Vertrauensmann der IGM war, flog er wirklich. Als die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) die Fotokopie veröffentlichte, mobilisierte Kuckelkorn seine Fraktion – sie faßten einen Beschluß in der Ortsverwaltung gegen Tolusch. Aber Tolusch ist ein genauso ausgefuchster Antikommunist wie sein ehemaliger Freund Kuckelkorn, den er vor knapp 2 Jahren mit einem ähnlichen Trick (Flugblattfälschung) aus dem Geschäft werfen wollte.
Auch Kuckelkorn bekam ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten angehängt.
Bis dahin waren beide die besten Freunde; Tolusch "baute" Kuckelkorn bei Ford auf und Kuckelkorn unterstützte die Wahl Toluschs zum 1. Bevollmächtigten mit Erfolg. Der dritte Mann ist der SPD-Betriebsrat von Felten & Guilleaume, Feckler, der 1972, als er sich noch mit Kuckelkorn gegen Tolusch zusammengetan hatte, erleben mußte, wie Tolusch erfolgreich gegen seine Nominierung als SPD-Bundestagsabgeordneter auf dem damaligen Unterbezirksparteitag der SPD eingreifen konnte. Danach war Feckler, der immer als kämpferischer Betriebsratsvorsitzender in Köln galt, endgültig rundgeschliffen. Das merken die Kollegen bei Felten & Guilleaume immer deutlicher. Feckler ist jetzt für Tolusch und es sieht so aus, als würde er damit gut fahren. Denn inzwischen kann die Tolusch-Fraktion die breite Empörung der Kölner Metallarbeiter über die Intrigantenclique um Kuckelkorn in ihre nicht minder schmutzigen Schläuche leiten. Die Jusos unterstützen Tolusch geschlossen und die braucht Feckler für sein nächstes Ziel, die Nominierung als Landtagsabgeordneter durch die SPD. Alle diese SPD-Parteifreunde sind sich über die SPD-Betriebsgruppen und die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) verpflichtet und bilden selbstverständlich eine Front gegen fortschrittliche Kollegen, die die richtigen Forderungen ihrer Kollegen, wie bei Ford, auch konsequent vertreten.
Sie bekämpfen sich gegenseitig, indem sie sich vorwerfen, der jeweils Andere könne nicht hart genug gegen die verabscheuten Kommunisten durchgreifen oder arbeite mit ihnen sogar zusammen.

Hier zeigt sich, wie die Unvereinbarkeitsbeschlüsse wildwütig zum Nutzen der herrschenden Gruppen, gegen jedermann angewendet werden. Ein Instrument der Willkür! So verbündeten sich Kuckelkorn und Feckler 1972, um ein paar Bildungsreferenten aus der Arbeit zu werfen, nicht nur weil sie sich in ihrer Praxis als Kommunisten erwiesen, sondern auch um später Tolusch in Frankfurt beim Hauptvorstand eine reinzuwürgen.
Der Machtkampf in Köln wird von all den SPD-Charaktermasken auf der Linie der Sozialdemokraten zu Lasten der Metaller ausgetragen und ist der Beitrag der Sozialdemokraten für den gerade begonnen Lohnkampf in Nordrhein/Westfalen. Das schadet der Einheitsgewerkschaft wirklich schwer!
Deshalb treten die Kommunisten in Köln dafür ein, daß sich die Kollegen in ihrer Empörung nicht nur heute spontan gegen den Intriganten Kuckelkorn & Konsorten und morgen notgedrungen gegen die Toluschs richten, sondern den Kampf gegen die Linie der Sozialdemokraten in der Einheitsgewerkschaft richten, denn sie nützt den Kapitalisten.
Das heißt, daß die Metallarbeiter drangehen, und die innergewerkschaftliche Demokratie gegen den "kölschen Klüngel" der Toluschs & Kuckelkorns durchsetzen, damit die Einheitsgewerkschaft wieder eine Waffe der Arbeiterklasse für ihre Interessen wird, die unvereinbar sind mit den Interessen der Kapitalisten, ihrer Regierung, ihrem Staat und ihren Helfern in der Arbeiterklasse.

–OG Köln–

Die Arbeiter lassen sich nicht klein kriegen

ENGLAND: VERSCHLEISS DER REGIERUNG / SPEKULATIONEN UM NEUWAHLEN / RÜCKNAHME DER 3-TAGE WOCHE

Am Ende der zweiten 3-Tage-Woche, die die reaktionäre Heath-Regierung für Großbritannien verordnet hat, sind fast 1 Million Menschen arbeitslos, die Stahlproduktion ist auf 50 % herabgesetzt, das britische Pfund, das gegenüber dem Dollar floatet, hat den niedrigsten Punkt seit 18 Monaten erreicht mit einem Abwertungssatz von 20 %, die Zahlungsbilanz weist gegenüber den Einfuhren ein Defizit von 13 Milliarden DM auf, die Aufträge an das Ausland nehmen weiter zu. Die Versorgungslage der Bevölkerung verschlechtert sich noch schneller als vorher: Für die Krankenhäuser wurde jetzt ein Plan ausgearbeitet, wonach sie teilweise stillgelegt werden können bei weiterer Verschärfung der Krise.

In England herrscht scharfer Klassenkampf. Heath wollte mit der 3-Tage-Woche einen Schlag gegen die Arbeiterklasse führen, ihre Kampfkraft soll entscheidend geschwächt werden. Aber bisher hat sich kein Arbeiter provozieren lassen, unüberlegten Aufruhr und voreilige Handlungen haben die Arbeiter bisher vermieden. Sie haben der von der Heath-Regierung im Hintergrund bereitgehaltenen Armee keinen Ansatzpunkt gegeben für ein Eingreifen. Aber je länger dieser Zustand andauert, je mehr wird die Heath-Regierung selber dabei verschlissen. Jetzt muß sie die verhängte 3-Tage-Woche in eine 4-Tage-Woche überführen und jegliche Beschränkung der Stahlproduktion aufheben.

Die Industrieproduktion hielt sich zwar auf durchschnittlich 80 bis 85 % der normalen Produktion, vor allem dadurch, daß viele Betriebe tatsächlich das produzierten, was sie sonst an 4 Tagen herstellten. Die Arbeitsproduktivität, also die Hetze, der die Arbeiter in den Betrieben ausgesetzt sind, verschärfte sich um 20 %. Ein weiteres schnelles Absinken der Produktion wird aber für die kommenden Wochen erwartet, denn es beginnen überall bei der Zulieferung Lücken aufzutreten. Für Ende Januar werden deshalb 16 Millionen Arbeitslose erwartet. Um es nicht soweit kommen zu lassen, hat die Regierung Heath jetzt angekündigt, daß die Stahlwerke wieder voll arbeiten dürfen und daß statt an 3 jetzt 4 Tagen pro Woche gearbeitet werden kann.

Gleichzeitig hat ein ungeheurer Konzentrationsprozess eingesetzt: Kleine und mittlere Unternehmen können sich immer weniger halten und werden von den Konzernen aufgekauft.

LOHNSTOPP UND EINSATZ DER ARMEE GEGEN ARBEITER WERDEN VORBEREITET

Die Regierung Heath erwägt jetzt, einen generellen Lohnstopp zu verfügen. Sie bereitet weitere Notstandsmaßnahmen vor: Per Gesetz soll die Polizei ermächtigt werden, die Haushalte zu kontrollieren, zum Beispiel



Arbeitslose warten im Arbeitsamt

danach, ob die Familien auch tatsächlich nur einen Raum beheizen. Das Verteidigungsministerium und das Innenministerium haben gleichzeitig Schritte unternommen, die sofort den Einsatz der Armee erlauben, wenn es zu Unruhen unter der Bevölkerung kommen sollte. Ein "Nationales Koordinationskomitee für industrielle Unruhen" wurde Mitte Dezember gebildet unter Leitung eines früheren Spezialisten von Scotland Yard. Wie der "stern" am 17. Januar berichtet, hat diese Abteilung eine Kartei über alle fortschrittlichen Personen angelegt und dafür zahlreiche Hausdurchsuchungen angeordnet.

Die Besetzung des Londoner Flughafens Heathrow sowie der Umgebung des Buckingham Palastes, des Amtssitzes der Königin, mit Panzer- und Infanterieeinheiten war eine erste großangelegte Übung der Militärs für diesen Fall. Seit zwei Jahren bildet die Armee Soldaten aus, die in die Produktion geschickt werden können: Heute verfügt die Armee über Soldaten, die zum Beispiel jederzeit bei einem tatsächlichen Streik der Bergleute sofort die Kohleförderung weiterführen und so den Streik kaputt machen könnten.

DIE KOHLEVORRÄTE SIND HÖHER ALS 1972 BEIM STREIK DER BERGARBEITER

Die Kohleförderung aber ist bisher normal weitergelaufen, die Arbeiter haben nicht den Vollstreik beschlossen und auch sonst ihre Taktik nicht verändert: Die Arbeiter, gegen die die Heath-Regierung mit der 3-Tage-Woche unmittelbar vorgehen wollte, arbeiten völlig normal an 5 Tagen! Sie haben an ihrer Kampfmaßnahme, sämtliche Überstunden zu verweigern, festhalten können. Und auch die Lokomotivführer: Sie machen Dienst nach Vorschrift wie bisher, zweimal hatten sie einen 24-stündigen Warnstreik durchgeführt.

Die Tatsache, daß die Arbeiter ihre Taktik nicht verändert haben, hat zur Folge, daß derzeit die Vorräte an Kohle, die bei den Kraftwerken lagern, um 1 Million Tonnen höher sind als beispielweise bei dem 6-wöchigen Streik der Bergleute vom Frühjahr 1972! Das haben Luftaufnahmen ergeben, die von allen Kraftwerken gemacht wurden. Und mit dieser Tatsache hat Heath jetzt den Übergang zur 4-Tage-Woche begründet.

Regierung und Staatliche Kohlebehörde haben bisher kein neues Lohnangebot gemacht. Verhandlungen zwischen Heath und der Bergarbeitergewerkschaft sind ergebnislos geblieben. Abgebrochen sind sie aber bisher nicht, weil der Dachverband der englischen Gewerkschaften, TUC, in Verhandlungen am 14.1. der Regierung zugesichert hat, daß eine Lohnerhöhung für die Bergleute, die höher wäre als die staatlichen Lohnleitlinien, nicht automatisch zur Richtschnur für die Forderungen anderer Gewerkschaften werden müßte. Diese Zusicherung wurde am 16.1. auf einem Kongress der 103 wichtigsten Mitgliedsgewerkschaften des TUC von den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften gebilligt. Die Löhne der Bergarbeiter sollen danach zwar keinen Spezialfall bilden, aber für sich allein betrachtet werden. In dieser Woche soll deshalb weiterverhandelt werden.

DIE REGIERUNGSPOLITIK WIRD VON DEN KAPITALISTEN BEFÜRWORTET

Die britischen Kapitalisten stehen weiterhin voll hinter den Maßnahmen der Regierung. Sie erwarten jetzt auf Grund der weiteren Verschärfung der Krise, daß die Regierung noch direkter gegen die Arbeiter vorgeht. Da sie nicht bereit sind, den Samstag als Überstunden zu bezahlen, haben sie den Forderungen der Arbeiter in diesem Punkt zwar nachgegeben: Der Samstag bleibt in Zukunft frei. Aber sie erklären jetzt, daß ein industrielles Wachstum 1974 nicht zu erreichen sei, daß international sich die Bedingungen verschlechtert hätten und daß deshalb die Grundlagen für die staatliche Lohnpolitik vom November 1973 nicht mehr gegeben seien. Sie verlangen, daß die Arbeiter den Gürtel noch enger schnallen sollen. Die britischen Kapitalisten wollen nicht einmal Lohnerhöhungen entsprechend den im November festgelegten 7 % zugestehen. Viele Zeitungen, und die Heath-Regierung haben die Möglichkeit von Neuwahlen erwogen.

Aber Neuwahlen kommen für die britischen Kapitalisten gegenwärtig ungelegen. Sie sind nicht für die oppositionelle Labour Party unter Wilson, die eine Politik der Nichteinmischung des Staates in Lohnfragen verspricht. Wenn Neuwahlen, dann als Stärkung der Regierung, sagen die Kapitalisten. Die britischen Kapitalisten brauchen die Politik der Regierung Heath, die bereit ist, bis zum äußersten zu gehen bei der Niederhaltung der Arbeiter und des Volkes. Die britischen Kapitalisten sind aus ihrer Weltmachtstellung vollständig herausgedrängt worden, erst "östlich von Suez", dann "westlich von Suez".

Seit einem Jahr sind sie Mitglied der Europäischen Gemeinschaft (EG) und in England selber der schärfsten internationalen Konkurrenz ausgesetzt. Wenn sie sich behaupten wollen als selbständige Kapitalisten, dann können sie das nur durch Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung der eigenen Arbeiterklasse.
Aber die Arbeiter werden eine weitere Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung nicht hinnehmen. Das haben ihre Aktionen immer wieder gezeigt. Sie werden den Kampf organisieren, wie zum Beispiel die Arbeiter des Automobilkonzerns British Leyland, die ihr Werk besetzten und den vollen Lohn verlangten. Sie werden die endgültige Rücknahme der 3- bzw. 4-Tage-Woche erzwingen. –D.T.–

Der Blutsonntag jährt sich zum zweiten Mal

DER KAMPF DES IRISCHEN VOLKES FÜR EIN FREIES UND UNABHÄNGIGES, VEREINIGTES IRLAND IST GERECHT

Am 30. Januar jährt sich zum zweiten Mal der "Blutsonntag von Derry". An diesem 30. Januar 1972 erschossen Soldaten der britischen Armee in Londonderry 13 unbewaffnete Zivilisten. Diese gehörten zu einer friedlichen Demonstration im Kampf um Bürgerrechte, wo 20 000 Menschen (das ist ein Fünftel der Bevölkerung von Derry!) die Forderungen der Bürgerrechtsbewegung aufstellten: Ein Mann – eine Stimme (bei Wahlen)! Ein Mann – eine Wohnung! Ein Mann – ein Arbeitsplatz! Die britische Armee versperrte der Demonstration den Weg und griff sie mit Wasserwerfern, Tränengas und Gummigeschossen an. Von Panzerspähwagen wurde die Menge in die Schußbahnen der Scharfschützen eines Fallschirmjägerbataillons getrieben. Das Resultat dieses bewußt geplanten Massakers unter Einsatz von in der Rheinarmee ausgebildeten Truppen mit Spezialausbildung waren 13 Tote und 20 Verletzte.
Dieser Tag ging als "Blutsonntag von Londonderry" in die Geschichte der Kämpfe des irischen Volkes um seine Unabhängigkeit ein.

Mit der Besetzung Belfasts und Londonderrys 1969 hatte eine Eskalation der britischen Truppen in Nordirland begonnen. Anfangs wurden sie als neutraler Mittler zur Herstellung von Ruhe und Ordnung – als "peace keeping force" (=Frieden erhaltende Truppe) – auch von Teilen der katholischen unterdrückten Minderheit begrüßt.
Zu Beginn des Jahres 1970, als die "Reformpolitik" der Regierung immer mehr von den Massen der Bevölkerung als Illusionsmacherei erkannt wurde, änderte sich die Taktik der Armee. Sie besetzte mit Waffengewalt die katholischen Arbeiterviertel und es begann eine Welle von Gewalttaten, von Verhaftungen, Internierungen, Folterungen und militärischen Aktionen, deren vorläufiger Höhepunkt der "Blutsonntag" war. So wurde der Bevölkerung klar, welche Rolle die Armee, die inzwischen auf 30 000 Soldaten angewachsen war, spielte: Sie war Handlanger der englischen Kapitalistenklasse zur Aufrechterhaltung der Macht der herrschenden Klasse in Nordirland, zur Einschüchterung des Volkes und zur Spaltung von protestantischen und katholischen Arbeitern. Diese Spaltung wurde von der Kapitalistenklasse von jeher betrieben durch die Bestechung der Protestanten durch höhere Löhne und bessere Arbeitsplätze, um die Einheit gegen die Herrschaft des britischen Imperialismus zu verhindern. Die IRA (Irische Republikanische Armee) – sowohl der sozialistische Flügel, die IRA/official, als auch die IRA/provisional – organisierte die Verteidigung der katholischen Viertel.
Im letzten Jahr hat sich die britische Truppeneskalation in Nordirland verringert. Seit Großbritannien den EG-Beitritt anstrebte, konnte es nicht mehr an einem solchen Unruheherd vor seinen Toren interessiert sein. Schon von jeher wirkten sich Unruhen in Irland auch auf die Wirtschaft in Großbritannien aus. Und auch untereinander beginnt sich eine Solidarität zwischen protestantischen und katholischen Arbeitern zu entwickeln, die ihren gemeinsamen Feind erkennen: den britischen Imperialismus. Mit Gewalt konnte nur etwas erreicht werden, solange man die Arbeiter gegeneinander aufhetzen konnte. Die unsichere Lage schadet aber nicht nur den englischen Interessen, indem die Wirtschaft des Landes aus dem Gleichgewicht gerät, sie schadet auch den Investitionsinteressen der gesamten EG. Und nach wie vor bietet Irland – sowohl die Republik Irland als auch Nordirland – eine große Reservearmee von Arbeitern, die den europäischen und amerikanischen Kapitalen für einen Hungerlohn zur Verfügung stehen. Auch der BRD-Imperialismus zählt zu den Auspressern des irischen Volkes. Firmen wie AEG, Hoechst, Grundig, Faber Castell sind daran beteiligt. Dies wurde bei den Berichten über die Entführung des deutschen Wahlkonsuls Niedermayer spätestens auch der Bevölkerung in der BRD deutlich, da man die wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen über seine Funktion als Wahlkonsul und Direktor eines großen Grundig-Werkes erkennen konnte.
In diese neue Taktik zur "Lösung" der irischen Frage im Interesse der europäischen Kapitale ist auch die Errichtung des gesamtirischen Rates einzuordnen. Denn eines steht fest: Eine wirkliche Wiedervereinigung Irlands ist nur als sozialistisches Irland möglich.
Kampf den Lügen der bürgerlichen Presse – der Kampf des irischen Volkes ist gerecht!
Kampf dem EG- und BRD-Imperialismus in Irland!
Für eine unabhängige, vereinigte, sozialistische Republik Irland!
Hoch die internationale Solidarität!

–S.B./G.S., Münster–



Brutalität und Terror sind die Mittel der britischen Besatzertruppen, um die Herrschaft der Kapitalistenklasse zu sichern.

Umsturz-Pläne der Faschisten in Italien

DIE "SCHWARZE LISTE" DER "18. ITALIENISCHEN LEGION"/ INTERNATIONALER ZUSAMMENHANG

In den letzten Wochen sind in Italien einige große Enthüllungen über die Absichten der faschistischen Bewegung in Gang gesetzt worden. Die neue italienische Mitte-Links-Regierung versucht sich damit ein "antifaschistisches Mäntelchen" umzuhängen. In Wirklichkeit ist sie durch den Druck der Arbeiterklasse und des Volkes, sowie durch eigenständige Untersuchungen einiger linker Gruppierungen dazu gezwungen worden. Diese Untersuchungen bewiesen nämlich haargenau die Verantwortlichkeit bisher ungeschoren herumlaufender Faschisten für Morde, Bomben und Banküberfälle. Die Enthüllungen kann man garnicht anders als einen Erfolg der revolutionären Bewegung bezeichnen, denn es wird bei ihnen klar, wie sehr Teile des italienischen Staatsapparates mit den Faschisten zusammengearbeitet haben.

DIE VERHAFTUNG EINES ARZTES UND EINES RECHTSANWALTES BRINGEN GROSSANGELEGTEN PUTSCHPLAN ANS LICHT

Im November wurden der italienische Arzt G. P. Casucci und der Rechtsanwalt G. de Marchi verhaftet. Bei dem Arzt wurde eine Liste mit 1 617 Namen antifaschistischer Persönlichkeiten aus linken Parteien und Gewerkschaften sichergestellt. Diese "Schwarze Liste" war eines der Kernstücke eines Putschplanes der faschistischen Organisation **"18. italienische Legion"**. Beim Putsch hätten diese 1 617 Leute als erste ermordet werden sollen. Mit dieser Aufgabe waren jeweils Vertrauensleute und Mittelsmänner der "18. Legion" betraut. In jeder italienischen Kleinstadt gibt es einen derartigen Vertrauensmann, in größeren Städten ein ganzes Netz. Das ergaben die Unterlagen, die der Polizei in die Hände fielen. In Rom war für jeden Stadtteil ein Anführer benannt.

Weitere Unterlagen ergaben, daß die Faschistenorganisation für zahllose Mordanschläge, Banküberfälle und Bombenattentate der letzten Zeit verantwortlich sind. Gerade in der letzten Zeit waren verstärkt Raubüberfälle erfolgt, z. B. in der Lombardei jeden Tag mindestens zwei. Die zahllosen Erstechungen junger Linker, die sich in Mailand beispielsweise so häufen, daß die Zeitungen kaum mehr darüber berichten, gehen jetzt z. T. erwiesenermaßen auf das Konto der "18. Legion", oder anderer 'befreundeter Organisationen'. Der Polizei fiel weiterhin eine Spendenliste der "18. Legion" in die Hände. Die Totalspendensumme erreichte demnach einige Millliarden Lire. Keine Spende war geringer als 3 800 DM. Die Spender sind der Polizei bekannt. Die Namen werden allerdings nicht veröffentlicht, da mit einem riesigen öffentlichen Skandal zu rechnen ist. Bekannt aber ist immerhin, daß der italienische Großkonzern Montedison unter den Spendern ist. Die Polizei fand weiterhin Namen internationaler Verbindungen der "18. Legion". Darunter ist zu nennen Otto Skorzeny, ehemaliger Oberst der SS, zur Zeit in Madrid wohnhaft. Skorzeny war der Befreier Mussolinis kurz vor Ende des Krieges.

Die ganzen Unterlagen werden natürlich von der Polizei nicht veröffentlicht. Angeblich, weil die Fakten noch nicht gesichert seien und man sie erst prüfen wolle. In Wirklichkeit aber steht dahinter, daß man in der Tat einen "Skandal" hervorrufen wird, weil zahlreiche Personen mit 'reiner Weste' plötzlich entlarvt werden würden. Man will also wie üblich das ganze dem Räderwerk der bürgerlichen Klassenjustiz übergeben, das jede Information säuberlich filtern wird und Beweise verschwinden läßt.

EIN ZENTRUM IST MÜNCHEN

Der Arzt Casucci ist Mitglied der Deutschen Volksunion. Er ist den Faschisten in Bayern gut bekannt. Außerdem ist Casucci Mitglied des Stahlhelm, einer Organisation deutscher Kriegsveteranen. Am 8. September dieses Jahres wurde Casucci in München mit einer Medaille ausgezeichnet, denn er ist alter Kriegsveteran der Kriegsmarine Hitlers. Er läßt sich gerne in der alten Uniform mit sämtlichen Auszeichnungen photographieren.

Bayern und Frankfurt sind überhaupt wichtige Stützpunkte, sozusagen das Hinterland, der italienischen Faschisten. So wurde am 17. August 69 kurz vor dem von den Faschisten organisierten Blutbad der Piazza Fontana in Mailand in Regensburg eine Versammlung der "Europäischen revolutionären Front" abgehalten, auf der der italienische Faschist Frede einen Plan der 'Infiltration' entwickelte. Was das hieß, zeigte eine andere Versammlung am 21. Januar 70 in Italien, an der auch Mitglieder der französischen OAS (bewaffnete Untergrundorganisation, die in Algerien gegen die algerischen Volksmassen kämpfte) teilnahmen. Zu dieser Versammlung war übrigens auch der Präsident des Arbeitgeberverbandes der Provinz Reggio, Dr. Grasselli eingeladen. Auf dieser Versammlung wurde der Plan diskutiert, ein neues paramilitärisches Ausbildungslager einzurichten, das sich von den bisherigen Lagern der Faschisten durch seinen "mobilen Charakter" unterscheiden sollte. Es sollte nämlich vom Apennin aus nach Österreich wandern und schließlich nach Bayern übergeschleust werden. Das italienische Heer hatte einem führenden Faschisten (Bruno Giorgi)' zu diesem Zweck Zelte, 5 Lastwagen und eine Feldküche versprochen.

Es gibt eine Menge Tatsachen, die man über die Verbindungen von führenden Faschisten (wie Chiesa oder de Luia) nach Frankfurt und München aufzählen könnte.

Aber das wichtigste ist, daß aus Westdeutschland eine Menge Geld in die Kassen der italienischen Faschisten fließt und die Faschisten des MSI ungestört in der Bundesrepublik unter den italienischen Arbeitern Propaganda treiben dürfen: sie nennen ihre Komitees dabei zumeist Circolo Tricolore (z. B. Stuttgart).

Die Faschisten Italiens werden nicht nur von dem amerikanischen Geheimdienst CIA und der amerikanischen Bank Continental of Illinois unterstützt, deren Vorsitzender David Kennedy, der ehemalige Schatzminister Nixons, ist; sie werden nicht nur von der Pariser Bank 'Banque de Paris et des Pays Bas' finanziert, einer Bank der belgischen, holländischen und französischen Monopole, die auch schon den schmutzigen Krieg der OAS in Algerien unterstützte. Die Faschisten Italiens werden auch aus Westdeutschland mit Geld ausgestattet. Das läuft vor allem über die "Vereinigung für italienisch-deutsche Freundschaft", deren Sitz in Rom ist. Der Präsident dieser Vereinigung, Gino Ragno, war Chef der reaktionären Organisation "Junges Italien", ist Mitglied der faschistischen Organisation "Ordine Nuovo" und war Gründer der Untergrundorganisation "Söhne der Sonne". Ragno hat als Präsident der italienisch-deutschen Vereinigung gute Beziehungen zu Marcel Hepp vom Bayernkurier des Franz Josef Strauß. Er hat gute Verbindungen zu General Schnetz aus der Bundeswehr. Er hat gute Beziehungen zum Direktor des Bundesarbeitsamtes Stingel – und über diese Leute auch gute Anzapfquellen bei den westdeutschen Kapitalisten. Außerdem bestehen Beziehungen zwischen der italienisch-deutschen Vereinigung und Führungsgremien der DAG-Jugend sowie zur Beamtenjugend, Hamburg und Teilen der Naturfreundejugend.

Eines der Hauptaktionsfelder öffentlichen Charakters dieser Vereinigung ist es in den letzten Jahren gewesen, für Italiener Reisen vor allem an die Berliner Mauer zu organisieren. Besonders gerne wurden von der italienischen Verwaltung Angehörige der Polizei sowie Offiziere der Armee auf diese Tourneen geschickt, für die dann als 'Leckerbissen' ein Treffen mit einem aus der DDR geflüchteten Volkspolizisten arrangiert wurde.

CIA, NATO UND ITALIENISCHER GEHEIMDIENST: SCHÜTZENDE HÄNDE ÜBER DEN FASCHISTEN

Daß der amerikanische Geheimdienst CIA und der italienische Geheimdienst über Agenten genaue Informationen aus revolutionären Organisationen zu sammeln versuchen, zu diesen Agenten meist Faschisten herangezogen werden, die dann die Rolle von Provokateuren spielen, um der Polizei das Zupacken zu erleichtern – das ist verschiedentlich bekannt geworden. Daß aber NATO-Offiziere die italienischen Faschisten mit Waffen, Bomben und anderem aus NATO-Arsenalen versorgen, das kam erst 1969 voll ans Tageslicht. Der Kontakt zur Nato wurde für die italienischen Faschisten durch den Geheimdienst der griechischen Militärjunta KYP hergestellt. Der KYP-Agent Constantin Plevris, der im Auftrag der griechischen Junta Verbindungsmann zu den italienischen Faschisten war, stellte in Neapel Kontakt zu den beiden hohen griechischen Nato-Offizieren Paleologos und Tsadiles, sowie zum griechischen Konsul Mitiodis her. Derselbe Plevris war es auch, der 1969 auf einer Rundreise alle faschistischen Organisationen Europas aufsuchte, so Ordre Nouveau in Frankreich, Junges Europa in Belgien, die Gruppe 20 in Österreich und die Europäische Nation in Westdeutschland. Daß Nato-Offiziere ihre Hände im Spiel haben, wurde auch bei den jüngsten Enthüllungen wieder deutlich. Man fand im Zusammenhang mit dem Fall Casucci und Marchi Päckchen mit Nato-Projektilen, Kaliber 6 65, zusammen mit Flugblättern der Faschisten.

Eine zentrale Rolle spielt auch der italienische Geheimdienst Sifar. Schon 1964 wareh führende Faschisten Lehrgangsteilnehmer bei der paramilitärischen Ausbildung, die von Offizieren der Sifar geleitet wurde. In Bezug auf den neuesten Fall ist anzunehmen, daß die besagte Schwarze Liste mit den 1 617 Namen der Organisation "18. Legion" von Männern des Geheimdienstes zugespielt wurde.

DIE SCHWARZEN LISTEN DES ITALIENISCHEN GEHEIMDIENSTES

Die Sektion D des CIA, deren Arbeitsfeld die Erforschung der revolutionären europäischen Bewegung ist, hatte eine Liste "M" angelegt, auf der Namen (über 30 000) europäischer "Extremisten" verzeichnet sind.

Eine derartige Liste "M" gab es auch beim italienischen Geheimdienst seit Kriegsende. Anfang der 60er Jahre standen ca. 100 000 Personen darauf, vor allem Kommunisten, Gewerkschafter und Spione. Ende 1961 wurde von der Sifar nach einem Beschluß der Nato-Partner eine neue Liste "für den Notfall" angelegt. Es waren die "Pläne Es", die alle "Elemente, die für die Sicherheit des Staates und der öffentlichen Ordnung Gefahr darstellten" enthielt.

Als Ende 1962 die Klassenkämpfe durch die beginnende Krise des italienischen Kapitalismus schärfer wurden, legte die Sifar eine dritte Liste "E" (für Extremisten) an. Diese enthielt vor allem Gewerkschafter und Mitglieder linker Parteien und Gruppen, dabei vor allem diejenigen mittleren Leitungspersonen, die im Falle des "Ausnahmezustandes" den größten Widerstand hätten organisieren können und naturgemäß am schwersten auszuschalten sind.

Die Liste, die bei dem Arzt Casucci gefunden wurde, ist erstaunlich genau. Sie gibt von allen Personen Adresse, Aufenthalt usw. an. Sie erfaßt angeblich alle wichtigen Personen. Woher kommt diese Liste? Aus dem Bestand der Sifar?

PUTSCHPLAN NACH CHILENISCHEM MUSTER

Des öfteren kann man von den italienischen Faschisten laute Begeisterung über den Putsch in Chile hören. Sie begeistern sich offenbar nicht nur daran, sondern nehmen ihn als Beispiel. Der Admiral a. D. des italienischen Heeres Gino Birindelli, ließ kurz vor der Verhaftung seiner Freunde Casucci und Marchi auf einer Versammlung verlauten, daß der chilenische Putsch "exemplarisch" sei und erklärte, daß die italienischen Streitkräfte bereit seien, das gleiche zu tun.

Birindelli ist Mitglied der faschistischen Bewegung MSI. Hat er an der Aufstellung der Schwarzen Liste der 1 617 mitgearbeitet? Jedenfalls sind auf dieser Liste auch die Namen des Bürgermeisters und einiger anderer Bürger einer italienischen Stadt, in der Birindelli einst nicht reden durfte.

Aus alledem geht hervor, daß die Faschisten mit Unterstützung des Geheimdienstes, des Heeres und anderer Institutionen arbeiten. Wenn heute auf Druck der Volksmassen ein Teil der geheimen Kollaboration entlarvt wird, dann kann man sicher sein, daß ein anderer großer Teil noch unter der Decke liegt.

–kkw–

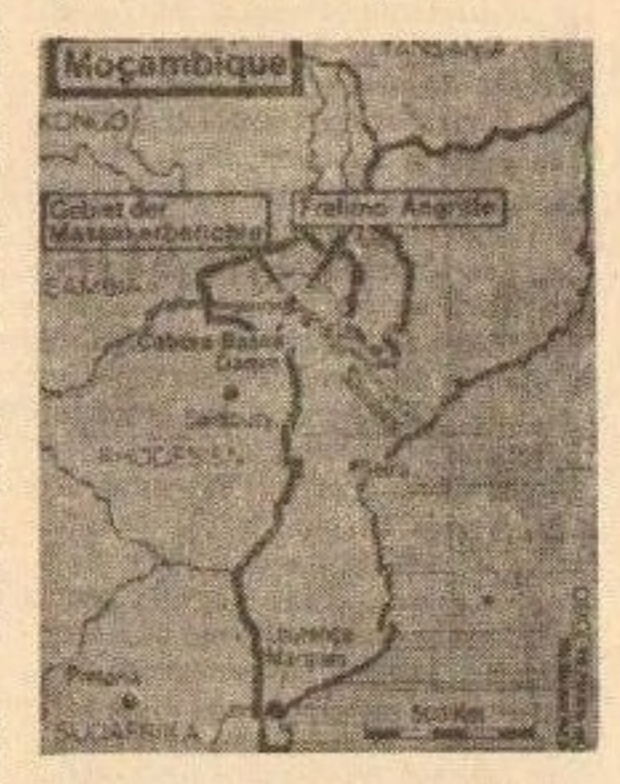
Alle Informationen aus: Espresso 46 und 48 sowie aus dem Buch: Strage di stato (Blutbad des Staates).

BRD liefert Waffen

PATER HASTINGS VERGLEICHT BRANDT MIT HITLER

Pater Adrian Hastings, der im August letzten Jahres in einem Bericht in der englischen Zeitung "Times" über ein Massaker seitens der portugiesischen Kolonialisten in dem Dorf Wiriyamu in der Kolonie Mozambique berichtete, veröffentlichte ein Buch mit dem Titel "Wiriyamu". Hierin schreibt er, daß "Bundeskanzler Brandt – so seltsam das erscheinen mag – als Nachfolger Adolf Hitlers" gelten kann, durch seine Unterstützung des portugiesischen Regimes, welches wie kein anderes heute in der Tradition des Nationalsozialismus stehe. Gerade durch Waffenlieferungen, die von der BRD unterstützt werden, wird die rassistische Unterdrückung der Völker in den Kolonien und in den rassistischen Staaten wie Südafrika und Rhodesien fortgesetzt.

Hier wird klar, daß trotz der Einladung der FRELIMO durch die SPD-Führung im letzten Sommer und trotz der markigen Worte Brandts in der UNO, wo er die "Liquidierung des anachronistischen Rest-Kolonialismus" forderte, die imperialistische Politik dieser Regierung nicht zu vertuschen ist.



Die Karte zeigt die Lage des Cabora-Bassa-Staudammes in der Provinz Tete.

ZIMBABWE (RHODESIEN): NEUE "WEHRDÖRFER"

Über 8 000 Afrikaner sind nach Berichten der "African Times" (offizielles Organ des rhodesischen Informationsministeriums) in sogenannte "Wehrdörfer" gebracht worden. Ähnlich wie bei den portugiesischen Kolonialisten wird dies mit dem "Schutz der Bevölkerung" vor den Befreiungsorganisationen begründet.

Portugiesen siedeln Afrikaner um

CABORA–BASSA–DAMM SOLL DURCH 1 MILLION WEISSE SIEDLER GESICHERT WERDEN

Drei Viertel der afrikanischen Bevölkerung in der Provinz Tete im Westen Mozambiques sollen in sogenannte Wehrdörfer (Aldeamentos) umgesiedelt werden.

Von etwa 500 000 Afrikanern, die im Vorfeld der Baustelle des Cabora-Bassa-Staudamms am Sambesi sowie an der Grenze nach Sambia leben, sollen rund 380 000 in "Wehrdörfern" konzentriert werden. Diese Maßnahmen werden mit dem "Schutz der Bevölkerung" vor der Befreiungsfront FRELIMO begründet.

In den letzten Jahren gelang es der FRELIMO mehr und mehr, die Front nach Süden zu verschieben und für immer größere Teile des Volkes besteht die Möglichkeit in den befreiten Gebieten ein neues Leben frei von kolonialistischer und imperialistischer Herrschaft aufzubauen. Die wachsende Sympathie des Volkes für die FRELIMO in den noch nicht befreiten Gebieten zwang die Kolonialisten entweder gleich ganze Dörfer, die Widerstand leisteten, auszurotten, oder die Bewohner in "Wehrdörfer" zu pferchen, die nichts anderes als riesige Konzentrationslager darstellen. In der Provinz Tete, wo der Cabora-Bassa-Staudamm gebaut wird, an dem besonders westdeutsche Firmen beteiligt sind und der die Festigung der kolonialistischen Herrschaft u. a. durch Ansiedlung von 1 Million weißer Siedler dient, gelang es der FRELIMO durch Sabotageaktionen den Bau zu erschweren und die Front weiter nach Süden zu verschieben. Die portugiesischen Kolonialisten konnten dies bis heute trotz der militärischen Hilfe ihrer rassistischen Freunde in Rhodesien und der Südafrikanischen Republik nicht verhindern. Durch Einkerkerung der Bevölkerung in "Wehrdörfer" glauben sie nun der FRELIMO den Boden entzogen zu haben. Doch auch hier täuschen sie sich: denn auch innerhalb dieser KZ's entwickelt sich, wie es schon der Fall war, der organisierte Widerstand gegen die Unterdrücker.

DIE PORTUGIESISCHEN KOLONIALHERREN LEITEN MIT DEN MASSAKERBERICHTEN DIE VERTREIBUNG EIN

Nach Berichten Lissaboner Zeitungen und ausländischer Journalisten sollen Kämpfer der Front zur Befreiung Mozambiques (FRELIMO) angeblich Überfälle und Massaker in Dörfern der Provinz Tete verübt haben. Dorfbewohner sollen kaltblütig erschossen oder verschleppt worden sein und die Hütten niedergebrannt. Auf dem Boden sollen zahlreiche Patronenhülsen von Munition aus Ländern des Warschauer Paktes und aus sozialistischen Ländern gefunden worden sein.

Dagegen wurde in letzter Zeit durch unwiderlegbare Tatsachen seitens einzelner Missionare aus Mozambique belegt, daß die portugiesischen Söldnertruppen durch unzählige Massaker an Einwohnern ganzer Dörfer versucht haben, den Widerstand gegen die kolonialistische Unterdrückung zu brechen. Gerade nach den Ereignissen in Wiriyamu, wo das herausragendste Beispiel der Massaker verübt wurde, kamen die Kolonialisten aufgrund des weltweiten Protestes in große Schwierigkeiten. Gelang es ihnen nicht, ihre Massaker zu leugnen, so mußten sie ihre eigenen Massaker der Befreiungsbewegung unterschieben. Die Taktik – des öfteren schon angewandt – besteht nach Angaben der Befreiungsbewegung darin, eigene Söldner in FRELIMO-Uniform das Dorf verwüsten zu lassen, möglichst ein paar "Beweisstücke" auszulegen und danach einige bürgerliche Journalisten zur "Begutachtung" einzuladen.

Die Massaker-Berichte sind das propagandistische Manöver der portugiesischen Kolonialherren, mit dem sie die geplante Vertreibung der afrikanischen Bevölkerung aus der Tete-Provinz einleiten.

–B.K., Heidelberg–

RESOLUTION: Soldaten gegen Nahost-Einsatz

VERANSTALTUNG DER AGK IN KOBLENZ

Unter dem Vorwand der sogenannten "Energiekrise" wird gegenwärtig in den Stäben von Bundeswehr und NATO ein Überfall auf die arabischen Staaten erwogen. Der Grund ist, daß mit Waffengewalt die Ölvorkommen dieser Staaten den Ölkonzernen noch billiger, noch sicherer zugänglich gemacht werden sollen.

Die Soldaten der Bundeswehr haben kein Interesse an einem solchen Überfall. Sie respektieren das Recht eines jeden Volkes, über seine Naturvorkommen selbst zu bestimmen.

Unsere Sympathie haben nicht eine Handvoll Ölscheichs, sondern die arabischen Völker, denen diese Naturvorkommen gehören. Ein Überfall auf die arabischen Länder wäre ein Kampf gegen diese Völker.

Die arbeitende Bevölkerung der BRD hätte von einem militärischen Angriff auf die arabischen Staaten nichts als die Nachteile, die sich ein Krieg mit sich bringt. Diese Erfahrung hat die Bevölkerung in zwei Weltkriegen machen können.

Für uns Soldaten bedeutet ein Überfall auf die arabischen Staaten, daß wir unser Leben riskieren sollen für die Interessen der Ölkonzerne und des Staates. Dazu sind wir nicht bereit. Wenn die militärische Führung uns Befehl zum Krieg gegen die arabischen Staaten gibt, werden wir ihn nicht befolgen.

Diese Resolution wurde von Soldaten auf einer Veranstaltung der "Antimilitaristischen Gruppe Koblenz" (AGK) verabschiedet.

Umfrage

43 % SIND GEGEN DEN BUND

Eine Meinungsumfrage, die im Auftrage des Verteidigungsministeriums einen repräsentativen Querschnitt der am 1. April 1972 einberufenen wehrpflichtigen Soldaten erstellt, brachte für das Ministerium erschütternde Ergebnisse.

Obwohl in der Regel solche Umfragen so durchgeführt werden, daß am Ende ein 'bundeswehrfreundliches Bild' erscheint, sprechen diese Ergebnisse doch für sich. Über die 'Bereitschaft zum Dienen' geben die Untersuchungen folgendes Bild: 37 % haben vor der Einberufung eine unentschlossene Haltung, 19 % finden die Bundeswehr 'sympathisch' und 44 % 'unsympathisch'. 86 % der jungen Soldaten sind 'nicht gern' oder 'sehr ungern' in die Kasernen gezogen.

57 % der jungen wehrpflichtigen Soldaten halten nach den Ergebnissen der Umfrage die Bundeswehr für 'nützlich', und 43 % halten sie für 'überflüssig' oder 'schädlich'.

el, Koblenz

»Leben im Felde«

SOLDATEN FRIEREN – OFFIZIERE IN BEHEIZTEN ZELTEN

Im Herbst ist das Wetter am unbeständigsten und die Witterungsverhältnisse die widrigsten. Deshalb lassen die Generale dann auch am liebsten Übungen und Manöver durchführen, weil "ihre" Soldaten dann das "Leben im Felde" am eindrucksvollsten erleben können. In Munster ist zum Beispiel ein hervorragender Truppenübungsplatz, 80 qkm groß, auf den auch diesen Herbst wieder Tausende geworfen wurden, im Biwak frieren durften und für drei Wochenenden, die viele nicht nach Hause kamen, für zwei bis drei Tage "Sonderurlaub" dankbar sein mußten.

Und wenn man dann noch das "Leben im Felde" bei Schnee erleben darf, ist das besonders schön. Sehr eindrucksvoll gestaltete das ein Hauptmann für eine Kompanie Panzergrenadiere: Er ließ die Soldaten mit dem Schlafsack kampieren. In den Sanitätsbereich Munster, Bettenstation II, wurden innerhalb von zwei Tagen dann fast ein Dutzend Mannschaftsdienstgrade eingeliefert – mit Erfrierungen. Das war dem zuständigen Stabsarzt zuviel, er schrieb gegen den Hauptmann eine Beschwerde.

Man sieht also: Das "Leben im Felde" ist heute wie schon bei jeder bürgerlichen Armee für die Mehrheit der Soldaten unerträglich, für manche aber auch nicht. Zu diesen wenigen gehören auch die Generale auf dem Foto. Sie sitzen in beheizten Zelten mit Holzfußboden, haben ihre Ordonnanzen (Kellner auf Befehl), die ihnen jederzeit leckere Häppchen und heißen Kaffee (meist mit etwas Rum drin) servieren. Für diese Leute ist das ein angenehmes Leben: den Arsch im Trockenen, auf einem bequemen Stuhl, kriegen diese Herren leuchtende Augen angesichts des Hauptmanns, der versucht, den Mannschaften soldatische Härte beizubringen. Bei der nächsten Gelegenheit werden sie ihn vor der Truppe loben wegen seiner "beispielhaften" Führung der Kompanie.

–H.F., Bremen–



Offiziere im beheizten Zelt, im Vordergrund belegte Schnitten von der "Ordonnanz" serviert.

nanz" serviert.

Offiziere ködern ihren Nachwuchs

BUNDESWEHR–VERANSTALTUNG MIT ABITURIENTEN

Diesen Brief schreibe ich, weil ich es für wichtig halte, zu zeigen, wie die Bundeswehr Offiziersnachwuchs zu werben versucht, und die Abiturienten von den anderen Soldaten spalten will. In letzter Zeit wurden mehrmals die Abiturienten unserer und anderer Kompanien zusammengetrommelt. Man versuchte uns für die Offizierslaufbahn zu werben. Zunächst wurde uns besonders die Möglichkeit erklärt, an einer Bundeswehrhochschule zu studieren.

Für solch ein Studium schien sich aber

Für solch ein Studium schien sich aber niemand zu interessieren, deshalb versuchte ein Offizier in einer anderen Veranstaltung uns davon zu überzeugen, überhaupt Offiziersanwärter zu werden. Es gab da ein umfangreiches Programm: einen "Vortrag mit Diskussion" und einen "Herrenabend". In dem Vortrag wollte uns der Offizier beweisen, daß die BRD "verteidigungswürdig" sei, und zwar indem er die Meinungs- und Pressefreiheit in der BRD anführte. Er erklärte ganz offen seine Taktik: junge Intellektuelle würden sich ja meistens für Demokratie interessieren, deshalb habe er dieses Thema gewählt; vor Werktätigen wäre er auf den hohen Lebensstandard in der BRD eingegangen – und das angesichts der ständig steigenden Preise und der Krise!

Das Entscheidende war aber, daß unter den Oberschülern das Bewußtsein geschaffen werden sollte, etwas Besseres zu sein als die Werktätigen unter den Soldaten. Auf eine Frage antwortete der Offizier z. B. sinngemäß: "Hier sind wir ja unter uns, deshalb kann ich offen sagen, daß ein Abiturient im Gegensatz zu einem Volksschüler doch mehr geistige Betätigung braucht. Deshalb ist es auch für einen wehrpflichtigen Abiturienten sinnvoll, Offziersanwärter zu werden."

Offziersanwärter zu werden."

Am Abend durften wir dann ins Offiziersheim und wir konnten sehen, welche Privilegien die Offiziersclique in einer imperialistischen Armee genießt. Überall Sessel, Teppiche und vornehme Gemütlichkeit, die sonst nirgends in der Kaserne zu finden sind.

Die Militaristen versuchen die Abiturienten von den anderen Soldaten zu spalten und zeigen ihnen dann die Möglichkeit, selbst Offizier zu werden, um über die anderen Kameraden befehlen zu können. Sie sollen ihren Platz an der Seite der Militaristen suchen und gar nicht erst auf den Gedanken kommen, daß die Bundeswehr eine Armee gegen das Volk ist.

A. X., Munster

Vertrauens-männer-Wahl

Der Generalinspekteur der Bundeswehr hat in der Kommandeursinformation 3/72 vom 8. August 1972 folgendes angeordnet:

- *Gewählte Vertrauensmänner sind einzuweisen und zu unterrichten.*
- *Für den Vertrauensmann ist eine Handakte anzulegen mit allem für ihn wichtigen Material.*
- *Es sind Sprechstunden des Vertrauensmannes einzurichten.*
- *Vorgesetzte haben zu Vorschlägen des Vertrauensmannes Stellung zu beziehen und ihn über alle wesentlichen Anliegen der Einheit bzw. des Verbandes zu informieren.*

- *Bataillonskommandeure haben in*

- *Bataillonskommandeure haben in Arbeitsbesprechungen mit den Vertrauensmännern die gemeinsamen Fragen zu erörtern."*

(Verteidigungspolitische Information Nr.176 vom 28.11.1973)

Dies zu wissen ist für alle Genossen, die in der Bundeswehr arbeiten, wichtig. Man kann diese Anordnung des Generalinspekteurs nutzen, um von den Chefs wichtige Informationen zu verlangen. Ebenso wichtig ist, zu wissen, daß man als Vertrauensmann das Recht hat, Sprechstunden für die Soldaten abzuhalten. Am besten geschieht dies, indem man in regelmäßigen Zeitabständen die Kompanie versammelt und ohne Anwesenheit von Unteroffizieren und Offizieren wichtige Fragen diskutiert.

–el, Koblenz–

Festnahme verhindert

Koblenz. Am Sonntag, den 25. November unternahmen Feldjäger am Koblenzer Hauptbahnhof eine offensichtliche Provokation gegen die mit den Zügen ankommenden Soldaten. Eine ganze Weile marschierten bereits einige Feldjäger im bekannten Django-Stil am Bahnhof auf und ab; in der Bahnhofshalle rempelten sie Soldaten an.

Etwa gegen 10.30 Uhr kamen zwei Soldaten aus dem Bahnhof. Einer trat aus Wut – wohl darüber, daß er wieder in die Kaserne muß – gegen einen stabilen Eisenträger, der zur Halterung eines vor dem Bahnhof aufgebauten Schaukastens dient.

Sofort kamen zwei Feldjäger angerannt und hielten den Soldaten fest. Das Gepäck flog in den Dreck, der Soldat selber wurde in den VW-Kübelwagen der Feldjäger gezerrt. Der so behandelte Soldat wollte sich dem Zugriff der Feldjäger entziehen und stieg nicht freiwillig in das Auto. Daraufhin erhielt er von einem Stabsunteroffizier mehrere Schläge in das Gesicht und auf den Körper. . . .

Als die Feldjäger den Soldaten schließlich mit Schlägen in den VW-Kübel hineingezogen hatten, versuchte der Stabsunteroffizier den Soldaten mit Handschellen an das Gestänge des Wagens zu fesseln.

Dann umstellten etwa 50 Soldaten den Feldjägerwagen und einige Soldaten wollten den Festgenommenen begleiten. Doch da bekamen die Herren, die sich erst groß aufgeblasen hatten, das Muffensausen. Sie ließen den Soldaten frei.

(aus: Koblenzer Kasernenzeitung Nr. 7)

Neue Schikanen im Panzeraufklärungsbataillon 2

Blücherkaserne, Hessisch-Lichtenau.

Der Artikel in KVZ Nr.8, "Alltägliches aus dem Panzeraufklärungsbataillon 2" wurde von vielen Soldaten des Standorts gelesen, weil er an der Kantinentür hing. Einige Soldaten meinten, man sollte das nächste Mal noch festeren Kleister nehmen, damit ein solcher Artikel keinesfalls abgerissen werden könnte.

In der Blücherkaserne hat es überall weitere Schikaniererereien von seiten der Offiziere gegeben. Diesmal schreiben uns Soldaten aus der 2./2 und der 4./2:

– Im November mußten Soldaten der 2./2 wegen schlechter Schießergebnisse barfuß durch den Schnee laufen.

Hauptmann Graf von Crockow (CDU-Mitglied) meinte, die Soldaten bekamen von ihm lediglich eine "freundliche Aufforderung", aber nie einen Befehl dazu. Wer aber den CDU-Grafen kennt, weiß, wie dessen "freundliche Aufforderungen" gemeint sind. (Wir kennen ihn gut.) Als die betroffenen Soldaten eine Beschwerde schrieben, wurden sie vom Grafen "freundlich aufgefordert", diese zurückzunehmen – die Soldaten taten es. Der Vertrauensmann der 2./2 versagt vollends, indem er sich noch hinter den "freundlichen" Grafen stellte.

Darum: wählt einen neuen Vertrauensmann und bekämpft den CDU-Grafen.

– Ebenfalls in der 2./2 wurde ein Soldat zu vier Wochen Ausgangssperre verdonnert. Grund: Der Soldat wurde von seinem Hausarzt heimkrank geschrieben, und zwar von Montag bis Freitag. Da das Wochenende für jeden Soldaten frei sein soll, blieb der Soldat deswegen zu Hause und erschien am Montag pünktlich zum Dienst. Weil der Soldat es gewagt hatte, an einem freien Wochenende zu Hause zu bleiben, wurde er hart bestraft – vom Grafen.

– Weil ein Soldat während des Unterrichts in der 3./2 eingeschlafen war, sollte er um den Kompanieblock rennen. Jedoch hatte der Soldat kürzlich einen Unfall und war an den Beinen verletzt und weigerte sich. Hierauf befahl ihm ein Feldwebel vor der Kompanie zehn Liegestütze zu machen. Da der Feldwebel diesen Soldaten vor anderen Kollegen noch lächerlich machen wollte, trieb er ihn mit harten Worten zu den Liegestützen an. Der Soldat machte die Liegestütze im dicken Schnee.

– Soldaten der 1./2 müssen täglich eine Stunde länger arbeiten, weil der Instandsetzungszug täglich Panzer und Fahrzeuge reparieren muß und hierzu angeblich die normale Dienstzeit nicht ausreicht – für 130 DM im Monat. Zum Dank werden sie jeden Tag von Oberleutnant Juster zusammengestaucht und -geschissen.

– Soldaten der 1./2 die es wagen, mehrere Male in der Woche auf die Sanitätsstation zu gehen, müssen am Wochenende Bereitschaft schieben.

–K.M., 2./2, 4./2–

»30 Tote«

Zum Artikel "Neun Tote bei Manöver" aus KVZ 1/74 schreiben uns die Genossen der Gruppe Kommunistischer Soldaten:

In dem "Bericht eines Soldaten aus der Husarenkaserne Braunschweig" (wir kennen den Verfasser leider nicht), ist unseren Informationen nach (einige unserer Genossen nahmen auch an der Übung teil) die Zahl der Todesfälle nicht richtig.

Wir wissen (von einem Brigadestabsarzt, der auch an der Übung teilgenommen hat) von mindestens 14 Todesfällen, darunter sogar mehrere Erfrierungstote. Selbst diese Zahl ist unseren jetzigen Informationen zufolge noch zu niedrig. Man munkelt von über 30 Todesfällen.

Wir bitten euch hiermit, dies in der nächsten KVZ zu berichtigen, damit allen Lesern klar wird, daß man uns Kameraden beim Bund "ohne Rücksicht auf Verluste" schon jetzt auf den "Ernstfall" vorbereiten will. Es muß der Arbeiterklasse und dem Volk klar werden, daß die Kapitalistenklasse immer noch die in die Armee hineingepreßten Arbeiterjugendlichen als Kanonenfutter benutzt. Es muß allen klar werden, daß die Kapitalisten, wenn sie ihre Macht in Gefahr sehen, nicht davor zurückschrecken werden, "ohne Rücksicht auf Verluste" (die Verluste haben ja auch nicht sie, sondern wir einfachen Soldaten) ihre Armee gegen das eigene Volk und gegen fremde Völker richten werden.

i. A. H., Braunschweig

Schikanen der US-Armee

BEVÖLKERUNG GEGEN LÄRM DER US-FAHRZEUGE

Augsburg Stadtbergen. Daß die US-Armee auf das Wohlergehen der Menschen auch in einem "befreundeten" Land keine Rücksicht nimmt, erfuhr in den letzten Monaten ein Teil der Bewohner von Stadtbergen, einem Vorort Augsburgs, am eigenen Leib. Die Armeeübungen am Tag genügen den Amis nicht, nein, mitten in der Nacht fahren sie mit ihren Panzern und schweren Lastern durch das neben den Kasernen liegende Wohnviertel. Auch werden von den US–Besatzern ohne einleuchtende Begründung mitten in der Nacht Panzer repariert, was die Bevölkerung als besondere Schikane betrachtet.

Dieses rücksichtslose Verhalten der US–Armee bringt für die Bevölkerung schwere gesundheitliche Schäden mit sich. Viele können nachts nicht mehr schlafen wegen dem unerhörten Lärm. Nervenkrankheiten, dauernde Gereiztheit und Nervosität sind dann normale Erscheinungen. Ein vom US–Terror betroffener Mensch sagte: 'Wir rennen nachts in unseren Zimmern hin und her, weil wir nicht schlafen können. Vormittags kann meine Frau kein Fenster aufmachen, weil die Luft ganz blau von Auspuffgasen ist." Ein anderer Anwohner meint dazu: "Ich habe versucht, meine Fenster gegen Auspuffgase und Lärm mit Plastikfolien und dünnen Tüchern abzudichten, aber das erwies sich als sinnlos. Die Fensterscheiben vibrierten richtig unter dem Dröhnen der schweren Motoren."(Augsburger Allgemeine vom 22.12.73)

Diese Rücksichtslosigkeit der US–Armee ließ sich die Bevölkerung nicht widerstandslos bieten! Sie führten Listen, wo sie aufzeichneten, wie oft sie nachts von den US–Fahrzeugen belästigt wurden(mindestens 2x pro Woche). Außerdem wurde eine Unterschriftensammlung gemacht. Die Lokalpresse bezeichnete die Situation in den betroffenen Wohngebieten als "Barrikadenstimmung".

Als die Amis durch den Protest der Bevölkerung gezwungen waren, sich zu äußern, sagten sie, daß sie immer, auch mitten in der Nacht einsatzbereit sein müßten und daß sie gegen Manöverbefehle machtlos seien.

Wir als Kommunisten müssen in einem solchen Fall klar sagen, daß solche Belästigungen durch die Amis nicht an der Sturheit eines Standortältesten liegen, sondern an dem volksfeindlichen Charakter dieser Armee. Außerdem müssen wir versuchen, in diese Kämpfe einzugreifen und auch die Forderung des KBW nach "restlosem Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland" als eine Forderung der Kommunisten unter dem Volk zu propagieren.

–U.G.–

Aus der Organisation

Mitgliederentwicklung

Um das hier veröffentlichte Zahlenmaterial beurteilen zu können, muß man folgendes beachten: erstens sind nur die Orts- und Ortsaufbaugruppen berücksichtigt, befreundete Organisationen, die sich mit unserer Politik auseinandersetzen oder sich auf die Aufnahme vorbereiten, sind nicht berücksichtigt. Nicht berücksichtigt sind auch örtliche Massenorganisationen auf der Linie des KBW.

Was die befreundeten Organisationen betrifft, so werden wir das statistische Material, das wir von ihnen erhalten, auch in Zukunft nicht veröffentlichen, Daten über die Größe und Zusammensetzung der örtlichen Massenorganisationen werden jedoch in Zukunft erhoben werden.

Mitglieder hat der KBW gegenwärtig etwa 900, davon sind 55 % Arbeiter und Angestellte, 15 % üben Berufe aus, die eine Hochschulausbildung voraussetzen, 25 % sind Studenten und 5 % sind Schüler.

Unsere Mitglieder sind zellenmäßig organisiert. In Betrieben oder betriebsähnlichen Einrichtungen wie Behörden, Krankenhäusern usw. arbeiten etwa 160 Zellen des KBW. Ein erheblicher Teil der Genossen, die aus der Intelligenz kommen, ist in Zellen zur Anleitung von Massenorganisationen der Studenten, Schüler oder auch der werktätigen Intelligenz organisiert. Insgesamt haben wir im Durchschnitt etwa 5 Mitglieder in einer Zelle.

Auf den gewählten Leitungen der verschiedenen Ebenen sieht die soziale Zusammensetzung im groben so aus: Im ZK 6 Arbeiter oder Angestellte auf 5 Angehörige der werktätigen Intelligenz, auf der Ebene der Ortsleitungen etwa 2 : 3 (das ist ein sehr grober Schätzwert, da die Ortsleitungen gegenwärtig verhältnismäßig häufig neu gewählt werden, wodurch sich die soziale Zusammensetzung ändert). Günstiger ist das Verhältnis wiederum auf der Ebene der Zellenleitungen, wo etwa 2/3 der Zellen von Arbeitern oder Angestellten geleitet werden. Auch hier jedoch handelt es sich um einen ungenauen Wert, da in der Aufbauphase häufig Zellen einen Leiter studentischer Herkunft haben, was sich aber schnell mit Fortschritten im Aufbau ändert.

Die Altersangaben wurden uns nicht von jeder Ortsgruppe zugestellt, da wir aber keinen Grund zur Annahme haben, daß die fehlenden Ortsgruppen große Abweichungen bringen würden, nehmen wir einen exemplarischen Fall. Das Durchschnittsalter der Arbeiter und Angestellten beträgt dort etwa 24 Jahre, bei den Angehörigen der werktätigen Intelligenz etwa 27 Jahre, bei den Studenten 24 Jahre und bei den Schülern 18 bis 19 Jahre. Dabei ist der Altersunterschied zwischen den Arbeitern und Angestellten wesentlich größer, während die Genossen aus der werktätigen Intelligenz und unter den Studenten nahe beieinander liegen. Insgesamt kann man also sagen, die Organisation ist noch sehr jung, die Zusammensetzung noch nicht gut. Auf den Leitungsebenen ist es in gewissem Umfang gelungen, Arbeiterkader zu erziehen. Wir gewinnen neue Genossen aus den Fabriken und Betrieben und die werden in steigendem Umfang in Leitungsfunktionen gewählt.

Beim weiteren Aufbau unserer Organisation wird darauf zu achten sein, daß sich die soziale Zusammensetzung nicht verschlechtert, sondern verbessert, eine Verbesserung werden wir jedoch nur erreichen, wenn wir dort in die Tiefe organisieren, wo wir heute schon arbeiten.

KB Harz wird zu Ortsaufbaugruppen

ORTSAUFBAUGRUPPEN CLAUSTHAL -ZELLERFELD / SEESEN GEGRÜNDET

Auf einstimmigen Beschluß des Zentralen Komitees wurde der Kommunistische Bund Harz (Aufbaukollektiv) als Ortsaufbaugruppen Clausthal-Zellerfeld/Seesen in den Kommunistischen Bund Westdeutschland aufgenommen. Die Gruppen haben ihren Kern in Clausthal-Zellerfeld, wo sie eine Studenten- und Schülerorganisation anleiten (KSB und SAK) und in Seesen, sind aber auf diese beiden Orte nicht beschränkt. Die erste Betriebszelle arbeitet in der Hans-Heinrich-Hütte in Langelsheim. Die Genossen dieser Zelle wohnen – nicht anders als die übrige Belegschaft – in verschiedenen umliegenden Ortschaften. Die starke Verflechtung von Wohnort und Arbeitsstätte über einen ganzen Teil des Harzgebietes, sowie die noch geringe Dichte der Organisierung machen es erforderlich, daß die Gruppen weiterhin regional unter einer Leitung arbeiten. Es ist allerdings beschlossen worden, binnen eines halben Jahres jeweils selbständige Gruppen aufzubauen. In Goslar arbeiten die Genossen gegenwärtig durch KVZ-Verkauf und mit einer Betriebsagitation vor der Textilfabrik Odermark. Die Genossen verkaufen im Harzgebiet im Durchschnitt 450 Zeitungen.

SPENDENLISTE VOM 4.1. BIS ZUM 19.1.1974

Spendensammlung Buchladen H.R., Hamburg	488,– DM
Spendensammlung Buchladen H.R., Hamburg	682,20 DM
F.D., Bremen	350,– DM
G.M., Frankfurt	100,– DM
Th.Sch., Heidelberg	500,– DM
Kl.N., Kassel	50,– DM
KHG Köln	500,– DM
Krefelder Schüler	100,– DM
Krefelder Schüler	50,– DM
Spendensammlung Libro Libre Freiburg	50,– DM
Spendensammlung Politisches Buch, Wolfsburg	150,– DM
Genosse aus Krefeld	50,– DM
K.H., Emden	10,– DM
Gruppe Augsburger Kommunisten, Augsburg	70,– DM
Spendensammlung Buchladen, Bremen-Nord	60,– DM
Sympathisanten des KBW Castrop-Rauxel	100,– DM
I.R., Freiburg	150,– DM

Verlagsmitteilung über die Preise

Viele Leser und Genossen haben die Höhe des Preises von Kommunismus und Klassenkampf kritisiert.

Wir haben es versäumt, in der ersten Nummer von Kommunismus und Klassenkampf eine Begründung für die Höhe des Preises zu geben. Der Aufforderung, die von verschiedener Seite an uns herangetragen wurde, werden wir folgen und zur Kalkulation unserer theoretischen Zeitschrift Stellung nehmen.

Bei der Kalkulation unserer Publikationen gehen wir davon aus, daß sie kostendeckend verkauft werden und einen Gewinn abwerfen. Dabei verfahren wir so, den Gewinn so niedrig wie möglich und so hoch wie nötig anzusetzen. Bestimmte Schriften müssen unter den gegebenen Herstellungskosten verbreitet werden, andere gewinnbringend. So ist es notwendig, der KVZ einen Zuschuß zu gewähren, um den Verkaufspreis von 0,50 DM zu halten. Dieser Zuschuß ist beträchtlich (derzeit 3 000 DM), auch bei der steigenden Auflagenhöhe, und wird angesichts der enormen Preissteigerung (Rollenpapier für Zeitungen) von ca. 20 % bis 30 % im nächsten halben Jahr wachsen.

Bei der Festsetzung des Preises für Kommunismus und Klassenkampf mußten wir dem Rechnung tragen. Für die Finanzierung der KVZ und den Aufbau des Verlagswesens verwenden wir keine Beiträge oder Spendengelder. Wir meinen, daß dies der Verlag selbst tragen muß.

Kommunismus und Klassenkampf ist nicht wie die KVZ an eine festgelegte Seitenzahl gebunden, dies wäre auch ein unsinniges Unternehmen. Die Seitenzahl wird zwischen 60 und maximal 100 Seiten schwanken. Wir haben den Preis auf der Grundlage von 72 Seiten kalkuliert. Schaut man sich nun das 1. Heft mal an, so wird man finden, daß das Volumen des Satzes ein beträchtliches ist. Es ist schon lohnend, dieses Satzvolumen mit dem einer Broschüre eines Verlages wie etwa Trikont oder dergleichen zu vergleichen.

Viele Leser beziehen unsere theoretische Zeitschrift direkt vom Verlag, da sie in ihrer näheren Umgebung nicht die Gelegenheit haben, über einen Buchladen die Zeitschrift zu beziehen. Versand- und Portokosten sind im Preis für ein Abonnement inbegriffen. (6 Nummern von Kommunismus und Klassenkampf kosten incl. Porto 24 DM.)

Die Herstellung in einer billigen Druckerei ermöglicht zwar einen geringen Herstellungspreis, die Verlagskosten sind entsprechend den oben aufgeführten Bedingungen allerdings relativ hoch, zumal wir derzeit wenig Publikationen herausgeben. Wir können diese Kosten also nicht breit umlegen auf andere Bücher oder Broschüren. Erst wenn dies möglich ist, wenn die allgemeinen Verlagskosten sich reduzieren, können wir mit dem Preis für Kommunismus und Klassenkampf runter gehen.

Wir werden unsere Berechnungen immer nach dem Grundsatz anstellen, die Kosten gering zu halten, den Gewinn so niedrig wie möglich und so hoch wie nötig anzusetzen. Der Preis für Kommunismus und Klassenkampf ist so bemessen, eine gesunde Basis für den weiteren Ausbau des Verlagswesens zu schaffen, wir werden ihn jederzeit zu überprüfen haben.

Verlagsgesellschaft
Kommunismus und Klassenkampf
Januar 1974

Kampf der Maulkorbsatzung!

BREITER WIDERSTAND IN DARMSTADT GEGEN VERSUCHE DER POLITISCHEN ENTRECHTUNG

Darmstadt. Der SPD-Magistrat der Stadt Darmstadt beabsichtigte, fernab der Öffentlichkeit, eine Verordnung zu beschließen, mit der die politische Opposition mundtot gemacht werden sollte. Schon einmal, 1968, versuchte er mit einer ähnlichen Vorlage die Proteste gegen die Notstandsgesetze zu ersticken.

Das ist der Inhalt der Maulkorbsatzung:

- Flugblätter, die in der Innenstadt verteilt werden sollen, müssen vorher angemeldet und zur Genehmigung vorgelegt werden. Wenn es genehmigt wird, muß für die Verteilung eine Gebühr von 20 DM pro Tag und Verteiler bezahlt werden.
- Informationsstände und Plakate müssen ebenfalls angemeldet und genehmigt werden; die Gebühren dafür sind unverschämt hoch: für jedes Plakat 5 DM.

Die bürgerlichen Parteien sollten von dieser Verordnung natürlich ausgenommen sein.

Aber noch rechtzeitig gelangte der Entwurf über undichte Stellen im Verwaltungsapparat in die Öffentlichkeit. Dort stieß er sofort auf heftige Kritik. Viele fortschrittliche Organisationen griffen die Sache auf und schlossen sich zu einer breiten Aktionseinheit zusammen.

Am Mittwoch, den 9.1., fand eine Bürgerversammlung im Jugendhaus Martinsviertel statt. Die Kommunistische Gruppe schrieb in ihrem Aufruf: "Nicht nur in unserem Stadtviertel, auch in den Betrieben erkennen die Kollegen, daß die ehemalige "Arbeiterpartei" und die anderen bürgerlichen Kollegen im Lohnkampf spalten und deren Forderungen herabdrücken (jetzt unter 10 %). Die Kollegen haben erkannt, daß sie ihre Sache selbst in die Hand nehmen müssen. Wir kennen das von der Bürgergruppe Martinsviertel her. Die Bürgergruppe war ein erster, noch schwacher Versuch der Betroffenen, **organisiert** ihre Interessen, die mit denen der Kaufhauskonzerne und Finanzmagnaten nun mal unvereinbar sind, durchzusetzen." (Die Bürgergruppe war eine Selbstorganisation der Martinsviertler gegen die sozialdemokratische Sanierungspolitik.)

Im Herbst sind in Hessen Landtagswahlen. Zu solchen Anlässen taucht die SPD regelmäßig in Arbeitervierteln auf. Diesmal nicht. Keiner getraute sich, die Satzung vor den Bürgern zu verantworten. Im Gegenteil: die Stadtverordnetenversammlung beeilte sich, 3 Stunden vor der Versammlung, wenigstens einen Paragraphen, der das Verteilen von politischen Flugblättern betrifft, aus der Satzung zu streichen. Auf der Versammlung (ca. 350 Teilnehmer) war der breite Widerstand gegen die sozialdemokratische Politik zu spüren. Keiner ließ sich von der teilweisen Zurücknahme verwirren: Jedem war klar, daß der "Deutsche Städtetag", dem ein ähnlicher Entwurf vorliegt, bald in allen Städten das Geschäft des SPD-Magistrats besorgen wird.

Unklarheit herrschte nur über die Art, wie der Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte geführt werden muß.

Die DKP und die Jusos beschworen den Geist der Verfassung, riefen nach Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, hatten in der Praxis aber nichts anzubieten. Die anwesenden Kommunisten machten klar, daß es falsch ist, eine Verfassung zu verteidigen, in der uns die Kapitalistenklasse die demokratischen Rechte im Betrieb nimmt, und von ihr zu fordern, sie solle uns diese Rechte auf der Straße geben. Die Kommunisten zeigten auf, daß nur die Massen selbst in der Lage sind, ihre demokratischen Rechte zu erkämpfen. Dazu ist es aber notwendig, den Kampf selbständig zu führen, ihn möglichst eng mit dem Kampf in den Betrieben zu verbinden, ihm eine klare Stoßrichtung zu geben, nämlich gegen den kapitalistischen Staat, und für den Sozialismus, das heißt: für die politischen Rechte in den Händen der Arbeiterklasse und des Volkes. Dazu müssen erste Schritte gemacht werden: in Bürgergruppen, mit Zeitungen und auch in Versammlungen, wie unser Beispiel zeigt.

–Stadtteilzelle KG Darmstadt–



Großes Interesse zeigte die Münchner Bevölkerung an den Informationsständen der Genossen von der KG München über die Notstands- und Krisenmaßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates.

Ordnungsamt droht

Hildesheim. Um den KVZ-Verkauf, der kein Gewerbe ist, zu stören, schickte das Hildesheimer Ordnungsamt einen Brief, der folgende Sätze enthielt:

"Nach § 184 der Gewerbeordnung wird mit Geldstrafe bis 150,– und im
wird mit Geldstrafe bis 150,– und im
Unvermögensfall mit Haft bis zu vier Wochen bestraft, wer ein Reisegewerbe ohne die erforderliche Reisegewerbekarte ausübt. Es dürfte nach alledem in Ihrem eigenen Interesse (gemeint ist der Sekretär der Ortsleitung) liegen, die gesetzlichen Vorschriften in Zukunft zu beachten."

Hildesheim. Die Hildesheimer Polizisten Trauvetter und Rosentreter beschlagnahmten beim Stadtverkauf der KVZ eine Stelltafel. Mit der Begründung, eine Stelltafel sei Werbung und Werbung sei ohne Anmeldung verboten, irrten Trauvetter und Rosentreter mit der Stelltafel unter dem Arm durch die Stadt. Sie machten damit Werbung für Polizeischikanen und ernteten Empörung von seiten der Bevölkerung.

–J.M.–

Einschüchterungsversuch

Norden/Emden. Am Montag, den 7.1.74 verteilten Mitglieder der Initiative Kommunistische Gruppe Norden/Emden vor dem VW-Werk in Emden ein Flugblatt zur Tarifrunde, in dem lineare Lohnforderungen den Prozentforderungen entgegengehalten wurden. Ein Werkschützer notierte sich die Autonummern eines Verteilergenossen. Einen Tag später kreuzte ein Mensch bei den Eltern des Genossen, der die Flugblätter unterzeichnet hatte und dem das Auto gehörte, auf. Da der Genosse nicht zu Hause war, konnte der Typ die Eltern des Genossen ungestört einschüchtern. Er behauptete unter anderem, daß unsere Flugblätter verfassungswidrig wären und daß die Arbeiter durch diese Flugblätter verhetzt würden. Außerdem deutete er dem Vater, der bei VW arbeitet, an, er könne wohl Schwierigkeiten im Betrieb durch die Tätigkeit seines Sohnes bekommen. Ob dieser Kerl vom Verfassungsschutz, von der Kriminalpolizei oder von den VW-Kapitalisten geschickt wurde, konnte noch nicht herausgekriegt werden. Fest steht, daß dieser hinterhältige Erpressungsversuch gegenüber den Eltern des Genossen einzig und allein dazu diente, die politische Arbeit des Genossen zu unterbinden!

–H.B., D.S. Norden/Emden–

Falken spalten Aktionseinheit

FALKEN ARBEITEN DEM ORDNUNGSAMT IN DIE HÄNDE

Helmstedt. Am 16.12.73 wurde das Komitee "Kampf der politischen Unterdrückung" gegründet. Anlaß dafür waren die Unterdrückungsmaßnahmen des Ordnungsamtes Helmstedt, das seit Februar 1973 das Verteilen von Flugblättern genehmigungspflichtig machte und alle politischen Gruppen, die sich dieser Genehmigungspflicht nicht beugten, strafrechtlich verfolgen ließ. Das Ordnungsamt stützt sich dabei auf den § 18 des Niedersächsischen Straßengesetzes. Mit den Maßnahmen des Ordnungsamtes soll die Verbreitung fortschrittlicher Meinungen und der kommunistischen Propaganda in der Arbeiterklasse und den anderen Lohnabhängigen unterdrückt werden. Das ist für die Kapitalisten und ihren Staat gerade für die jetzigen Tarifverhandlungen wichtig, in denen ein Reallohnabbau reibungslos durchgesetzt werden soll. Der Sozialistische Aktionskreis schreibt:

"Mit Ausnahme der 'Falken', die eine Bedenkzeit forderten, nahmen alle anwesenden Vertreter die Plattform an. Die 'Falken' erklärten jedoch einen Tag später, daß man keine Aktionseinheit mit Gruppierungen wie Gruppe Rote Fahne, KPD/ML, Liga gegen den Imperialismus und KBW eingehen könne, da diese Gruppierungen die Politik der "Thälmann-KPD" verfolgen würden. Diese Politik führe aber, so sagten sie, zu einer Verwirrung der Arbeiterklasse. Dies bedeutete eine klare Spaltung der Aktionseinheit durch die 'Falken', denn in dieser Aktionseinheit ging es darum, ein eng eingegrenztes Ziel zu erreichen und nicht darum, sich auf die politische Linie der einen oder anderen Organisation zu stellen.

Aber gerade an diesem Spaltungsmanöver kann man erkennen, welche politische Linie die 'Sozialistische Jugend Deutschlands' im Grund verfolgt.

Unter dem Decknamen 'sozialistisch' versuchen sie bewußt und im Auftrage der Bourgeoisie rechtsopportunistische Strömungen in die Arbeiterbewegung hineinzutragen. Der Sozialistische Aktionskreis Helmstedt, der in Kürze einen Aufnahmeantrag an den Kommunistischen Bund Westdeutschland stellen wird, propagiert weiterhin eine breite Aktionseinheit. Er wird allen linkssektiererischen und rechtsopportunistischen Spaltungsversuchen entgegentreten.

Der Sozialistische Aktionskreis Helmstedt fordert den Ortsverband der 'Falken' auf, diesem spalterischen Beschluß ihres höchsten Gremiums nicht zu folgen. Gleichzeitig fordert der Sozialistische Aktionskreis die Jusos, die Jungdemokraten, die Junge Union, die DKP und die Gewerkschaftsjugend auf, sich der Aktionseinheit anzuschließen." –Leitung des Sozialistischen Aktionskreises

i.A. G.F.–

Leserbrief

Ein Mädchen schreibt uns

Ich wohne in einem Ort bei Heidelberg und bekomme öfters in Heidelberg in der Stadt eine KVZ verkauft. Ich wollte schon manchmal was zu eurer Zeitung schreiben. Mir sind Dinge aufgefallen; die ihr mal in eurer Gruppe diskutieren könnt, weil ich glaube, daß eure Zeitung noch viele Mängel hat.

1. Ich bin 14 Jahre alt und lese auch die Zeitungen, die meine Eltern bestellen, aber in der KVZ stehen viel mehr solche Sachen, die einen wirklich interessieren. Wenn man dies mal vergleicht, dann merkt man erst mal richtig, wie die in den anderen Zeitungen lügen. Nur verstehe ich dann nicht, wie ihr immer wieder aus diesen Zeitungen eure Informationen holt, wenn ihr sie doch ablehnt. Nicht in den Artikeln, in denen ihr sie angreift, sondern auch sonst. Ich glaube, daß man es doch nicht nötig hat, sich von den blöden Typen, die die üblichen Zeitungen schreiben, in manchen Tatsachen "bestätigen" zu lassen. So halte ich es für völlig überflüssig, oft zu vermerken (siehe Frankfurter Rundschau vom so und so vielten) oder so was. Man merkt doch diesen Zeitungen an, daß sie von nichts 'ne Ahnung haben, wieso greift ihr dann immer wieder auf sie zurück oder zitiert sie, als 'Beweis' für die Richtigkeit eurer Artikel?

2. Auch sonst meine ich, ist eure Zeitung nicht immer für die gemacht, die sie lesen sollen; ihr sagt doch immer, daß die Arbeiter sie lesen sollen. Wenn ich meinem Vater die KVZ mal zeige, dann ist er oft sauer, weil er mit so theoretischen Artikeln nicht viel anfangen kann. Viel mehr mit so anschaulichen Sachen wie z. B. auf der S. 9 in der Nr. 1/74 stehen. Auch den Artikel mit dem Pastor und die aus der Bundeswehr fand er sehr richtig und ich auch.

3. Ihr könntet noch viel interessantere Sachen schreiben: über das Fernsehen z. B., wenn es da Sendungen gibt, die die Zuschauer wirklich für Idioten halten usw.

Auch sind die Bilder wirklich blöd. In den letzten Nummern konnte man kaum was drauf erkennen, und auch außer der Titelseite müßten mehr und bessere drin sein.

4. Was mir auch nicht gefällt, ist, daß ihr scheinbar nur das schreibt, was euch passt.

So zeigte mir mein Freund mal die Zeitung der "KPD", wo wegen der Demonstration gegen den Schah geschrieben wurde, daß eure Gruppe, der KBW, da nicht mitgemacht habe. Ich bin zwar keine Kommunistin, aber diese Angriffe fand ich doch zuviel. Ich habe erwartet, daß ihr in den letzten Nummern der KVZ da mal drauf antwortet. Es war aber nichts. Warum nicht?

Sonst finde ich eure Zeitung aber gut und wünsche mir, daß sie auch mehr in so kleineren Städten wie bei uns verkauft wird.

–D.B.–

Wir antworten

Liebe Genossin!

Die bürgerlichen Zeitungen lügen zwar auch in den Nachrichten, aber diesen Lügen kann man auf die Spur kommen. Und sie unterdrücken viele Nachrichten, aber auch den unterdrückten Tatsachen kann man auf die Spur kommen.

Vor allem aber, wie sie die Nachrichten bringen, darin steckt die große Lüge: ihr bürgerlicher Klassenstandpunkt. Der drückt sich vor allem darin aus, daß Geschichte in den bürgerlichen Zeitungen von ein paar einzelnen Männern gemacht wird. Da reist der Kissinger durch die ganze Welt und macht faulen Frieden. Daß er in jedem Gespräch mit dem Krieg und den überlegenen US-Waffen droht, wird verschwiegen. Vor allem aber wie die Völker denken, was die Völker tun. Eine Demonstration, in der tausende von Menschen ihren einigen Willen zeigen, für Brot und gegen Unterdrückung protestieren, reicht in den seltensten Fällen für eine Zeitungsmeldung, dagegen füllen Regierungsgespräche die Spalten der Zeitungen, obwohl man nie dabei erfährt, was alles geredet wurde.

Die bürgerlichen Zeitungen sind Organe der bürgerlichen Herrschaft, auch wenn sie nicht offen für diese oder jene Regierung Partei ergreifen. Unsere Zeitung ist ein Organ der Arbeiterklasse und des Volkes. Es muß sich aber mit den Organen der bürgerlichen Herrschaft auseinandersetzen. Und viele Nachrichten, die für die Arbeiterklasse und das Volk wichtig sind, kriegen wir nur dadurch, indem wir ihnen beim Studium der bürgerlichen Zeitungen auf die Spur kommen. Dann aber ist es auch notwendig, offenzulegen, wie man den Tatsachen auf die Spur kommt, damit sich jeder überzeugen kann. Ja, es kann auch wichtig sein, Lügen der bürgerlichen Zeitungen zu dokumentieren. Es ist auch wichtig aufzuzeigen, wie die herrschende Klasse ihre Politik selbst betreibt, damit wir diese Politik, die gegen die Arbeiterklasse und das Volk gerichtet ist, aufdecken und bekämpfen können. Dies ist oft schwieriger zu verstehen, als wenn wir von Tatsachen berichten, wo das Volk unmittelbar selbst schon den Kampf für seine Interessen aufgenommen hat, wo schon anschaulich offenliegt, wie die Fronten verlaufen.

Damit komme ich auf Deine Kritik an den "so theoretischen Artikeln" wie Du schreibst. Die Kommunistische Volkszeitung darf sich nicht darauf beschränken, anschaulich zu berichten, sondern sie muß als politisches Organ der Kommunisten die politischen Zusammenhänge offenlegen und den notwendigen revolutionären Weg der Arbeiterklasse und des Volkes aufzeigen, die menschenfeindliche Herrschaft des Kapitals zu beseitigen. Diese Artikel zu studieren, heißt sich die Waffen anzueignen, ohne die der Kampf auf halbem Weg stehen bleibt, bei Protest oder Empörung – oder der Freude über einen anschaulichen Bericht, daß die Bürger von Ellerau ihren Pastor mit Erfolg verteidigen. Oft sind unsere Artikel nicht einfach genug geschrieben. Da müssen wir lernen und verbessern. Denn die politische Linie, das Verständnis der politischen Verhältnisse und die Bestimmung der politischen Aufgaben, die in diesen Artikeln entwickelt werden, entscheidet über die Praxis.

Zuletzt zu Deiner Frage, warum wir auf Lügen und Verdrehungen linker Organisationen wie der Gruppe, die sich den Namen "KPD" anmaßt, nicht antworten. Weil sonst bald die Zeitung voll wäre mit Erwiderungen auf falsche Behauptungen, die ja nur wenige gelesen haben und noch weniger Menschen interessiert.

–Red.–

Den Sport für die Massen erkämpfen!

AUCH IM SPORT GEHÖRT DER ARBEITERKLASSE UND DEM SOZIALISMUS DIE ZUKUNFT

Als im April 1971 die Mannschaft von Schalke 04 das Angebot von Arminia Bielefeld erhielt, für 40 000 Mark den Sieg in einem Bundesligaspiel zu verkaufen, verabschiedete sich Schalke-Präsident Siebert von den Handelnden: "Das macht mal lieber allein." Trotz angestrengter Vertuschungsmanöver sah sich der Deutsche Fußball Bund (DFB) gezwungen, über etliche Spieler, Trainer und Vorsitzende Sperren zu verhängen, weil die Empörung der Sportbegeisterten zu hohe Wellen schlug. Jetzt allerdings glaubte man, es sei genügend Gras über die Sache gewachsen und hob viele Sperren auf.

Weil die bisher gesperrten Schalker Spieler gegen den VFB Stuttgart nicht bereits Anfang Januar zum Einsatz kommen durften, erboste sich eben der gleiche Mitwisser der Betrügereien Siebert: "Das ist menschliches Schindluder, das da mit den Jungs getrieben wurde." Die DFB-Bosse haben sich jedoch verrechnet: Die Korruption im deutschen Fußball ist unvergessen.

Die Empörung über Korruption, die Summen beim Spielerhandel, hält an. Die Verflechtung mit den Konzernen drängt sich auf:

Die Hintermänner und Finanziers des vor zwei Jahren aufgedeckten Bundesligaskandals waren nicht etwa irgendwelche zwielichtigen, heruntergekommenen Verbrecher, nein, es waren ganz "normale", "ordentliche", "ehrbare" Kapitalisten, Besitzer von Automaten- und Buchhandlungen, Fabrikanten und Bauunternehmer. Ja einer der Oberbetrüger, der Vorstandsvorsitzende von Rot-Weiß Oberhausen, war sogar Präsident im Außenhandelsverband Nordrhein-Westfalen und stellvertretendes Mitglied im Beirat der Landeszentralbank. Er kaufte nicht nur Spieler und Spiele, sondern auch noch Zeugen. Und die CDU gab für diesen Herrn, selbst CDU-Mitglied, noch Ehrenerklärungen ab.

Der bürgerliche Sportbetrieb stellt die "Leistung" ins Zentrum des Geschehens. Sieg oder Niederlage entscheiden darüber, wer im Geschäft bleibt. Der kapitalistischen Logik, nach der alles, auch die Menschen, käuflich ist, entspricht es deshalb völlig, einen schwunghaften Handel zu horrenden Preisen mit Sportlern zu betreiben. Sowohl in der Richtung, daß man sie kauft, damit sie im eigenen Verein spielen, als auch in der Richtung, daß sie für den Gegner gegen die eigene Mannschaft spielen.

Auf seiner letzten Jahresversammlung Ende 1973 beschloß der Deutsche Fußball Bund (DFB), seinen Vereinen, Profi- wie Amateurclubs, offen die Werbung für bestimmte kapitalistische Unternehmen zu gestatten.

Resultat dieses Beschlusses ist zum Beispiel, daß künftig die Hamburger Sportfreunde bei Spielen des HSV darauf getrimmt werden, sich an dem Schnaps "Campari" zu berauschen. Die Mannschaft von Eintracht Braunschweig läuft mit dem Hirsch von Jägermeister auf der Brust über das Feld und Werder Bremen griff statt der alten Vereinsfarben schon vor einiger Zeit zu einem neuen Trikot, das dem Symbol der Haake-Beck-Brauerei wie ein Ei dem anderen gleicht. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich auf den Fußballfeldern nur noch lebende Litfaßsäulen zur Schau stellen.

Mit dem DFB-Beschluß wird die weitere Kapitalisierung des Sports vorangetrieben. Allerdings gibt es Praktiken der Schleichwerbung, kräftig finanziert durch dahinterstehende kapitalistische "Sportfreunde" schon lange: So zum Beispiel die Clubs "Olympia Wilhelmshaven", "Bayer Leverkusen" oder "Wella Darmstadt".

Anstatt daß der Sport dazu dient, daß Menschen in freundschaftlichem Wettstreit ihre Kräfte entwickeln und messen, wird gerade der Fußball immer mehr zu einem Show-Geschäft, das die Kapitalisten betreiben, um ihre Profite zu erhöhen. Über das richtige Interesse der Volksmassen am Sport setzen sie sich dabei völlig hinweg..

Die offene Verflechtung von Sport und Kapital wird nur noch zu größerer Korruption im Sport führen. Welcher Kapitalist wird schon ruhig dabei zusehen, wenn die Mannschaft, die Werbung für ihn treibt, die den Namen seines Produkts über das Fernsehen Millionen von Menschen aufdrängt, ohne daß er dafür im Fernsehen Werbung zahlen muß, welcher Kapitalist wird schon ruhig zusehen, wenn diese seine Mannschaft absteigt?

Es ist bezeichnend, daß dergleichen nicht nur in den westlichen kapitalistischen Staaten geschieht. Ebenso wie in Westdeutschland, handelt es sich bei den Spitzenfußballern der DDR und der UdSSR faktisch um Berufssportler. Ebenso wie hier erhalten diese Herren Gehälter, die das 8 bis 10 fache eines normalen Arbeiters betragen. So erhält ein Spitzenspieler von Dynamo Dresden 5 000 Mark Festgehalt ohne Prämien! Die Mannschaft von Odessa erhält nach Meldungen der "Prawda" 2 bis 3 000 Rubel im Monat! Ebenso wie hier wird ein schwunghafter Handel mit Spielern betrieben: Städte, Institutionen, Fabriken und Kolchosen in der Sowjetunion versuchen sich gegenseitig durch hohe Gelder Spieler abzuwerben.

Schließlich sind ebenso wie hier in der ungarischen und sowjetischen Presse Fälle der Bestechung im Kampf um die Meisterschaft bekannt geworden.

Solche Praktiken sind nicht etwa Ausdruck einer Annäherung des sozialistischen und des kapitalistischen Systems, wie uns bürgerliche Sportjournalisten weismachen wollen. Sie sind vielmehr ein weiterer Beweis dafür, daß die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion erfolgt und auch seine Auswirkungen auf den Sport zeigt.

Die auf Grundlage der kapitalistischen Überproduktion entstehende Rekordsucht im Sport, die Zurücksetzung der Freundschaft und der körperlichen Ertüchtigung der Massen gegenüber den Leistungen überzüchteter Supermänner (und -frauen), wurde in der chinesischen Kulturrevolution entschieden bekämpft.

"Liu Schao-tschi und andere politische Schwindler betrachteten den Sport als eine Form der Unterhaltung für wenige Leute und erklärten, daß der Sport nur für die Zuschauer da sei. Diese Leute kämpften dagegen, daß die Arbeiter, Bauern und Soldaten am Sport teilnehmen. Sie waren für die Rekordsucht, d. h. um jeden Preis nach Ruhm und Gewinn zu jagen. Während der großen proletarischen Kulturrevolution wurde diese konterrevolutionär-revisionistische Haltung scharf kritisiert." (Peking Rundschau 24/72)

Der chinesische Sport läßt sich 1. davon leiten, den Massen auch durch sportliche Betätigung die allseitige Entwicklung zu ermöglichen, und 2. beim Wettkampf Freundschaft an erste Stelle, Wettbewerb an die zweite Stelle zu setzen. Was das konkret heißt, zeigt folgende Schilderung über die ersten asiatischen Tischtennismeisterschaften:

"Man sah oft, daß ein Spieler, dessen Ball die Tischkante gerade noch gestreift hatte, freiwillig vorschlug, daß der Punkt dem Gegner angerechnet werde, da der Ball sehr schwer zu beurteilen war. Nach Beendigung der Wettkämpfe gratulierten sie einander und tauschten noch vielfach ihre spielerischen Erfahrungen aus.

Vor den Wettspielen waren einige Tage für gemeinsames Training und Erfahrungsaustausch der Spieler aller Länder und Gebiete angesetzt worden. Dies hatte man von den Afro-Asiatischen Tischtennis-Freundschaftsspielen auf Einladung vom vorigen Jahre übernommen, und an den jetzigen Meisterschaften als gute Tradition weiterentwickelt. Während der ganzen Meisterschaften hielten alle Spieler stets an dem gemeinsamen Training fest. Der Teilnehmerkreis dehnte sich immer weiter aus. In der Übungshalle konnte man die Spieler der verschiedenen Länder kaum unterscheiden. Wenn die Spieler von China und der Demokratischen Volksrepublik Korea und von China und Japan zusammen übten, verheimlichte keiner von ihnen seine Technik vor dem anderen. In dieser Atmosphäre konnte man sich kaum vorstellen, daß die Mannschaften bald Gegner im Wettkampf sein würden. Ein japanischer Trainer sagte tief beeindruckt, er habe so etwas noch auf keiner internationalen Meisterschaft gesehen.

Viele erfahrene Spieler vermittelten begeistert jungen Spielern von ihrem Können. Sie überwanden die Sprachhindernisse, indem sie einerseits das Gemeinte durch Beispiele veranschaulichten und andererseits die Aktionen der jungen Spieler erklärten und korrigierten, bis diese es wirklich verstanden hatten. Wir sahen selbst, wie der Japaner Mitsuru Kohno dem Spieler Samaraweera aus Sri Lanka half, die Fußarbeit und den Rückhandgriff zu verbessern, wie Khau Bou (Kambodscha) weniger als eine Stunde vor seinem eigenen Spiel eine junge Spielerin aus dem Irak in den Grundlagen des Spiels unterwies und wie Hsi En-ting (China) Mohammed Faris (Palästina) die verschiedenen Aufschlagsarten durch Beispiele veranschaulichte." (Peking Rundschau 38/72)

Es ist klar, daß diese freundschaftliche Haltung der Sportler wie der Zuschauer untereinander zur Hebung des spielerischen Niveaus aller beiträgt. Ein Vergleich zu den ekelerregenden Praktiken des bürgerlichen Leistungssports, wo mit allen Mitteln versucht wird, den Gegner zu täuschen, zeigt, daß auch auf sportlichem Gebiet der Arbeiterklasse und dem Sozialismus die Zukunft gehört.

–S., Bremen–

Rosa Luxemburg 15.1. 1919

"ICH WAR, ICH BIN, ICH WERDE SEIN"

Seit dem 15. Januar ist an den Postschaltern die Briefmarkenserie "Bedeutende Frauen aus dem politischen Leben Deutschlands" erhältlich. Darunter ist auch eine 40 Pfennig-Marke, die Rosa Luxemburg gewidmet ist.



Dieselben Kräfte, die vor 55 Jahren die Führer der deutschen Arbeiterklasse ermorden ließen, erdreisten sich heute, ausgerechnet am Jahrestag des Mordes, eine Briefmarke "zum Gedenken an Rosa Luxemburg" herauszugeben. "Die großen Revolutionäre wurden zu Lebzeiten von den unterdrückenden Klassen ständig verfolgt, die ihrer Lehre mit wildestem Ingrimm und wütendstem Haß begegneten, mit zügellosen Lügen und Verleumdungen gegen sie zu Felde zogen. Nach ihrem Tode versucht man, sie in harmlose Götzen zu verwandeln, sie sozusagen heiligzusprechen, man gesteht ihrem Namen einen gewissen Ruhm zu zur "Tröstung" und Betörung der unterdrückten Klassen, wobei man ihre revolutionäre Lehre des **Inhalts** beraubt, ihr die revolutionäre Spitze abbricht, sie vulgarisiert." (W.I. Lenin in "Staat und Revolution") –W.A., Karlsruhe–

SPD-Minister Ehmke erklärte (nach FR vom 17.1.74): Rosa Luxemburg könne heute durchaus im öffentlichen Dienst tätig sein. . . SPD-Ehmke meinte, Rosa Luxemburg habe hinreichend klargemacht, daß sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigen würde.

Rosa Luxemburg wurde vor 55 Jahren ermordet. Umgebracht wurde sie von einer Bande konterrevolutionärer Soldaten, deren Unterhalt von einigen Kapitalisten und ihren Millionenspenden bezahlt wurde. Die damalige SPD-Regierung unter Ebert hatte diese Bande unter den Befehl der Regierung gestellt. Gemeinsam mit der Reichswehr wurde sie von der SPD zur Niederschlagung von Arbeiterkämpfen eingesetzt. Am Tag vor der Ermordung Rosa Luxemburgs hatte die Zeitung der SPD, der "Vorwärts", dazu aufgerufen, Rosa Luxemburg und andere Führer der Arbeiterbewegung umzubringen.

Rosa Luxemburg schrieb in ihrem letzten Artikel vor dieser "Henkertat der Pseudosozialisten" (Lenin) gegen die Konterrevolution der SPD-Regierung: " 'Ordnung herrscht in Berlin'! Ihr Schergen! Eure 'Ordnung' ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon 'rasselnd wieder in die Höh' richten und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!"

Im Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands, angenommen am 31. Dezember 1918, schrieb Rosa Luxemburg:

"Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren: dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie wie der Gott Thor seinen Hammer den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist."–A.H.